



Vorläufiges Wortprotokoll - vom Redner/von der Rednerin nicht autorisiert
- nur zur Vorinformation bestimmt -
Vorbehaltlich etwaiger Korrekturen in der Schlussrevision

82. Sitzung

am Mittwoch, dem 28. September 2016, 13.00 Uhr,
in München

Geschäftliches..... 6927

Geburtstagswünsche für den Abgeordneten und Staatsminister **Joachim Herrmann**, die Abgeordneten **Erwin Huber**, **Helmut Radlmeier** und **Andreas Lorenz** und die Abgeordnete und Staatsministerin **Emilia Müller** 6927

Nachruf auf den ehemaligen Abgeordneten **Max Brandl** und Herrn **Max Mannheimer** 6971

Regierungserklärung des Ministerpräsidenten
"Kontinuität und Weitblick"

Ministerpräsident Horst Seehofer..... 6927
Markus Rinderspacher (SPD)..... 6938
Thomas Kreuzer (CSU)..... 6947
Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER)..... 6955
Ludwig Hartmann (GRÜNE)..... 6962
Josef Zellmeier (CSU)..... 6967

Gesetzentwurf der Staatsregierung
für ein Bayerisches Krebsregistergesetz
(Drs. 17/12630)
- Erste Lesung -

Staatsministerin Melanie Huml..... 6971
Kathrin Sonnenholzner (SPD)..... 6972
Bernhard Seidenath (CSU)..... 6974
Dr. Karl Vetter (FREIE WÄHLER)..... 6975
Ulrich Leiner (GRÜNE)..... 6976

Verweisung in den Gesundheitsausschuss..... 6977

Gesetzentwurf der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Ulrike Gote u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
zur Änderung des Bestattungsgesetzes
(Drs. 17/12957)
- Erste Lesung -

Ulrike Gote (GRÜNE)..... 6977 6980
Ludwig Freiherr von
Lerchenfeld (CSU)..... 6979
Arif Taşdelen (SPD)..... 6979 6980
Joachim Hanisch (FREIE WÄHLER)..... 6980

Verweisung in den Innenausschuss..... 6981

Antrag der Staatsregierung
auf Zustimmung zum Staatsvertrag über die gemeinsame Einrichtung für Hochschulzulassung (Drs. 17/12889)
- Erste Lesung -

Staatssekretär Bernd Sibler..... 6981
Georg Rosenthal (SPD)..... 6982
Dr. Gerhard Hopp (CSU)..... 6983
Prof. Dr. Michael Piazzolo
(FREIE WÄHLER)..... 6984
Verena Osgyan (GRÜNE)..... 6985

Verweisung in den Wissenschaftsausschuss..... 6986

Gesetzentwurf der Staatsregierung
zur Änderung des Gesetzes über die kommunale Gliederung des Staatsgebiets

(Drs. 17/12944)

- Erste Lesung -

Verweisung in den Innenausschuss..... 6986

Abstimmung
über eine Subsidiaritätsangelegenheit und Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage...)

Beschluss..... 6986

Bestätigung
eines neuen stellvertretenden Mitglieds des Landesgesundheitsrats

Beschluss..... 6987

Bestellung
eines Mitglieds der Datenschutzkommission

Beschluss..... 6987

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Martin Güll, Kathi Petersen u. a. und Fraktion (SPD)

Elternrechte einhalten - Verfassungswidriges Übertrittsverfahren ändern (Drs. 17/13009)

Martin Güll (SPD)..... 6987

Vorläufiges Plenarprotokoll

(Beginn: 13.06 Uhr)

Präsidentin Barbara Stamm: Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich eröffne die 82. Vollsitzung des Bayerischen Landtags und darf Sie alle nach der Sommerpause hier im Hohen Haus sehr herzlich willkommen heißen. Im Präsidium gehen wir davon aus, dass Sie sich die nötige Kraft geholt haben, um unser Arbeitspensum bis zum Schluss des Jahres, das ja nicht gering sein wird, gemeinsam erledigen zu können. Gehen wir also jetzt nach der Sommerpause mit ganzer Kraft die Aufgaben an, die vor uns stehen.

Wie immer haben Presse, Funk und Fernsehen sowie Fotografen um Aufnahmegenehmigung gebeten. Die Genehmigung wurde wie immer vorab erteilt. Ich darf Sie darauf hinweisen, dass der Bayerische Rundfunk die anschließende Regierungserklärung und die Aussprache live überträgt. Dafür möchte ich mich ganz, ganz herzlich bedanken.

Bevor wir in die Tagesordnung eintreten, darf ich noch eine Reihe von Glückwünschen aussprechen. Während der Sommerpause konnte Staatsminister Joachim Herrmann einen runden Geburtstag feiern. Herzlichen Glückwunsch, Herr Staatsminister.

(Allgemeiner Beifall)

Ich darf mich auch für die großartige Idee des wunderbaren Konzerts des Polizeiorchesters bedanken, bei dem ein ganz erheblicher Betrag für die Aktion Sternstunden zusammengekommen ist. – Ich gratuliere auch Herrn Kollegen Erwin Huber und Herrn Kollegen Radlmeier zu ihren runden Geburtstagen. Herzlichen Glückwunsch, alles Gute und Gesundheit.

(Allgemeiner Beifall)

Einen halbrunden Geburtstag konnte Herr Kollege Andreas Lorenz feiern. Herzlichen Glückwunsch, alles Gute, Gesundheit und weiterhin viel Erfolg.

(Allgemeiner Beifall)

Heute feiert Frau Staatsministerin Emilia Müller einen halbrunden Geburtstag. Frau Staatsministerin, herzlichen Glückwunsch.

(Allgemeiner Beifall)

Nun treten wir in die Tagesordnung ein.

Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 1** auf:

Regierungserklärung des Ministerpräsidenten "Kontinuität und Weitblick"

Ich begrüße den Herrn Ministerpräsidenten und darf ihn jetzt gleich um sein Wort bitten. Bitte schön, Herr Ministerpräsident.

Ministerpräsident Horst Seehofer: Frau Präsidentin, meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Mit der heutigen Sitzung treten wir in die letzten zwei Jahre dieser Legislaturperiode ein. Für diese zwei Jahre gilt unser gemeinsamer Auftrag, die Chancen der Menschen in ganz Bayern weiter zu stärken und die Spitzenstellung des Freistaats für die Zukunft zu sichern. Mit dem Haushalt für die Jahre 2017 und 2018, den das Kabinett vor der Sommerpause beschlossen hat, dienen wir genau diesen beiden Zielen. Wir investieren 117 Milliarden Euro für die bayerischen Familien, für ein sicheres und freies Leben, für die Schulen und Hochschulen, für die Arbeitsplätze von morgen, für eine gesunde Umwelt, für eine vitale Kultur und nicht zuletzt für starke Kommunen mit einem kommunalen Finanzausgleich in Rekordhöhe.

Dieser bayerische Haushalt für die Jahre 2017 und 2018 ist erneut ein Haushalt mit Spitzenwerten, einer hohen Investitionsquote, einer stabilen Personalquote und – übrigens zum 13. Mal hintereinander – keinen neuen Schulden und einer kräftigen Schuldentilgung. Seitdem ich im Jahre 2012 die Tilgung von Altschulden angekündigt habe, sind sage und schreibe 4,6 Milliarden Euro Schulden zurückgezahlt worden.

(Lebhafter Beifall bei der CSU – Volkmar Halbleib (SPD): Alles Rückflüsse von der Landesbank!)

Was objektiv gut ist, sollte man auch so benennen. Ich kenne keinen Haushalt in der Bundesrepublik Deutschland, und ich kenne keinen Haushalt innerhalb der Europäischen Union, der sich mit dem bayerischen Haushalt und diesen soliden Kennziffern messen könnte.

(Beifall bei der CSU)

Bayern steht so gut da wie noch nie in seiner Geschichte. In den letzten zehn Jahren konnten wir die Arbeitslosigkeit in Bayern halbieren. Die Jugendarbeitslosigkeit ist besiegt. Sage und schreibe eine Million neue sozialversicherungspflichtig Beschäftigte sind zu verzeichnen. Besonders freut mich, dass uns jüngst die Bertelsmann Stiftung bescheinigt hat, dass es den Kindern in Bayern in Deutschland am besten geht.

(Beifall bei der CSU)

Die Kinderarmut in Deutschland liegt bei über 14 %, in Bayern bei an die 6 %. Das ist immer noch zu hoch, aber in Deutschland mit Abstand am niedrigsten. Dass mich diese Botschaft besonders freut, liegt schlicht und einfach an der Tatsache, dass wir nicht nur wirtschaftlich bärenstark sind, sondern dass es in diesem Freistaat Bayern auch sozial gerecht zugeht.

(Beifall bei der CSU)

Wachstum und Wohlstand, Arbeitsplätze und soziale Sicherheit in unserem Land – diese Erfolge fallen bekanntlich nicht vom Himmel. Wir, die verantwortlichen Politiker, können Rahmenbedingungen setzen; wir können unterstützen. Aber das Entscheidende erfolgt durch die Menschen im Lande. Ich danke deshalb den Unternehmern und Beschäftigten, den Wirtschaftsverbänden und den Gewerkschaften für diese hervorragende Bilanz. Ihnen verdanken wir das.

Das ist die eine Seite der Medaille. Wenn wir im Lande unterwegs sind, erleben wir aber auf der anderen Seite, dass viele Menschen in Bayern und in Deutschland tiefe Sorgen über die Zukunft haben. Unser friedliches Zusammenleben, unser Zusammenhalt scheinen vielen in Gefahr zu sein. Vertrauen schwindet, Ängste wachsen. Die Ereignisse der letzten Monate – Terroranschläge, Flüchtlingskrise, staatlicher Kontrollverlust über lange Zeit und auf breiter Front, zentrifugale Kräfte in Europa, Kriege am Rande Europas – haben uns vor allem hier in Bayern erschüttert und bis ins Mark getroffen, und die Europäische Union befindet sich in der tiefsten Krise ihrer Geschichte.

In dieser Situation wollen die Menschen Orientierung. Sie wollen einen klaren Kompass, sie wollen gemeinsame Werte und Maßstäbe, gegenseitigen Respekt, Sicherheit und Freiheit; alles das ist den Menschen wieder sehr wertvoll und sehr wichtig. Die Menschen verlangen nach verlässlichen Regeln für unser Zusammenleben. Vor allem verlangen sie, dass diese Regeln auch durchgesetzt werden. Recht und Ordnung müssen gelten – an den Grenzen und im Inland.

Nach zwölf Monaten im Krisenmodus halte ich fest: Ich muss keine einzige Prognose, Analyse oder Aussage dieser letzten zwölf Monate korrigieren. Keine einzige Aussage!

(Beifall bei der CSU)

Wir wünschen uns eine solche Entwicklung nicht, aber selten hat uns die Entwicklung so Recht gegeben wie in den letzten zwölf Monaten. Die Bundesregierung hat mittlerweile ihre Zuwanderungspolitik faktisch fundamental verändert. Seit Neuestem spricht

auch Vizekanzler Gabriel von einer Obergrenze bei der Integration.

(Zurufe von der CSU: Hört! Hört!)

Die GRÜNEN haben den sicheren Herkunftsstaaten durch Gesetz zugestimmt. Alle sind jetzt für mehr Sicherheit. Sogar manche Medien haben ihre Auffassung leicht korrigiert. Ich zitiere den Herausgeber der Wochenzeitung "Die Zeit", di Lorenzo. Er sagte:

Wenn wir ein bisschen Distanz bewahren würden, müssten wir nicht immer so zurückrudern. ... Die Probleme werden nicht dadurch groß, dass man sie klar und deutlich benennt, sondern indem man versucht, sie zu verschweigen.

Die Bayerische Staatsregierung hat sich immer bemüht, die Probleme, die für die Menschen greifbar waren, real zu beschreiben, mit Antworten zu versehen und nicht zu verschweigen.

(Beifall bei der CSU)

Global vernetzter Terrorismus, Migration, Bevölkerungsexplosion vor allem in den Entwicklungsländern in den nächsten Jahren, der Klimawandel, die digitale Revolution, die Energieversorgung mit der weltweiten Knappheit mancher Ressourcen, die Wettbewerbsfähigkeit auf neuen Märkten, der gesellschaftliche Zusammenhalt – das sind die großen Herausforderungen unserer Zeit. Darauf müssen die Verantwortungseliten in der Politik, aber ebenso auch in Wirtschaft und Wissenschaft, in den Sozialverbänden und Kirchen, in der Kunst und in der Kultur mit Realismus und Pragmatismus Antworten geben. Wir bemühen uns darum. Bayern steht für Stabilität in einer instabilen Welt. Die Menschen haben nur einen Wunsch – das wird mir am häufigsten gesagt: Das soll so bleiben. Wenn ich den Menschen begegne, höre ich von ihnen am häufigsten: Sorgen Sie bitte dafür, dass es so bleibt, wie es heute in Bayern ist. – Wir werden alles dafür tun, dass die besondere Lebensqualität, die Bayern-Garantie für ein gutes Leben, auch so bleibt.

Dazu hat das Kabinett in einer Klausur vor der Sommerpause neben dem Doppelhaushalt für die Jahre 2017 und 2018 auch ein Kursbuch für alle Politikfelder für die nächsten Jahre beschlossen, weil die Menschen wissen wollen, wohin die Reise geht. Auf fünf Punkte aus diesem Kursbuch möchte ich mich heute beschränken.

Der erste Punkt heißt: Gerechte Steuern, bezahlbarer Wohnraum, sichere Renten. Ich sagte es eingangs: Ich lege größten Wert darauf, dass es in unserem Land gerecht zugeht. Deshalb fordern wir seit Lan-

gem, dass wir die Lebensleistung der Menschen unterstützen und fördern müssen – das heißt aktivieren statt alimentieren. Nicht der Staat schafft Zukunft, sondern die Menschen.

Wir haben die höchsten Steuereinnahmen aller Zeiten. Auch der Bund – das begrüßen wir, das ist ein Erfolg der Großen Koalition im Bund – hat einen ausgeglichenen Haushalt erreicht. Deshalb ist jetzt der richtige Zeitpunkt für eine Steueroffensive. Mit unserem Bayern-Tarif wollen wir die Bürger bei der Lohn- und Einkommensteuer um bis zu 15 Milliarden jährlich und dabei vor allem diejenigen mit kleinen und mittleren Einkommen entlasten. Wir wollen den Erwerb von selbst genutztem Wohneigentum vor allem für Familien mit Kindern fördern. Wir müssen das Erfolgsmodell aus der langen Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, nach dem sich ein Arbeiter bei BMW im Laufe seines Lebens mit seiner Familie Wohneigentum leisten kann, in Deutschland wieder zum Tragen bringen.

(Beifall bei der CSU)

Deshalb wollen wir ein Baukindergeld von insgesamt 12.000 Euro pro Kind.

(Volkmar Halbleib (SPD): Was habt ihr bisher in der Wohnungspolitik gemacht? Das Gegenteil!)

Wir, die Bayerische Staatsregierung, wollen den Solidaritätszuschlag bis zum Jahr 2025 abschaffen. Wenn wir das schaffen – wir werden es schaffen –, dann ist es die größte Steuersenkung aller Zeiten!

(Beifall bei der CSU)

Wir handeln auch in Bayern rasch und kraftvoll für bezahlbaren Wohnraum.

(Lachen bei der SPD – Volkmar Halbleib (SPD): Wie in den vergangenen 20 Jahren, Herr Ministerpräsident?)

Wir danken auch für die Unterstützung des Bundes. Wir stellen bis zum Jahr 2019 2,6 Milliarden Euro für einen großen Wohnungspakt zur Verfügung. Das ist in Deutschland einmalig!

(Beifall bei der CSU – Volkmar Halbleib (SPD): Die Projekte helfen doch gar nicht! Da kann man nur den Kopf schütteln!)

Wir müssen auch Elemente der Marktwirtschaft stärken, insbesondere die Tugend von unternehmerischen Existenzgründungen. Daher bin ich froh, dass CDU, CSU und SPD in der vergangenen Woche im Vermittlungsausschuss einen Vorschlag erarbeitet

haben. Dieser bedarf zwar noch der Zustimmung durch den Bundestag und den Bundesrat; aber ich gehe davon aus, dass diese erfolgt. Ich bin froh darüber, dass CDU und CSU sowie alle Unionsministerpräsidenten mich als Bayerischen Ministerpräsidenten beauftragt hatten, die Verhandlungen mit der SPD zu führen; das habe ich mit dem Ersten Bürgermeister Scholz getan.

Wir haben unsere großen Ziele erreicht. Im Zusammenhang mit der Erbschaftssteuerneuregelung – sie hat übrigens das Bundesverfassungsgericht veranlasst – kommt es nicht zu einer Steuererhöhung. Was noch wichtiger ist: Wenn ein Erbe oder eine Erbin einen Betrieb übernimmt – es geht nur um Betriebsvermögen, nicht um Barvermögen; Letzteres soll versteuert werden – und die Arbeitsplätze unter bestimmten Bedingungen erhält, dann ist es gerechtfertigt, diesen Vorgang steuerlich zu privilegieren. Wir können nicht in der einen Woche darüber beraten, wie wir Existenzgründer fördern wollen, und in der nächsten Woche darüber, wie wir sie durch höhere Steuern bestrafen können.

(Beifall bei der CSU)

Wir kämpfen für eine sichere Versorgung der Menschen im Alter. Als ich dieses Thema vor einigen Monaten öffentlich ansprach, war die Rede von "Kassandra". Heute ist diese Forderung Allgemeingut. Ich habe dazu am vergangenen Freitag ein langes Gespräch mit der zuständigen Bundesministerin geführt. Ich sage Ihnen: Wer sein ganzes Leben lang hart gearbeitet hat, wozu neben der Berufstätigkeit auch die Kindererziehung zählt, darf nicht in Altersarmut fallen. Das ist unser politisches Ziel.

(Beifall bei der CSU)

Kinder dürfen in unserem Alterssicherungssystem kein Risiko sein. Sie müssen ein Gewinn sein, auch für das Alter. Deshalb wollen wir, die Bayerische Staatsregierung, die Mütterrente für die Geburten vor 1992 weiter ausbauen und, was den Kinderzuschlag angeht, mit den Geburten nach 1992 gleichstellen.

Ich will des Weiteren dafür sorgen – eine entsprechende Grundvereinbarung haben gestern Herr Schäuble und Frau Nahles getroffen –, dass private und betriebliche Vorsorge durch den Bund mit Zulagen bzw. Zuschüssen gestärkt werden. Durch die Kombination von gesetzlicher Rente mit privater Vorsorge muss sichergestellt werden, dass Menschen im Alter nicht in großer Zahl in Armut fallen. Ich werde meine Hand nicht für eine Senkung des gesetzlichen Rentenniveaus reichen, wenn nicht gleichzeitig der Bund dafür sorgt, dass diese Senkung durch private Vorsorge und betriebliche Vorsorge ausgeglichen

wird. Wir sorgen generationengerecht für Sicherheit im Alter. Wir sorgen dafür, dass die große Mehrheit der Deutschen nicht in Altersarmut fällt.

(Beifall bei der CSU)

Wir in Bayern sehen noch Nachbesserungsbedarf beim Bundesteilhabegesetz. Das ist die größte Sozialreform in dieser Legislaturperiode. Wir wollen unseren Mitmenschen mit Behinderung gleichberechtigte Teilhabe ermöglichen. Sie sollen möglichst frei und selbstbestimmt leben können. Die Behinderten- und Sozialverbände haben mir dazu einige Forderungen überreicht, die ernst zu nehmen sind. Ich finde, wir in Bayern sollten zusammenstehen, wenn es darum geht, dafür zu sorgen, dass das Bundesteilhabegesetz ein Gesetz wird, mit dem unsere behinderten Mitmenschen gut und sorgenfrei leben können.

(Beifall bei der CSU – Volkmars Halbleib (SPD):
Das müssen Sie Ihren Finanzpolitikern sagen!)

Wir arbeiten ebenso für die bestmögliche Versorgung bei Krankheit und Pflege. Wir sichern wie kein anderes Bundesland die solide Finanzierung unserer Krankenhäuser. Wir helfen pflegebedürftigen und demenzkranken Menschen und ihren Angehörigen künftig noch besser als bisher. Wir treten nachdrücklich für eine bessere Anerkennung der Pflegeberufe ein.

Soziale Sicherheit, Lebensqualität, aber eben auch Einsatz für Leistungsgerechtigkeit – das ist unsere Linie. Deshalb kämpfen wir für mehr Gerechtigkeit, insbesondere beim Länderfinanzausgleich. Wir sind solidarisch; ich möchte dies heute noch einmal versichern. Aber es kann nicht so weitergehen, dass allein die bayerischen Bürger mehr als die Hälfte der Lasten des Länderfinanzausgleichs zu tragen haben, und dies mit steigender Tendenz. Das ist nicht gerecht. Das muss verändert werden!

(Beifall bei der CSU)

Wir brauchen ein neues Fundament für den Föderalismus und für ein gerechtes Deutschland. Die Entfremdung der Menschen von der Berliner Republik – auch aus solchen Gründen – darf nicht weiter wachsen. Dieses Ziel sollte alle Demokraten einen. Die finalen Beratungen über den Länderfinanzausgleich finden im Oktober, insbesondere in der nächsten Woche, unter Leitung der Bundeskanzlerin statt. Wenn eine Gesamtverständigung zustande kommt, haben wir gute Aussichten, dass Bayern sein Ziel erreicht, um mindestens 1 Milliarde Euro entlastet zu werden. Das setzt voraus, dass wir uns mit 16 Ländern, der Bundesregierung und den Bundestagsfraktionen einig werden. Die finale Debatte beginnt, wie gesagt,

nächste Woche unter persönlicher Leitung der Bundeskanzlerin.

Das zweite Kapitel unseres Kursbuches heißt "Sicherheit durch Stärke". Freiheit braucht Sicherheit. Vertrauen in das politische System braucht Sicherheit. Das ist die erste Aufgabe jeder demokratischen Staatsordnung. – Meine Damen und Herren, wir mussten in diesem Jahr auf schreckliche Weise lernen: Der islamistische Terrorismus ist bei uns in Bayern angekommen. Terroristische Gefahren, organisierte Kriminalität und Internetkriminalität führen zu einer akuten Bedrohungslage. Darauf muss der Rechtsstaat reagieren. Das erwarten die Menschen von uns. Wir stehen für die Sicherheit der Menschen in Bayern. Bei uns gilt: Konsequentes und hartes Durchgreifen gegen Terror und Gewalt! Insoweit gibt es null Toleranz.

(Beifall bei der CSU)

Wir stärken unserer Polizei den Rücken. Ich danke ausdrücklich unseren Polizistinnen und Polizisten. Ich danke den Richtern und Staatsanwälten, den Justizbeamten und Rettungskräften – Hochachtung für deren Einsatz!

(Allgemeiner Beifall)

Wir stärken Polizei, Justiz und Verfassungsschutz. Wir werden bis zum Jahr 2020 2.000 zusätzliche Polizeibeamte einstellen. Weitere Vorhaben sind: modernste Ausrüstung für die Sicherheitskräfte, Kampf der Cyberkriminalität, Schutz der Kinder vor Internetkriminalität und mehr Stellen in der Justiz, vom Justizwachtmeister bis zum Richter. Wir sorgen dafür, dass Bayern das sicherste Land bleibt. Wir werden auch die Prävention gegen Extremismus ausbauen, in Schule und Jugendarbeit, in den Kommunen und im Justizvollzug. Mit diesem Gesamtpaket starten wir die größte Sicherheitsoffensive in der Geschichte Bayerns.

Außerdem fordern wir: Bund und Europa müssen gleichziehen. Ich will verschärfte Strafen für Angriffe auf Polizisten, Justizbedienstete und Rettungskräfte.

(Beifall bei der CSU)

Ich möchte gemeinsam mit dem Bund bessere Grundlagen für eine konsequente Abschiebung straffälliger Asylbewerber. Ich möchte schärfere Strafen bei Wohnungseinbruch. Meine Damen und Herren, neben dem Schutz des Lebens und der Gesundheit ist der Schutz vor dem Eindringen in die Privatsphäre der Menschen erforderlich. Wenn man mit Menschen spricht, die von einem Wohnungseinbruch betroffen sind, stellt man fest, dass sie psychisch angeschlagen

sind. Wer in die Privatsphäre unserer Bürger einbricht, muss künftig hinter Schloss und Riegel – mindestens für ein Jahr.

(Beifall bei der CSU)

Wir wollen den Ausbau der Videoüberwachung in öffentlichen Räumen. Meine Damen und Herren, wir wollen den Einsatz der Bundeswehr im Inneren zur Abwehr terroristischer Gefahren und zur Grenzsicherung mit Verankerung im Grundgesetz. Dazu bekennen wir uns ganz klar.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Ihr habt keine mehr!)

Das ist unsere Überzeugung.

(Beifall bei der CSU)

All das brauchen wir. Einige in diesem Saal waren während des Amoklaufs in München in der Einsatzzentrale der Münchner Polizei anwesend und wissen, wie das Lagebild am Anfang war. Man konnte über lange Zeit nicht ausschließen, dass es mehrere Täter gibt. Wenn sich die Befürchtungen bewahrheitet hätten – Gott sei Dank war es anders –, wären wir über die Unterstützung der Bundeswehr heilfroh gewesen, und sei es nur zum besseren Objektschutz. Meine Damen und Herren, deshalb sollten wir nicht erst über etwas reden, wenn es eingetreten ist. Zur Verantwortungsethik gehört auch, dass man über einen Schaden nachdenkt, bevor dieser eingetreten ist. All das brauchen wir. Wir müssen jetzt handeln. Sicherheit durch Stärke – das ist die Leitlinie für den Freistaat Bayern.

Drittens. Steuerung der Zuwanderung unter Durchsetzung von Recht und Ordnung. Ich sage mit Stolz: Der Freistaat ist von 11 auf fast 13 Millionen Menschen gewachsen, und das in einem guten Miteinander. Jeden Tag tragen viele neue Bürger aus Deutschland, aus ganz Europa, aus allen Teilen der Welt zum Wohlstand und Erfolg Bayerns bei. Die große Mehrheit von ihnen arbeitet, zahlt Steuern und erzieht ihre Kinder im Sinne unserer Grundwerte. Der Freistaat, unsere Städte und Kommunen, die Kirchen und Sozialverbände sowie unzählige engagierte Bürgerinnen und Bürger setzten seit Monaten Beispiele für praktizierte Nächstenliebe. Sie alle schaffen ein Klima des Vertrauens und der Verständigung. Deshalb wiederhole ich heute hier: Bayern reicht diesen Menschen die Hand.

(Beifall bei der CSU – Volkmar Halbleib (SPD): Vor allem ministrierenden Senegalesen!)

Bayern ist traditionell und war über alle Jahrhunderte seiner Geschichte ein weltoffenes Land in der Mitte Europas und eine Brücke zwischen den Kulturen. Bayern ist seit vielen Jahrzehnten das Land eines gelingenden Miteinanders. Dafür sagen wir allen Einheimischen und allen Neubürgern Dank und Respekt.

(Beifall bei der CSU)

In Deutschland gibt es eine beliebte Arbeitsteilung. Wenn Bayern etwas sagt und fordert, dann ist das falsch und fördert angeblich den rechten Rand. Der Aufschrei ist groß.

(Margarete Bause (GRÜNE): Das gilt nicht für Bayern, sondern für die CSU!)

Hierzu könnte ich unzählige Beispiele aufzählen; vielleicht gehe ich anschließend nochmal ans Pult. – Dann vergeht etwas Zeit. Wenn andere schließlich das Gleiche sagen und fordern, handelt es sich plötzlich um allgemein anerkannten Standard.

(Beifall bei der CSU)

Deshalb stelle ich klar, was eine Selbstverständlichkeit ist: Die Achtung der Menschenrechte und die gelebte Mitmenschlichkeit gehören bei uns zur Staatsraison.

(Beifall bei der CSU – Widerspruch bei der SPD)

Das werden wir immer in den Mittelpunkt stellen. Wer zu Recht Schutz sucht, der muss Schutz bekommen – in Bayern bekommt man ihn auch. Dazu bekennen wir uns uneingeschränkt.

(Margit Wild (SPD): Aha!)

Asylrecht bedeutet jedoch nicht, alle nationalen Sicherheitsinteressen zu vergessen. Meine Damen und Herren, der Rechtsstaat muss schon wissen, wer ins Land kommt, wer hier lebt und wer ein Bleiberecht hat. Darauf legt übrigens auch die Bevölkerung Wert. Der Rechtsstaat muss Klarheit schaffen.

(Beifall bei der CSU)

Bayern ist die Stimme der Vernunft.

(Lachen bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Wir machen keine Versprechungen, sondern sagen die Wahrheit und tun das Notwendige. Deshalb haben wir auch die Unterstützung der Bevölkerung. Wir formulieren in aller Differenziertheit, was das Land braucht. Ich erinnere an meine Rede im Juli letzten Jahres an diesem Pult. Damals habe ich die Grund-

sätze meiner Zuwanderungspolitik ausführlich beschrieben.

(Markus Rinderspacher (SPD): Die haben Sie noch einmal ausdrücklich verschärft!)

Dazu zählen Humanität, Integration und Begrenzung. Das möchte ich heute noch einmal spezifizieren.

(Volkmar Halbleib (SPD): Befragen Sie dazu die beiden Kirchen!)

Wir formulieren, was das Land braucht. Wir müssen jetzt für die Zukunft vorsorgen. Nicht zuletzt durch meine Mitwirkung hat die Große Koalition in den letzten Monaten einiges auch im Hinblick auf die Begrenzungsfrage auf den Weg gebracht. Das haben wir mitverhandelt. Das akzeptieren wir, und dazu stehen wir auch. Jetzt will die Bevölkerung wissen: Wie geht das in der Zukunft weiter? Deshalb schaue ich nicht auf die letzten zwölf Monate, sondern in die Zukunft. Unsere Grundsätze sind mittlerweile in Berlin Allgemeingut. Als Erster hat das der Herr Bundespräsident hervorragend ausgedrückt: Unser Herz ist groß, unser Herz ist weit, aber die Möglichkeiten sind begrenzt. – Diesen Satz kann ich mehrfach unterstreichen. Ich möchte an dieser Stelle klipp und klar sagen: Wir schaffen es nicht noch einmal, über eine Millionen Menschen aufzunehmen. Weder in der Menschheitsgeschichte noch aus der Gegenwart gibt es Beispiele, dass irgendein Land es schafft, jedes Jahr über eine Million Menschen aufzunehmen. Deshalb müssen wir die Rückführung von Menschen ohne Bleiberecht beschleunigen und die Zuwanderung begrenzen. Deutschland braucht ein Gesetz, mit dem die Zuwanderung gesteuert wird. In diesem Gesetz brauchen wir auch eine Obergrenze. Wenn wir das nicht tun, werden die Menschen der Aussage, dass sich das letzte Jahr nicht wiederholen wird, nicht den erforderlichen Glauben schenken,

(Zuruf des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

der eigentlich angebracht und nötig ist.

(Beifall bei der CSU)

Nur wenn wir das tun, werden die Leute sagen: Ja wohl, dieser Satz ist ernst gemeint; wir glauben daran, weil wir jetzt die Instrumente kennen – und über die verhandeln wir gerade in Berlin –, mit denen dies gewährleistet werden soll.

Ich möchte noch einmal für meine Fraktion und für die Staatsregierung sagen: Die Begrenzung der Zuwanderung ist die Voraussetzung dafür, dass wir Humanität gewährleisten können. Wenn wir nicht begrenzen,

werden wir Humanität auf Dauer nicht gewährleisten können. Das ist meine tiefe Überzeugung.

(Beifall bei der CSU)

Zuwanderung begrenzen, damit weiter humanitäre Hilfe geleistet werden kann – das sollte eigentlich alle hier in diesem Hause einen. Zu dieser Begrenzung gehört auch, obwohl es nicht unbedingt die Aufgabe des Freistaats Bayern ist, dass wir als Freistaat Bayern mithelfen, die Fluchtursachen zu bekämpfen. Wir schaffen Perspektiven für die Menschen durch konkrete Projekte vor Ort – Haushaltsansätze dafür sind vorgesehen –, im Nordirak und im Libanon, in Tunesien und im Senegal. So können die Menschen in ihrer Heimat, bei ihrer Familie bleiben, oder dorthin zurückkehren. Dadurch verringern wir die Zuwanderung nach Europa. Meine verehrten Zuhörer, das ist realpolitische Humanität, das ist praktizierte Christlichkeit in Regierungsverantwortung.

(Beifall bei der CSU – Volkmar Halbleib (SPD): Jetzt Beispiele!)

Viertens. Wohlstand und Arbeitsplätze für morgen. Jede Generation hat ihre großen Aufgaben. Bayern ist nach dem Zweiten Weltkrieg als das Armenhaus gestartet. Heute sind wir das Chancenland Nummer eins in Deutschland und in Europa. Jetzt geht es darum, diese Spitzenposition auch für den digitalen Fortschritt, eine der größten Herausforderungen, zu sichern: für neue Wertschöpfung, für neue Arbeitsplätze, für sozialen Wohlstand der Menschen in Bayern.

Ich stehe dazu: Markt pur ist nicht unser Weg. Wir sind bekennende Marktwirtschaftler, aber Markt pur ist nicht der bayerische Weg. Wir sind für die soziale Marktwirtschaft, und wir sind für eine aktive Wirtschaftspolitik. Wir helfen beim Strukturwandel und lassen die Familien nicht allein, wenn ihr Betrieb in Schwierigkeiten steckt. Das ist übrigens auch eine Grundlage des bayerischen Erfolgsmodells, war es zuletzt im Fall Siemens. Wir kümmern uns. Siemens selbst hatte die Verantwortung wahrgenommen. Aber das reicht nicht aus. Wir müssen als Staat strukturpolitisch, wirtschaftspolitisch zusätzliche Antworten geben. Das tun wir vor allem in Bad Neustadt in Unterfranken und Rosdorf in Niederbayern, durch Verlagerung von wissenschaftlichen Einrichtungen, von Behörden und durch eine ganz aktive Wirtschaftspolitik.

(Beifall bei der CSU)

In den kommenden zwei Jahren investieren wir jeweils über 1 Milliarde Euro gezielt für die Arbeitsplätze der Zukunft. Das ist der Wachstumsplan Bayern mit dem Ziel, bei der Digitalisierung in die Weltspitze vorzustoßen. Der globale Wettlauf um die digitale Zukunft

ist in vollem Gange. Bayern ist bereits heute der Treiber des digitalen Fortschritts. Nicht ohne guten Grund, meine Damen und Herren, kommen die Top-Firmen nach Bayern, Google, zuletzt IBM, Pure Value. Microsoft eröffnet in den nächsten Wochen seine neue Deutschlandzentrale in München. München ist mittlerweile die digitale Hauptstadt Europas. Wir schaffen jetzt – das ist wichtig, und es ist wieder bayerische Politik – digitale Gründerzentren nicht nur in der Landeshauptstadt, sondern in allen Regierungsbezirken Bayerns.

(Beifall bei der CSU)

Das wichtigste Ziel ist: Wir wollen die Arbeitsplätze der digitalen Revolution im Hightech-Land hier in Bayern haben. Deshalb investieren wir in den kommenden beiden Jahren erneut 2,5 Milliarden Euro für BAYERN DIGITAL für den weiteren Netzausbau, für den digitalen Aufbruch in Unternehmen, in Schulen und Hochschulen, also den Bildungseinrichtungen. Wir erweitern das erfolgreiche Zentrum Digitalisierung Bayern. Das Zentrum ist Denkfabrik und Motor für das ganze Land. Ich konnte mich vor Kurzem bei einem Besuch überzeugen; dort wird erstklassige Arbeit geleistet.

Wir wollen diese neue Technik nutzen, wir dürfen nicht schutzlos sein gegen digitale Bedrohungen, und wir wollen nicht entmündigt werden. Wir wollen die Technik beherrschen und vermeiden, dass eines Tages die Technik uns beherrscht. Deshalb setzen wir auf eigene Kompetenz und nicht auf eingekaufte Kompetenz. Das ist eben auch wieder ein bayerischer Weg: selbstbestimmt, vernetzt mit dem Ziel der Weltspitze.

Zu unserer Zukunftsgestaltung mit Weitblick gehört auch der schonende Umgang mit Ressourcen. Wir setzen weitere Meilensteine für eine carbonfreie Energieversorgung, das energieautarke Haus und die Erforschung neuer Speichertechnologien.

Ich sage heute ganz bewusst: Bayern ist das Auto-Land Nummer eins. Wir sind stolz auf diese Spitzenindustrie. Mir sagen die Chefs von Audi und von BMW: Nur, wenn wir bei der Elektromobilität und beim autonomen Fahren Weltspitze sind, können wir die Arbeitsplätze halten. Ich freue mich, dass BMW und Audi dafür Milliardenbeträge in Bayern investieren.

(Beifall bei der CSU)

Eines vor dem Hintergrund von Presseberichten vom Wochenende: Wenn an mich –beinahe wöchentlich, manchmal auch täglich – oder an Minister meines Kabinetts bayerische Firmen herantreten, damit wir sie im internationalen Wettbewerb angesichts von

Schutzzöllen aus China oder Richtlinien aus Europa unterstützen, die unsere bayerischen Firmen gefährden, dann ist es unser Auftrag, berechnete Anliegen dieser Firmen zu unterstützen, auch wenn es um Abgaswerte geht. Wir unterstützen niemanden bei der Manipulation der Abgaswerte, aber wir unterstützen Firmen sehr wohl, damit sie im internationalen Konzert wettbewerbsfähig sein können.

(Beifall bei der CSU – Zurufe von der CSU)

Ich sage Ihnen: Da rechtfertige ich mich gegenüber niemandem. Es gehört zu meinem Amtseid, zu meiner Verantwortung, dass ich den in Bayern ansässigen Unternehmen und damit auch den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern unter die Arme greife, wenn sie rechtskonforme einwandfreie Anliegen haben. Mein Amtseid umfasst auch, für diese Firmen einzutreten.

(Beifall bei der CSU)

Der Hochleistungsstandort Bayern braucht auch Hochleistungsinfrastruktur. Wir haben selbst in Wahlkampfzeiten die Thüringer Strombrücke in Oberfranken mit 30 Kilometern auf bayerischem Boden unterstützt. Sie steht jetzt, sie ist wichtig für die sichere Versorgung der bayerischen Wirtschaft. Für die beiden großen Gleichstromleitungen – die werden wir hier sicherlich noch debattieren – haben wir etwas erreicht. In dem Fall bedanke ich mich auch beim Wirtschaftsminister des Bundes für die Unterstützung. Gemeinsam haben wir gegen manchen Widerstand erreicht, dass die jetzt vorgeschlagenen Gleichstromtrassen zu 100 % verkabelt werden. Das haben wir zugesagt, und wir haben es eingehalten, meine Damen und Herren. Das ist moderne Politik.

(Beifall bei der CSU)

Das ist modern und bürgerfreundlich.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Das wird sich noch zeigen!)

Ich glaube, dass viele Infrastrukturmaßnahmen künftig unter der Erde stattfinden werden, auch beim Verkehr.

Meine Damen und Herren, Infrastruktur unter der Erde ist kein Problem, sondern die Lösung von Problemen, und deshalb werden wir sie unterstützen. Das ist eine Schonung der Landschaft und bürgerfreundlich.

(Beifall bei der CSU)

Das setzt unsere Politik fort: Donau-Ausbau mit Augenmaß, keine Belastung durch übermäßige Windkraftanlagen, Trassen unter die Erde.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

So verstehe ich Politik für das ökonomisch Notwendige, unter Bewahrung unserer wunderbaren Natur. Das ist unsere Politik.

Solche Schritte werden wir weiter tun. Im Oktober steht die Entscheidung über die zweite Stammstrecke an. Die Verfahren sind durchgeführt. Es geht jetzt schlicht und einfach um die Finanzierungsvereinbarung. Sie ist für Oktober dieses Jahres beabsichtigt.

Wir binden das Chemiedreieck, diese ganz wichtige Wirtschaftsbranche, an den Knoten München an, auch in Richtung Salzburg und damit an den Hafen Triest. Auch arbeiten wir hart am Zulauf zum Brenner Basistunnel.

Zur dritten Start- und Landebahn möchte ich heute sagen: Ich habe einen umfassenden Dialogprozess geführt. Mein Vorgehen wurde von allen Beteiligten einhellig begrüßt. Das ist moderne Mitbestimmungs- und Teilhabepolitik.

(Volkmar Halbleib (SPD): Und wie weiter?)

Im Gegensatz zu den letzten Jahren, in denen wir zwar bei den Passagierzahlen Anstiege, aber bei den Flugbewegungen Stagnation bzw. Rückgang zu verzeichnen hatten, gibt es nun – seit dem letzten Jahr; auch in diesem Jahr – einen neuen Trend und damit eine neue Situation. Die Prognose sagt sie sehr zuverlässig auch für das nächste Jahr voraus.

(Volkmar Halbleib (SPD): Und?)

Die Zahl der Flugbewegungen steigt, und dieser Trend soll sich fortsetzen. Wir sehen deshalb den Zeitpunkt für gekommen, jetzt in eine Debatte über den Weg zu einer Entscheidung für den Bau der dritten Startbahn einzutreten.

(Beifall bei der CSU – Markus Rinderspacher (SPD): Ach, Herr Seehofer! – Volkmar Halbleib (SPD): Das nennt man entscheidungsstark!)

Ich bleibe bei meiner Überzeugung, dass diese Entscheidung zusammen mit den Bürgerinnen und Bürgern der Landeshauptstadt München getroffen werden muss. Wir streben die Einleitung eines Ratsbegehrens an.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Ich will dazu mit den Verantwortlichen der Landeshauptstadt eine Übereinkunft treffen. Das ist ein transparenter, sauberer Weg. Sie können heutzutage Infrastrukturvorhaben überhaupt nur damit begründen, dass es eine Notwendigkeit dafür gibt. Der Trend hat sich verändert. Deshalb denke ich, dass wir jetzt über diese Frage entscheiden sollten.

Ein weiterer globaler Megatrend sind die neuen Chancen in der Medizin und in den Lebenswissenschaften. Bayern soll auch hier ganz vorn mit dabei sein.

Wie ist doch über meinen Eintrag ins Goldene Buch der Stadt Augsburg gelächelt worden! Heute kann ich sagen: Die Dinge sind irreversibel am Laufen. Bis zum Jahr 2018 werden wir das Universitätsklinikum Augsburg aufbauen. Ich kann nur sagen: versprochen – gehalten!

(Lebhafter Beifall bei der CSU)

Bayern zahlt über 250 Millionen Euro allein für Lehr- und Forschungsflächen. Würzburg, Regensburg und Erlangen – überall investieren wir massiv in die Zukunft unserer Kliniken. Wir machen das Medical Valley Nürnberg-Erlangen zum Aushängeschild für ganz Bayern. Wir unterstützen Campus, das Megaprojekt von Siemens. Der Weltkonzern, der hier in Bayern zu Hause ist und bleibt, wird dafür in Bayern 500 Millionen Euro investieren. Für den Wissenschaftsstandort Nürnberg-Erlangen planen wir in historischer Dimension.

Wir investieren über zwei Jahrzehnte hinweg, aber nicht nur in Nordbayern, sondern vor allem auch hier: 1 Milliarde Euro für den Neubau des größten bayerischen Universitätsklinikums in Großhadern.

Ich bin stolz, sagen zu können: In den letzten zehn Jahren haben wir die Zahl der Studienanfänger um fast die Hälfte erhöhen können, bei den naturwissenschaftlichen Fächern sogar um sage und schreibe 70 % – das ist Zukunft –, und hier wiederum den Anteil der Frauen um über 80%. Das ist der größte Bildungsaufbruch seit dem Zweiten Weltkrieg.

(Beifall bei der CSU)

Nur stellvertretend ein weiteres Beispiel: Wir gründen in Straubing eine neue Hochschule für Biotechnologie und Nachhaltigkeit mit insgesamt 1.000 Studienplätzen.

Wir schaffen Chancen für jedes Talent. Wir richten unsere Bildungspolitik an den Talenten und Fähigkeiten der Menschen aus. Wir investieren zusätzlich 1 Milliarde Euro in die Bildung, unter anderem für noch mehr Ganztagsangebote. Ich wiederhole meine Ganz-

tagsgarantie: Für jede Schülerin und jeden Schüler bis 14 Jahre wird es bis 2018 ein bedarfsgerechtes Angebot geben. Dieses Ziel erreichen wir, meine Damen und Herren, und wir ermöglichen – das war eine schwierige Diskussion – weitere Angebote in den Ferien zur individuellen Förderung. Unsere Bildungsmilliarde ist ein neuer Kraftakt für das Chancenland Bayern.

Wir haben seit 2008 fast 7.000 Lehrerstellen neu geschaffen. Wir werden bis 2018 800 weitere Stellen zusätzlich zur Verfügung stellen. Ich sage vor dem Hintergrund einer Diskussion, die vor ein paar Tagen in meiner Fraktion stattgefunden hat, dass wir für die Förderschulen in Bayern noch ein Stück mehr machen müssen als ursprünglich geplant.

(Beifall bei der CSU)

Für das Gymnasium – Thema G 8 und G 9 – auch eine klare Botschaft: Wir wollen ein hochwertiges Reifezeugnis und kein Billigabitur. Wir wollen den 30 % bis 40 % unserer jungen Menschen, die mit dem G 8 zurande kommen, diese Chance nicht nehmen. Weil wir wissen, dass es auch junge Menschen gibt, die prinzipiell für das Gymnasium geeignet sind, aber eine längere Lernzeit brauchen, werden wir jetzt im Dialog mit allen Beteiligten der gymnasialen Schulfamilie einen Weg suchen, wie wir Möglichkeiten einer längeren Lernzeit gestalten können, ohne das Niveau des Abiturs herabzusetzen.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Ohne dass wir es G 9 nennen!)

Das ist für mich ein ganz wichtiger Punkt in der Bildungspolitik Bayerns. Wir orientieren uns eben an der Lebensvielfalt.

(Natascha Kohnen (SPD): Deswegen haben 96 % das G 9!)

Das ist nach meiner tiefen Überzeugung menschlicher und schülergerechter als jede abstrakte und unmoderne Strukturdiskussion. Reden wir vielmehr über modernste pädagogische Ansätze, reden wir über mehr Ganztagsangebote, individuelle Förderung und Persönlichkeitsentwicklung. Das ist moderne Politik.

In Bayern steht der Mensch ganz generell im Mittelpunkt. In der Bildung gilt: Das Maß der Dinge ist das Kind. Das heißt: nicht alles über einen Kamm scheren, sondern flexible Wege ins Leben ermöglichen. Dieses Menschenbild drücken wir in dem Satz aus: Der Arbeiter ist uns genauso viel wert wie der Vorstandsvorsitzende.

(Beifall bei der CSU)

Dabei werden wir uns nicht vom richtigen Weg abbringen lassen. Deshalb: Vielfalt und Wahlfreiheit; individuelle Bildung ist die beste Bildung; differenzierte Bildung ist die menschlichste Bildung, liebe Freunde. Und das vertreten wir.

(Beifall bei der CSU)

Fünftens. Wir wollen Chancen überall im Land. Die bayerische Bevölkerung hat dieses Ziel durch eine Verfassungsänderung im Jahr 2013 bestätigt. Jede Region soll gleichgewichtige Lebenschancen und gleichwertige Lebensverhältnisse bekommen.

In vielen Regionen besteht jetzt praktisch Vollbeschäftigung. Die Arbeitslosenzahlen in den Regierungsbezirken – das ist ein wichtiges Datum – haben sich in den letzten Jahren weitgehend angenähert. Im Jahr 2005 betrug die Spannweite zwischen den Regierungsbezirken in Bayern bei der Arbeitslosigkeit noch 3,4 %; 2015 beträgt sie nur noch 1,2 %, ist also um zwei Drittel niedriger.

Unsere Strategie ist erfolgreich. Sie lautet: Arbeit zu den Menschen bringen und nicht umgekehrt! Hier haben schon meine Vorgänger von Goppel über Strauß bis Streibl und Stoiber Weitblick bewiesen. Ich nenne allein den Ausbau der Bildungslandschaft in allen Regionen, der Schulen und der Hochschulen. Das heißt, Kontinuität und Weitblick führen zum Erfolg.

Im Jahr 2015 haben wir den Startschuss für die größte Behördenverlagerung aller Zeiten, für die Verlagerung von Einrichtungen und Institutionen insbesondere auch der Wissenschaftslandschaft gegeben. Über 50 staatliche Einrichtungen verlegen wir in ländliche Regionen.

Am letzten Freitag bin ich in Oberfranken von der dortigen Wirtschaft mit einer goldenen Ehrenmedaille ausgezeichnet worden. Man hat mir einen siebenminütigen Film vorgeführt, in dem gezeigt wurde, was in Franken in den letzten Jahren geschehen ist. Ich war selbst überrascht, was wir alles bewerkstelligt haben. Genau das ist der Grund, warum wir heute sagen können: Oberfranken, Mittelfranken und Unterfranken sind wegen dieser Strukturpolitik Topregionen in Bayern.

(Beifall bei der CSU)

Wir haben einen zweiten Dienstsitz des Finanzministers in Nürnberg eingerichtet, der von der Bevölkerung und den Institutionen stark angenommen wird. Deshalb lasse ich nicht locker. Es wird so kommen: Wir verlagern erstmals in der Geschichte Bayerns ein ganzes Ministerium. Das Staatsministerium für Ge-

sundheit und Pflege zieht nach Nürnberg, in das Herz der Gesundheitsregion Franken. Meine Damen und Herren, in der Stadt Nürnberg haben wir im bundesweiten Vergleich die höchste Arbeitslosigkeit. Wenn wir glaubwürdig über Strukturpolitik reden wollen, müssen wir der Stadt Nürnberg helfen.

(Beifall bei der CSU)

Zum Schluss möchte ich noch etwas zur Heimatliebe und zur Weltoffenheit Bayerns sagen.

Wir arbeiten weiter an der Symbiose von Ökonomie und Ökologie.

(Lachen bei den GRÜNEN)

Dafür stehen unsere 18 Naturparke. Sie sind Schwerpunkte des naturnahen Tourismus. Dafür stehen auch unsere Nationalparke Bayerischer Wald und Berchtesgaden. Dort wird nicht nur die Vielfalt von Tier- und Pflanzenarten gesichert. Über drei Millionen Besucher jährlich bringen eine Wertschöpfung von über 35 Millionen Euro in diese Regionen. Diesen erfolgreichen Weg gehen wir weiter. Wir werden im Dialog mit den Bürgern und den Verantwortlichen vor Ort prüfen und untersuchen, ob es die Möglichkeit gibt, einen dritten Nationalpark in Bayern einzurichten. Dafür kommen nur Gebiete im Staatseigentum infrage, weil wir das Eigentum der Privatwirtschaft achten. Das ist eine historische Entscheidung für die kommenden Generationen. Deshalb streben wir eine einvernehmliche Lösung mit den Beteiligten vor Ort an.

Aufgrund der jüngsten Hochwasserereignisse haben wir in Bayern massive Anstrengungen unternommen. Unser Hochwasserschutz-Aktionsprogramm 2020plus wird weiter umgesetzt. Wir stehen zu unserer Landwirtschaft, zu unserer einzigartigen Landschaft und zur bäuerlichen Tradition. Wir stehen auch zu dem Grundsatz "Schützen durch Nützen". Ich möchte ausdrücklich unterstreichen, diese wunderschöne Natur und Landschaft ist durch das umweltbewusste Tun unserer Bauern, unserer Land- und Forstwirte, entstanden.

(Beifall bei der CSU)

Wir haben mit die sichersten Lebensmittel in der Menschheitsgeschichte. Gegen die kriminelle Energie Einzelner gehen wir mit aller Konsequenz vor. Meine Damen und Herren, wir stärken unseren Verbraucherschutz strukturell und personell.

Bayern ist ein Kulturstaat. Wir setzen über die Jahre rund 300 Millionen Euro zusätzlich für die Kultur ein. Ich nenne das Museum der Bayerischen Geschichte in Regensburg. In Würzburg schaffen wir auf der Fes-

tung Marienberg ein Fränkisches Landesmuseum. Bald werden wir in jedem Regierungsbezirk ein herausragendes staatliches Museum haben. Wir werden ein Sudetendeutsches Museum in München schaffen; die Grundsteinlegung war vor zwei Wochen. Meine Damen und Herren, das sind kulturelle Meilensteine für Bayern, regional, lebendig und einzigartig, wie die Kunst und die Kultur in Bayern sind.

Wir haben in unserer Gesellschaft einen großen Zusammenhalt. Das verdanken wir unseren Familien. Deshalb geben wir im Haushalt fünf Milliarden Euro für die Familien aus. Vielleicht interessiert es Sie, dass das Landesbetreuungsgeld, das wir in Bayern übernommen haben, von über 70 % der bayerischen Familien in Anspruch genommen wird.

(Beifall bei der CSU)

Ich habe in mancher Diskussion gehört, dass diese Entscheidung an den Interessen der Bevölkerung vorbeigegangen sei. Das ist absolut falsch. Über 70 % der bayerischen Familien haben das Betreuungsgeld in Anspruch genommen. Das ist eine klare Willensbekundung der jungen Familien. Meine Damen und Herren, wie junge Familien leben und wie sie ihre Kinder großziehen gedenken, hat nicht die Politik zu bestimmen, sondern niemand anders als die jungen Familien selbst.

(Beifall bei der CSU)

Wir haben also ein kraftvolles Signal für die Humanität in unserem Lande gesetzt. Wir erleichtern die Ferienbetreuung von Kindern in Kindergärten und Horten. Ich bin entschieden dafür, dass wir die Kinderrechte in das Grundgesetz aufnehmen.

Bayern ist ein Land des Ehrenamtes. Fünf Millionen Menschen in Bayern sind im Ehrenamt tätig. Wir wollen deshalb das Ehrenamt durch eine "Zukunftsstiftung Ehrenamt Bayern" stärken, die sich an die Stiftung "Wertebündnis Bayern" anlehnen soll. Wir werden das Ehrenamt generell noch viel effektiver unterstützen.

Dies gilt auch für die Zuwanderer. In vier Jahren geben wir neun Milliarden Euro aus dem Bayerischen Staatshaushalt für die Bewältigung der Flüchtlingskrise aus. Vier Milliarden Euro.

(Reinhold Bocklet (CSU): Neun Milliarden Euro!)

– Ich bin im Zweifel immer für die Abrundung. Neun Milliarden Euro. Diese Summe ist einmalig in Deutschland. Wir vermitteln unsere Rechts- und Wertordnung. Wir helfen mit zusätzlichen Sprach- und

Integrationskursen sowie mit 2.000 speziellen Übergangs- und Berufsintegrationsklassen.

Eines möchte ich in diesem Zusammenhang anführen, weil sich das nur stillschweigend vollzieht und weil wir in einer solchen Debatte eine Standortbestimmung vornehmen und Zukunftsaussichten vermitteln sollten: Wir haben mit der Wirtschaft einen Beschäftigungspakt geschlossen, also mit dem Handwerk, dem Handel und der Industrie. Wir haben vereinbart, dass wir bis zum Jahr 2019 60.000 Flüchtlinge in Lohn und Brot bekommen wollen. Bereits jetzt haben wir fast 40.000 Flüchtlinge in Praktika, Ausbildungen und Arbeit integriert. Ich bin stolz auf diese Leistung der Beteiligten aus der Wirtschaft. Das Zerrbild eines herzlosen Bayerns, das unsere Gegner malen, wird völlig widerlegt, wenn man sich nur diese Zahl ansieht.

(Beifall bei der CSU – Volkmar Halbleib (SPD):
Zu den Gegnern zählt auch die katholische Kirche!)

Aus dem Bildungsmonitor 2016 geht hervor, dass Bayern bei der Integration von Flüchtlingen auf Platz eins in Deutschland liegt.

(Beifall bei der CSU)

Ich danke deshalb den Lehrkräften, der Wirtschaft sowie allen Helferinnen und Helfern. Das ist immer ein Kraftakt. Unsere Botschaft lautet: Wir machen ein Angebot für ein gutes Miteinander, und zwar ein ehrliches Angebot: miteinander leben, nicht nebeneinander oder gar gegeneinander.

Wir wollen auch keine Paralleljustiz. Recht sprechen bei uns die Richterinnen und Richter, sonst niemand. Bei uns wird die Gleichberechtigung der Frau praktiziert. Frauen führen ein selbstbestimmtes Leben, sie arbeiten als Polizistinnen, Lehrerinnen und Ärztinnen und übernehmen Führungspositionen. Ein mittelalterliches Bild von Frauen, das Frauen versteckt, ihnen ihr Gesicht nimmt, aufgrund dessen ihnen der Handschlag verweigert oder sie zwangsverheiratet werden können, das alles hat in Deutschland und in Europa keinen Platz.

(Beifall bei der CSU)

Dies gilt auch für Kinderehen, die hierzulande inakzeptabel sind. Hier ist der Bund mit seiner Regelungskompetenz in der Pflicht. Gerade hier muss der Rechtsstaat klar und konsequent durchgreifen. Wir akzeptieren keine Kinderehe.

(Beifall bei der CSU)

Hass, Antisemitismus, Angriffe auf das Existenzrecht Israels und Aufrufe zur Gewalt werden in diesem Lande nicht geduldet. Der politische Islamismus ist intolerant, von primitivsten Feindbildern geprägt und gewaltbereit. Das alles gehört nicht zu Deutschland.

(Beifall bei der CSU)

Ich erinnere an die bewegenden Worte des kürzlich verstorbenen Max Mannheimer, den ich sehr geschätzt habe und der mich auch bei einer sehr schwierigen Israelreise begleitet hat. Er hat in diesem Hohen Haus im Januar 2015 die Worte gesprochen – ich zitiere –: "Freundschaft zwischen Völkern und Religionen ist in unserer Zeit eines der wichtigsten Signale." Auch deshalb ist Bayern Vorreiter für ein NPD-Verbot. Deshalb bekämpft Bayern Antisemiten und Rechtsradikale. Wir sagen auch den Islamisten, Salafisten und Hasspredigern aufrecht, selbstbewusst und unmissverständlich: Es gibt in unserem Freistaat Bayern keinen Millimeter Raum für Verfassungsfeinde. Das ist unser demokratisches Gesicht in Bayern, und dieses demokratische Gesicht soll jeder sehen.

(Beifall bei der CSU)

Jeder soll wissen: Gelingende Vielfalt, Einheit in Freiheit, das bayerische Grundgesetz von Leben und leben lassen, unser freiheitliches bayerisches Lebensgefühl – diese Errungenschaft von 1.500 Jahren Geschichte lassen wir uns nicht nehmen.

Unsere Hausordnung ist nicht verhandelbar. Wir treffen uns nicht in einer neutralen Mitte. Wir integrieren nicht in ein Niemandsland, sondern in unsere Wertordnung. Integration hat eine Richtung und ein Ziel. Das Ziel von Integration ist unsere Leitkultur, und da haben die Menschen ihre Sorgen. Sie wissen sehr genau: Zusammenhalt, Respekt und Menschlichkeit brauchen mehr als einen großen Verfassungspatriotismus. 87 % der bayerischen Bürgerinnen und Bürger – und zwar 87 % aus allen Parteien und aus allen weltanschaulichen Traditionen – wollen unsere bayerische und deutsche Leitkultur zum Maßstab für Integration machen. Wir sind im Auftrag der Bevölkerung unterwegs und müssen die Sorgen und Ängste der Menschen zu *unseren* Sorgen machen. Das ist der beste Schutz und die beste Prävention gegenüber politischem Radikalismus. Deshalb bildet die Leitkultur die Grundlage für unser Bayerisches Integrationsgesetz.

(Beifall bei der CSU)

Ich appelliere an Sie alle, unabhängig von parteipolitischen Auseinandersetzungen: Zeigen wir den Menschen in unserem Lande, dass wir gemeinsam zu un-

seren Werten stehen und sie verteidigen. Ohne gemeinsame Werte ist Demokratie eine leere Hülle.

(Zuruf des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

Ohne Bildung ist Freiheit kalt und rücksichtslos. Solidarität braucht Zusammengehörigkeit und Identität. Die Menschen erwarten von uns ein klares Bekenntnis. Falsch verstandene Toleranz darf nicht zur Selbstaufgabe führen.

(Zuruf von den GRÜNEN)

Ich sage ganz deutlich: Bayern soll Bayern bleiben. Deshalb streben wir an, dass der Begriff der Leitkultur als Voraussetzung für Solidarität und Miteinander in die Bayerische Verfassung aufgenommen wird.

(Beifall bei der CSU)

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, wir feiern in diesem Jahr gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern 70 Jahre Bayerische Verfassung. Im Jahr 2018 feiern wir 200 Jahre Verfassungsstaat Bayern und 100 Jahre Freistaat Bayern. Nutzen wir diese Jubiläen zur Selbstvergewisserung. Zeigen wir, was uns für unser Zusammenleben und für unsere Demokratie wichtig ist. Tradition, Kultur und Identität machen Bayern so besonders. Das Glattgeschliffene und Beliebige will bei uns niemand. Das Unikat ist das Universelle.

Gerade auch die neuen Mitbürger lieben die bayerische Lebensart. Gerade sie verstehen überhaupt nicht, wenn über bayerischen Patriotismus die Nase gerümpft und durch einsame Querköpfe unsere Trachtler und Schützen madiggemacht werden, wie während des G-7-Gipfels geschehen. Das ist kein "Disneyland". Wir sind stolz auf unsere Trachtler und Schützen. Wir sind stolz auf Bayern, und wir feiern Bayern.

(Anhaltender Beifall bei der CSU)

Die Menschen leben gerne in Bayern. Bayern hat sich fraglos verändert, aber das bayerische Lebensgefühl ist geblieben. Die Bayern entscheiden über ihre Zukunft selbst und möglichst unabhängig.

Wir denken wertorientiert, generationengerecht und langfristig. Wir handeln in Verantwortung für unsere Menschen, für unsere Kinder und Enkel. Deshalb wiederhole ich: Bayern steht für Stabilität in einer instabilen Welt. In einer Welt der Unsicherheit sagen wir: Die Sorgen der Menschen sind auch unsere Sorgen. Darauf können Sie sich verlassen. Politik ist im Ergebnis ein Dienst am Menschen. Dafür arbeiten wir, und

dafür reichen wir allen Kräften der Vernunft die Hand. Wir schaffen Vertrauen durch Kontinuität und Weitblick.

(Lang anhaltender Beifall bei der CSU – Zurufe von der CSU: Bravo!)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Ministerpräsident. – Verehrte Kolleginnen und Kollegen, damit kommen wir jetzt zur Aussprache. Der Ordnung halber möchte ich sagen, dass jetzt jede Fraktion eine zusätzliche Redezeit von 23 Minuten hat. So viel Zeit muss für die Regierungserklärung sein. – Wir gehen davon aus, dass der Ministerpräsident auch dableibt. – Das besagt die Geschäftsordnung. Ich denke, Sie legen Wert darauf, dass ich Ihnen das auch sage.

Ich darf jetzt die Aussprache eröffnen und als erstem Redner für die SPD-Fraktion Herrn Kollegen Rinderspacher das Wort erteilen. Bitte schön.

Markus Rinderspacher (SPD): Verehrte Frau Landtagspräsidentin, Herr Ministerpräsident, Hohes Haus, liebe Kolleginnen und Kollegen! Anders, als es zu den Gepflogenheiten im Wechselspiel zwischen Regierung und Opposition gehört, möchte ich heute zunächst einmal dem Ministerpräsidenten ein großes Lob aussprechen. Sie werden überrascht sein.

(Beifall bei der CSU)

Ich möchte der CSU die Gelegenheit geben, mir zu applaudieren. – Bitte nehmen Sie das auch ins Protokoll auf. – Ich trage das in meinem Kalender mit einem roten Kreuzchen ein. Ich hoffe, dass das meiner Partei, der SPD, nicht schadet. Aber tatsächlich ist es heute, anders als in den letzten zwölf Monaten, Herrn Seehofer zum ersten Mal gelungen, keinen Frontalangriff auf die deutsche Bundeskanzlerin zu fahren und im Dauerstreit zwischen CSU und CDU zumindest eine Feuerpause einzulegen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Herr Ministerpräsident, nach der Länge Ihrer Rede haben Sie hier einen Fidel Castro gegeben. Tatsächlich war auch der Ton ein anderer als in den letzten zwölf Monaten.

(Widerspruch bei der CSU)

Sie haben beinahe landesväterlich gesprochen, in staatsmännischer Pose, im ruhigen Kammerton. So kannten wir Sie gar nicht die letzten zwölf Monate. Sie waren heute ein ganz anderer Horst Seehofer.

(Gudrun Brendel-Fischer (CSU): Da seid ihr nicht da gewesen!)

Sie waren heute ein anderer Horst Seehofer als der Horst Seehofer, den wir seit dem Sommer 2015 erlebt haben.

(Kerstin Schreyer (CSU): Jetzt ist aber das Original da!)

Als Teil der Bundesregierung agierte die CSU nämlich in den letzten zwölf Monaten in Wahrheit alles andere als besonnen und im Kammerton sprechend. Sie agierte als schrille Fundamentalopposition. Die CSU hat gegenüber demokratischen Institutionen wie der Bundeskanzlerin jegliche Etikette vermissen lassen. Horst Seehofer hat das gute Benehmen eines Gentleman – wie wir ihn heute erlebt haben – an der Parteitagspforte abgegeben.

Nach den Angriffen, die sich Frau Merkel gefallen lassen musste, gleicht ihr Verhalten aus Ihrer Sicht einem Akt der Selbstaufgabe. Im Herbst 2016 scheint klar zu sein: Die Demontage der deutschen Bundeskanzlerin durch die Schwesterpartei zeigt Wirkung. Die CSU hat die Imagewerte der Bundeskanzlerin in den letzten zwölf Monaten mit ihren stetigen Attacken regelrecht pulverisiert. Frau Merkel hat den letzten Rest an Autorität verloren. Das Ansehen der Bundeskanzlerin ist schwer beschädigt, und sie genießt keinen Rückhalt mehr.

Als Koalitionspartner in der Großen Koalition in Berlin bedauern wir sehr, dass es der Bundeskanzlerin ganz offensichtlich an Führungsstärke fehlt. Jeder andere Regierungschef hätte bei diesem Koalitionsgegner in den eigenen Reihen schon längst einmal auf den Tisch gehauen und die Freundinnen und Freunde der Schwesterpartei auch mal vor die Tür gesetzt.

(Beifall bei der SPD)

Die deutsche Bundeskanzlerin hat aus dem unionsinternen Streit so schlimme Blessuren davongetragen, dass sie ganz gewiss keine vierte Kanzlerkandidatur vor sich hat. Wir, die SPD, könnten die bemerkenswerten Prozesse im Dauerstreit zwischen CSU und CDU mit großer Gelassenheit sehen.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, es geht aber leider um sehr viel mehr als um ein Parteien-Geplänkel von ehemals Befreundeten. Die lautstarke Polarisierung der CSU in den letzten zwölf Monaten schadet dem Vertrauen in die Handlungsfähigkeit der Bundesregierung und des deutschen Staates insgesamt. Die CSU hat auf unverantwortliche Art und Weise das gesellschaftliche Klima in unserem Land aufgeheizt und damit auch den inneren Frieden in unserem Land gefährdet.

(Widerspruch bei der CSU)

Demokratische Institutionen nehmen Schaden, wenn diese von einer Partei immer wieder attackiert werden und wenn diese Partei dabei als schlechtes Vorbild für rechtskonservative Deutschnationale wie die AfD agiert.

Die jüngste Entgleisung von Generalsekretär Andreas Scheuer war ganz gewiss kein Einzelfall, als er formulierte, das Schlimmste seien fußballspielende, ministerierende Senegalesen, und diese könne man nicht mehr abschieben. Man werde sie nicht mehr los.

(Widerspruch bei der CSU)

Das war eine unerträgliche Missachtung der Ehrenamtlichen und der kirchlich Engagierten in unserem Land, die die Integration und den sozialen Zusammenhalt in Bayern an vorderster Stelle organisieren.

(Beifall bei der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Wir sollten die Macher der Mitmenschlichkeit in Bayern nicht auf diese Art und Weise demoralisieren. Im Gegenteil, wir sollten sie bestärken. Wir sind stolz auf diese hilfsbereiten Menschen und danken ihnen von Herzen für ihre wertvolle Arbeit. Deshalb sagen wir, die SPD, völlig unmissverständlich: Wir sind stolz auf dieses Bayern der Solidarität und Nächstenliebe.

(Beifall bei der SPD und der Abgeordneten Gudrun Brendel-Fischer (CSU))

Die Entgleisung von Andreas Scheuer stellt den vorläufigen Tiefpunkt einer rechtsnationalen Kampagne dar, gegen die sich sogar einstige Verbündete von den Kirchen in Bayern und Deutschland auf das Schärfste verwahren.

Mehrere Bischöfe kritisieren, die Politik der CSU habe nichts, aber auch gar nichts mehr mit christlicher Nächstenliebe zu tun. Das Postulat, Zuwanderung lediglich aus dem christlich-abendländischen Kulturkreis zuzulassen, sei weder mit der deutschen noch mit der bayerischen Verfassung und schon gar nicht mit dem Evangelium vereinbar. Gestern Abend hat der Bamberger Erzbischof Ludwig Schick die CSU mit deutlichen Worten zur Verfassungstreue ermahnt. Das sind harte Worte. Er meinte, die CSU müsse vom Verfassungsschutz überprüft werden. Christen dürften Herabwürdigungen und Verletzungen der Menschenwürde nicht stehen lassen und nicht zulassen. Falsche Strategien bestünden auch darin, Stimmen am rechten Rand mit unlauteren Mitteln einzufangen, erklärte Schick mit Blick auf die Flüchtlingsproblematik. Er war nicht der Erste. Auch Kardinal Marx, Kardinal Woelki und der evangelische Landesbischof von Bayern Professor Heinrich Bedford-Strohm, haben sich auf das

Schärfste von der rechtspopulistischen Rhetorik dieser CSU distanziert.

Meine Damen und Herren, Sie regieren nicht ordentlich in Berlin, und Sie arbeiten auch nicht vernünftig zusammen. – Herr Ministerpräsident, erfreulicherweise ist das heute das eine oder andere Mal anders angekommen. – In einer solchen Phase müsste man die Gemeinsamkeiten herausstellen und darstellen, dass wir gemeinsam zwei Asylpakete und das Integrationsgesetz auf den Weg gebracht haben. Auch die sozialen Errungenschaften, wie die Verbesserungen bei der Rente, die Erwerbsminderungsrente, die Mütterrente und die Rente mit 63 Jahren müssten in einer solchen Phase mehr in den Vordergrund gestellt werden. Dies alles wurde insbesondere von unserer Partei, der SPD, auf den Weg gebracht. – Herr Ministerpräsident, Sie haben das heute zumindest angedeutet. – Aber nein, stattdessen vermittelt die CSU seit einem Jahr ununterbrochen den Eindruck, als sei die Bundesregierung, der sie selbst angehört, ein überforderter Chaosverein sondergleichen und als sei die Bundeskanzlerin die Spitze einer weltfremden, abgehobenen Elite.

Kardinal Woelki fasst analytisch treffend zusammen, die CSU betreibe damit das Geschäft der Rechtspopulisten von der AfD. Ich weiß, dass Sie Herr Ministerpräsident, immer wieder sagen, es sei Ihr politisches Ziel, die AfD möglichst kleinzuhalten, so, als dürfe es rechts von der CSU keine demokratisch legitimierte Partei mehr geben. Ich sage Ihnen: Wer die AfD wirklich kleinhalten will, darf ihre Rhetorik nicht übernehmen oder gar übertreffen.

(Beifall bei der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Im Übrigen, Fremdenfeindlichkeit kleinhalten zu wollen, indem man selbst auf verantwortungslose Weise Ängste vor Überfremdung schürt – das haben Sie getan, und zwar zwölf Monate am Stück –, ist ein fragwürdiges Konzept und für einen Demokraten, der verantwortlich handeln möchte, ein unwürdiges Verhalten. Die tatsächlichen Feuerteufel in unserer Gesellschaft folgen nämlich den geistigen Brandstiftern. Gerade in Bayern ist es eine gewagte These, dass man die AfD kopieren, ihr hinterherrennen oder vorseilen müsse, um sie kleinzuhalten. Die Wählerschaft hat diese These bereits widerlegt. Bei der Europawahl – die liegt nur zwei Jahre zurück – hat die AfD in Bayern das vierbeste Ergebnis im Vergleich der Bundesländer erzielt. Sie hat deutlich besser abgeschnitten als im Bundesdurchschnitt. Die AfD hatte lediglich in Sachsen, in Hessen und in Brandenburg höhere Stimmenanteile als im Freistaat. Die CSU-Spitze mit Herrn Seehofer hat mit dröhnend europa-

feindlichen Tönen, die AfD kleinhalten zu wollen, das Gegenteil erreicht, und daraus hat sie nichts gelernt. Die Quittung wird folgen. Ich bin mir sicher, das Vermächtnis von Herrn Seehofer für seine Partei zeichnet sich schon heute ab. Unter der Verantwortung von Horst Seehofer hat die CSU bei den Europawahlen im Jahr 2014 das schlechteste Wahlergebnis aller Zeiten eingefahren. Die Verluste der Union werden bei den Bundestagswahlen im Jahre 2017 noch deutlich höher ausfallen.

(Beifall bei der SPD)

Im Übrigen muss ich Ihnen sagen, Herr Seehofer: Es ist eine Politik der Doppelzüngigkeit, draußen Stimmung gegen Minderheiten und demokratische Institutionen zu schüren, aber hier im Hohen Haus Kreide zu fressen und den landesväterlichen Staatsmann geben zu wollen. Wir lassen Ihnen heute hier diese Politik der Doppelzüngigkeit nicht durchgehen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der GRÜNEN)

In den jüngsten Thesenpapieren – Sie haben diese Thesen zumindest inhaltlich wiederholt – schreiben Sie: Deutschland muss Deutschland bleiben.

(Petra Guttenberger (CSU): Ja!)

Tatsächlich spricht die politische Linie Ihrer Partei eine ganz andere Sprache, die befürchten lässt, dass Sie aus Deutschland ein ganz anderes Land machen wollen als wir es heute haben. Immer wieder begibt sich die CSU demonstrativ in die geistige Nachbarschaft der autoritären Nationalkonservativen Europas. Viktor Orbán wirbt für eine würdelose Politik gegen europäische Werte. Die CSU hat ihm für seine Agitation gegen Presse- und Religionsfreiheit den roten Teppich ausgerollt. Wir erinnern uns an den Besuch von David Cameron bei der CSU im Januar, der dort von Christsozialen als Vorbild für Europa gefeiert wurde. Horst Seehofer sprach sogar von CSU-Politik pur. Wir wissen, was wenige Monate später geschehen ist. Heute wissen wir, was wir schon damals wussten: David Cameron ist ein Europazerstörer par excellence gewesen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der GRÜNEN)

Der britische Politikwissenschaftler Paul Taggart definiert eine solche Politik als Populismus, als eine Politik des leeren Herzens. Er vergleicht eine solche Politik mit dem Verhalten eines Chamäleons. Er schreibt: Populisten passen sich immer wieder an neue Bezugssysteme an und setzen sich dann in eine Anti-Haltung zu ihnen. Wer ein solches Phänomen auch

hier in Deutschland beobachten will, muss nach Bayern kommen und die CSU genau unter die Lupe nehmen. Die CSU vertritt eine Anti-Position zu Europa, zu Merkel und zu Migranten und Flüchtlingen. Die Staatsregierung übernimmt unkritisch und, wie ich finde, verantwortungslos die Sprache des europäischen Rechtspopulismus und ihres besten Freundes Viktor Orbán.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der GRÜNEN)

Ich nenne einige Beispiele, liebe Kolleginnen und Kollegen. Die CSU fordert Zuwanderung nur noch für Christen. In Ihrem jüngsten Papier heißt es: "Asyl ist ... kein Freibrief, um in Deutschland kriminell zu werden."

Damit unterstellen Sie, als habe irgendjemand, möglicherweise sogar Frau Merkel, diesen Menschen einen Freibrief ausgestellt, damit diese kriminell werden können. Warum sonst schreiben Sie solche Sätze in Ihre Positionspapiere, Herr Seehofer? – In dem Papier heißt es, in Deutschland gelte das Grundgesetz, nicht die Scharia. Damit deuten Sie an, dass dies keine Selbstverständlichkeit sei und es Parteien oder Institutionen in der Bundesrepublik gebe, die die Scharia dulden würden. Sie insinuierten, es gebe politischen Regelungs- oder Handlungsbedarf.

Ich denke an Ihre kraftmeiernden Attacken auf den kritischen öffentlich-rechtlichen Rundfunkjournalismus. Ich denke an Ihren mangelnden Respekt vor demokratischen Entscheidungen, auch wenn man diese selbst mit getroffen oder gar initiiert hat. Ich denke an Ihre neue Sprache von oben herab gegenüber Andersdenkenden und Minderheiten. Ich denke daran, dass sogar versucht wird, soziale Missstände und Kriminalität mit ethnischen, religiösen oder kulturellen Besonderheiten zu erklären. Meine Damen und Herren, so funktioniert der europäische Rechtspopulismus. Diese Bewegungen stehen für alles, was dem Gemeinsinn in Europa schadet. Sie spalten die Gesellschaft. Sie sind mitunter offen rassistisch. Sie grenzen Minderheiten aus und setzen auf eine autoritär-nationalkonservative Politik. Wer diese Papiere ernst nehmen will, findet all dies.

Manche sagen, das sei nur Folklore, das sei bei der CSU gar nicht so gemeint. Aber all das findet sich in Ihrer Politik in einem Maße wieder, dass man feststellen muss: Sie wollen ganz offensichtlich mit söderndem Scheuerismus aus Deutschland ein anderes Land machen. Sie wollen aus einem liberalen weltoffenen Deutschland der guten Nachbarn einen nationalistischen Bevormundungsstaat der Angst, des Misstrauens und der Missgunst machen. Sie betrei-

ben zunächst schleichend, dann aber immer ungehinderter die Orbánisierung unseres Landes. Wir werden nicht zulassen, dass Sie diese Politik ungehindert fortsetzen können, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der GRÜNEN – Zuruf von der SPD: Bravo!)

Sie sprechen auch heute wieder von der Leitkultur. Für uns gibt es ein klares Leitbild. Das ist die Bayerische Verfassung. Sie ist ein Postulat für soziale Gerechtigkeit und eine Proklamation der Freiheit. Wir sind ein Freistaat. Es gelten die ersten zwanzig Artikel und natürlich das gesamte bundesdeutsche Grundgesetz. Dort ist alles niedergeschrieben, was das Zusammenleben in unserem Land ausmacht: Schutz von Minderheiten, Religionsfreiheit, Pressefreiheit und alles, was zu unserem Land dazugehört. Sie haben es bis heute sowohl in Ihrem Gesetzentwurf zum Bayerischen Integrationsgesetz als auch in Ihren Wortbeiträgen unterlassen, genauer zu definieren, was Sie unter Leitkultur verstehen.

Ich glaube, ein Politiker aus Ihren Reihen hat es sich getraut. Es war wieder einmal Andreas Scheuer im Dezember 2014. Er fordert die Migrantinnen und Migranten in unserem Land auf, sie mögen bitte zu Hause Deutsch sprechen. Manche von Ihnen haben sich sogar anders als heute etwas davon distanziert. Aber der Gedanke, der dahintersteht, ist Ihr Verständnis von Leitkultur. Sie wollen den Menschen vorschreiben, wie sie, wie wir in diesem Land zu leben haben. Sie wollen den Menschen vorschreiben, welche Sprache sie zu Hause sprechen sollen. Ich sage Ihnen: Die Bevölkerung will das nicht. Die Menschen in Bayern wollen sich nicht vorschreiben lassen, ob sie zu Hause Oberbayerisch, Fränkisch, Thüringisch oder Türkisch sprechen. Die Menschen in Bayern wollen sich nicht vorschreiben lassen, ob sie am Abend Schäufele, einen Schweinsbraten, eine Pizza oder einen Gyros essen. Die Menschen in Bayern wollen sich von der CSU nicht vorschreiben lassen, ob sie am Abend schuhplatteln oder gegebenenfalls Sirtaki oder Flamenco tanzen. Für uns gilt das Prinzip "Leben und leben lassen", meine sehr verehrten Damen und Herren. Das ist die Maxime für den Freistaat Bayern.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der GRÜNEN)

Unser Prinzip heißt "Liberalitas Bavarica". Das ist die Maxime Bayerns, die seit dem Jahr 1733 voller Stolz und Selbstbewusstsein an der Klosterkirche zu Polling prangt. Leben und leben lassen. Wir lassen uns diese Identität nicht von Rechtspopulisten kaputtmachen.

Wir erleben heute, um von der politischen Kultur und der Verschiebung der Tektonik in diesem Bereich zu politischen Themen zu kommen, die siebte Regierungserklärung in der Amtszeit von Ministerpräsident Seehofer vor dem Hohen Hause.

(Volkmar Halbleib (SPD): Zu viel erklärt!)

Sie ist eine sehr lang geratene Loseblattsammlung auch der schriftlichen Pressemitteilungen und damit ein Stück weit ein acht Wochen alter Kaffee, der heute dem Parlament aufgetischt wird.

(Beifall bei der SPD)

Das gilt, bis auf ein überraschendes Bekenntnis zur dritten Startbahn war kein einziger neuer Punkt dabei.

(Gudrun Brendel-Fischer (CSU): Bei Ihnen ja?)

Ich werde später darauf zurückkommen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, wer diese Regierungserklärungen miteinander vergleicht, kann selbst bei allergrößtem Wohlwollen keinen inneren Zusammenhang dieser Regierungserklärung erkennen. Es drängt sich der Eindruck auf, dass es dem Ministerpräsidenten stets um die großen Überschriften im Hier und Jetzt und um die Effekthascherei in der politischen Aktualität geht. Vieles von den bisherigen vollmundigen Ankündigungen wie auch heute wieder wurde in der Folge von Herrn Seehofer selbst und seiner Staatsregierung ins Gegenteil verkehrt oder blieb bereits 24 Stunden nach der Postulierung auf der Strecke. Ich nenne einige Beispiele. Im Herbst 2013 hieß es: Bayern wird in zehn Jahren im gesamten öffentlichen Raum, im gesamten ÖPNV komplett barrierefrei. Aus der vollmundig angekündigten flächendeckenden Barrierefreiheit in allen Landesteilen, in allen Landkreisen und kreisfreien Städten, wurde schnell eine kommunale Aufgabe. Ja, man beherrscht 48 Stunden lang die großen Lettern, die großen Überschriften in den bayerischen Medien. Sehr schnell hat man aber wieder vergessen, dass man etwas damit zu tun haben will. Im Gegenteil, in den schriftlichen Stellungnahmen im Rahmen von Anfragen gegenüber dem Parlament hieß es, dies sei keine Aufgabe des Freistaats Bayern. Darum müssten sich gefälligst die Kommunen kümmern. Dies hatte folgendes Ergebnis: In Oberfranken wird bis zum Jahr 2018 – der Ministerpräsident sprach von flächendeckender Barrierefreiheit im öffentlichen Personennahverkehr – nur ein einziger Bahnhof barrierefrei ausgebaut, meine Damen und Herren.

(Volkmar Halbleib (SPD): Hört, hört!)

So weit klaffen Realität, Wunschdenken und Marketingproklamationen dieser Bayerischen Staatsregierung auseinander.

(Beifall bei der SPD)

Auch der schuldenfreie Freistaat bis zum Jahr 2030 bleibt Schall und Rauch. Nichts ist davon übrig geblieben. Bis 2018 sind die Ausgabenpfade bereits festgelegt. Dann müssten jedes Jahr im Schnitt 2,3 Milliarden Euro getilgt werden, fast fünfmal so viel wie 2017 und 2018. Wenn Herr Seehofer sagt, "Darauf kann man sich verlassen, so kommt's", dann kann und muss man immer von der Gesetzmäßigkeit des Gegenteils ausgehen: So kommt es ganz gewiss nicht, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Also, Punkt 1: barrierefreies Bayern.

Es gab noch ein zweites bemerkenswertes Versprechen in der Regierungserklärung vom 12. November 2013. Da sagte Herr Seehofer allen Ernstes: Unsere Schulen sollen nach Jahren der ständigen Veränderungen jetzt in Ruhe arbeiten können, deshalb wird es keine neuen Schulreformen geben: das ist eine Garantie. – Was von dieser Garantie zu halten ist, das hat man seit St. Quirin und in der heutigen Regierungserklärung, in der Herr Seehofer genau das Gegenteil sagt, erfahren. Er wollte Ruhe ins Schulsystem bringen und erklärt heute, drei Jahre später, es bestehe dringender Handlungsbedarf, wir müssten beim Gymnasium etwas machen. Deshalb wird im Sommer 2016 plötzlich eine Gymnasialreform übers Knie gebrochen, die im Ergebnis nicht Fisch und nicht Fleisch ist, ein Gymnasium achteinhalb. Mit dem neuen Modell gibt es viele Verlierer; es ist das Gegenteil von Klarheit. Die unklare Entscheidung der Regierung für eine Mischform mehrerer Gymnasialsysteme hat zu einer komplizierten Organisationsstruktur und zu einer Verunsicherung der Schulfamilie geführt. Der Vorschlag verursacht wieder einmal Zusatzkosten in Milliardenhöhe für die Kommunen. Die Lehrer sind nicht zufrieden, die Schüler sind nicht zufrieden, die Familien sind nicht zufrieden. Die Kommunen sagen: Ihr dürft uns damit nicht im Stich lassen. Ihr könnt uns hier nicht irgendetwas aufbürden und euch dann aus dem Staub machen; denn am Ende sollen es die Kommunen bezahlen. Das Schlimmste ist: Es wird nicht eine pädagogische Richtungsentscheidung über die Zukunft des bayerischen Gymnasiums getroffen, sondern am Ende entscheidet die Frage, wo die Kommunen finanziell in der Lage sind, die Erweiterungs- und Neubauten gegebenenfalls für ein G 9 tatsächlich herzustellen.

Herr Ministerpräsident, es wäre wirklich besser gewesen, Sie hätten sich an Ihre Garantie gehalten und Ruhe ins Schulsystem gebracht. Dann allerdings hätten Sie sich für ein konsequentes Gymnasium G 9 entschieden, so, wie es die Lehrerverbände in Bayern fordern, so, wie es die Eltern für richtig halten, und so, wie es die Kommunen auch gerne an der Seite der Bayerischen Staatsregierung und des Bayerischen Landtags in Angriff nehmen würden. Das hätte Sinn ergeben.

(Beifall bei der SPD)

Es zeigt bemerkenswerte Chuzpe, dass Sie Ihre Ganztagsgarantie aus dem Jahr 2013 heute noch einmal wiederholt haben. Sie sagten im November 2013: Bis 2018 gibt es in allen Schularten für jede Schülerin und jeden Schüler bis 14 Jahre ein bedarfsgerechtes Ganztagsangebot. Sie haben dafür eine Garantie ausgesprochen. Die Realität seit Ihrer letzten Regierungserklärung stellt sich wie folgt dar: Ganztagschulen wurden nicht etwa weiter ausgebaut, sondern in Oberfranken ging im letzten Schuljahr die Zahl der Grundschüler im gebundenen Ganztags zurück – das sind Zahlen Ihres Kultusministers, nicht von uns – von 4,8 % auf 4,6 %.

(Gudrun Brendel-Fischer (CSU): Es gibt auch Alternativen!)

Auch in vielen Landkreisen und kreisfreien Städten sank die Zahl der Grundschüler im Ganztags, beispielsweise in Rosenheim, von 8,5 % auf 7,9 %. Im Landkreis Hof ging die Zahl der Gymnasiasten, die eine Ganztagsklasse besuchen, von 7,1 % auf 6,6 % zurück.

(Zuruf des Staatssekretärs Franz Josef Pschierer)

– Noch ein paar Zahlen? – Sorry, aber das ist ein Abbau und kein Aufbau, Herr Pschierer.

In 65 Landkreisen und kreisfreien Städten gibt es an den staatlichen Realschulen noch kein einziges gebundenes Ganztagsangebot.

(Dr. Simone Strohmayr (SPD): So ist es!)

Bei den Gymnasien besteht in 57 Landkreisen und kreisfreien Städten kein entsprechendes Ganztagsangebot, und bei der Förderinfrastruktur existieren große Unterschiede. In Tirschenreuth und Weilheim-Schongau wird den Eltern und Schülern sogar an keiner einzigen Grundschule ein entsprechendes Ganztagsangebot gemacht. Was, Herr Seehofer, ist eigentlich von den Garantien zu halten, die Sie bei Ihren Regierungserklärungen im Hohen Haus aussprechen?

(Beifall bei der SPD)

Das Gleiche gilt übrigens auch für Ihr vollmundiges Versprechen, konkrete Infrastrukturmaßnahmen in Bayern bis zum Ende Ihrer Amtszeit umzusetzen. Sie nannten die internationale Schienenanbindung Bayerns nach Osteuropa entlang der Transversale Paris – Budapest über Augsburg und München. Nichts davon wird bis jetzt Realität, ist nicht im Geringsten in Sicht. Zu einer modernen Infrastruktur gehört die zweite S-Bahn-Strecke in München, sagten Sie. Nichts davon ist in Sicht. Die Finanzierung wird von der Bayerischen Staatsregierung verweigert; sie hätte längst in die Vorfinanzierung gehen können.

Herr Ministerpräsident, Sie haben Ihren Abschied aus der bayerischen Landespolitik für 2018 angekündigt. Sie haben nur noch zwei Jahre Zeit. Sie befinden sich auf der Zielgeraden Ihrer politischen Laufbahn; denn Sie haben angekündigt, aufzuhören. Wann lösen Sie bitte Ihre Versprechen der letzten Regierungserklärungen ein?

(Beifall bei der SPD)

Tatsächlich gibt es jetzt neue Schlagworte, neue Versprechungen, neue Garantien. Wir waren überrascht, genauso wie Ihre Umweltministerin, dass Sie bei Ihrer letzten Klausurtagung in St. Quirin aus der hohlen Hand, völlig überraschend für alle politischen Beobachter in Bayern, einen dritten Nationalpark für Bayern ankündigen. Das Vorgehen lässt vermuten, dass es sich um ein parteitaktisches Manöver handelt. Sie wollen die Naturschützer in Bayern mit dem Symbolversprechen eines neuen Nationalparks ruhig stellen, und die CSU reklamiert für sich ein naturschutzpolitisches Wahrzeichen, dem sie seit Jahren selbst destruktiv-kämpferisch gegenübersteht.

Heute sind Sie in Erklärungsnot, Herr Seehofer. Wer wie Sie beim Steigerwald jahrelang aus allen Rohren gegen den Nationalparkgedanken schießt, der kann diese Idee nicht plötzlich entgegen allen eigenen bisherigen Verlautbarungen als sinnstiftend vermarkten. Wie wollen Sie denn den Menschen jetzt plötzlich erklären, dass ein Nationalpark im Steigerwald Wirtschaft und Tourismus massiv schadet – das haben Sie jahrelang hier so proklamiert –, dass aber der Nationalpark im Spessart und in der Rhön, nur ein paar Kilometer weiter, Wirtschaft und Tourismus plötzlich massiv nutzt?

(Beifall bei der SPD)

Es handelt sich also offensichtlich um eine fadenscheinige Absichtserklärung ohne jede Substanz. Im Übrigen ist das Vorgehen der Staatsregierung zur angeblichen Umsetzung ausgesprochen mangelhaft. Die

Regierung hat es versäumt, ihre Ankündigung, auch zur Versachlichung der Debatte wenigstens mit einer ersten Potenzialanalyse, einer Vorbefragung der Bürgerschaft und kommunaler Verantwortungsträger oder gar einem Teilkonzept zu untermauern. Es liegt noch nicht einmal ein Fahrplan für den Dialog mit den Regionen vor, geschweige denn der Auftrag für geographisch eingegrenzte Machbarkeitsstudien.

Wir stellen also fest, dass die überraschende Ankündigung von St. Quirin von Nationalparkkritikern in manchen Regionen bereits als Einladung zum Widerstand verstanden wurde. Der ehemalige Staatskanzleiminister von der CSU ist da übrigens ganz vorne dran. Die Regierung spielt den Kommunen den Ball ohne jede Hilfestellung und erkennbare Rückendeckung zu. So haben gerade CSU-Politiker aus den Kommunen sowohl im Spessart als auch in der Rhön zum Widerstand gegen Ihre Überlegungen aufgerufen.

Schlicht falsch und völlig unbegründet ist es aus unserer Sicht, dass ausgerechnet der Steigerwald von Ihnen aus offensichtlich politischen Gründen ausgeschlossen wurde, wäre er doch ganz offensichtlich, wie alle Experten einmütig festgestellt haben, die ideale Variante für einen dritten Nationalpark im Freistaat Bayern.

(Beifall bei der SPD)

So ist das, wenn man nur mit Schlagworten arbeitet und dann mit den Konzepten nicht hinterher kommt.

Bedanken möchte ich mich an dieser Stelle – ich denke, das kann man hier tun – bei meinen Kollegen Florian von Brunn, Harry Scheuenstuhl und, aus der letzten Legislaturperiode, Ludwig Wörner, auch bei den Kolleginnen und Kollegen der GRÜNEN, die seit Jahren immer wieder gegen den heftigsten Widerstand der CSU die Bedeutung eines weiteren Nationalparks für Bayern hervorgehoben haben.

Dass Sie es mit dem Naturschutz ganz offensichtlich nicht so ernst meinen, zeigte das jüngste Vorgehen am Riedberger Horn. Die geplante Skischaukel befindet sich nicht nur in der strengsten, der Schutzzone C des bayerischen Alpenplans, sondern ihre Realisierung widerspräche auch der Alpenkonvention, einem internationalen Vertrag, also Umweltvölkerrecht, und sie würde auch gegen europäisches Naturschutzrecht verstoßen.

Wir sagen als SPD klipp und klar: Die Alpen als Natur- und als Kulturräum sind ein Menschheitserbe. Deshalb handelt es sich hier um einen Präzedenzfall, der weit über örtliche Interessen hinausgeht. Der Alpenplan mit seinen Schutz zonen ist seit 44 Jahren ein

großer Erfolg und hat die Bayerischen Alpen vor dem Ausverkauf und der Verschandelung bewahrt. Das will die Staatsregierung jetzt opfern, indem sie eine Handvoll Bürger entscheiden lässt. Für uns in Bayern, Herr Ministerpräsident, gilt noch immer die Herrschaft des Rechts.

(Beifall bei der SPD)

Zwischendrin einmal wieder etwas Netteres zur Auflockerung der Stimmung: Wir als SPD begrüßen ganz ausdrücklich, dass Sie unsere langjährige Forderung aufgegriffen haben, dass künftig auch hochgradig sehbehinderte Menschen in Bayern anteilig Blindengeld erhalten sollen. Das ist eine gute Sache; es wird aber auch höchste Zeit. Hochgradig sehbehinderte Menschen sind in ihrem Alltag oft ebenso stark eingeschränkt wie blinde, haben aber keinen Ausgleich erhalten. Ich freue mich, dass der ausdauernde Einsatz meiner Fraktion, der SPD, von Verbänden und vielen wohlmeinenden Menschen in unserem Land Erfolg hat. Mein Dank gilt Ruth Waldmann, Angelika Weikert, Christa Steiger – sie war in der letzten Legislaturperiode im Landtag – und vielen anderen, die immer wieder beim Blindengeld Druck gemacht haben, dass wir das endlich umsetzen können. Das zeigt: Opposition ist zwar ein verdammtes hartes Brot; aber mit Dranbleiber-Qualitäten kann man etwas erreichen, auch beim Blindengeld. Ohne die SPD hätte sich die Regierung in diesem Bereich niemals, aber wirklich niemals bewegt.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Ein weiteres Dankeschön gilt jenen Kollegen, die hier im Hohen Hause seit Jahren für eine bessere Polizeiausstattung arbeiten. Immer wieder hat die SPD darauf aufmerksam gemacht, dass der Ruf nach einem Einsatz der Bundeswehr im Inneren und der Ruf nach ehrenamtlichen Bürgerwehren an den Flüchtlingsunterkünften Ablenkungsmanöver der Regierung par excellence waren und sind. Wie sollte die Bundeswehr hier im Inneren tätig werden? Sie ist dafür gar nicht ausgebildet. Es handelt sich um eine hoheitliche Aufgabe der Polizei. Immer wieder haben wir auf die tatsächlichen Herausforderungen der bayerischen Polizei hingewiesen. Sie hat mittlerweile 1,6 Millionen Überstunden angehäuft. Jede elfte Polizeipersonalstelle ist nicht besetzt; 2.500 budgetierte Personalstellen sind de facto nicht besetzt. Deshalb sagen wir: Unsere bayerische Polizei leistet exzellente Arbeit. Wir bedanken uns dafür sehr herzlich. Sie leistet exzellente Arbeit.

(Beifall bei der SPD und der Abgeordneten Kerstin Schreyer (CSU))

Deshalb muss sie personell und technisch erstklassig ausgestattet sein. Hier ein drittes Lob hinterher: Gut, dass die Staatsregierung nach Jahren des Stillstands hier endlich die eigenen Defizite anzuerkennen bereit ist und mehr Personal zur Verfügung stellt. Mein Dank gilt auch den Polizeiexperten in unserer Fraktion, Peter Paul Gantzer, Paul Wengert, Helga Schmitt-Bussinger und für die letzte Legislaturperiode Harald Schneider, die über Jahre hinweg immer drangeblieben sind und nicht locker gelassen haben. Wir haben von vielen Polizistinnen und Polizisten in Bayern die Rückmeldung erhalten, dass sich der hartnäckige Einsatz der SPD hier wirklich ausgezahlt hat. Vielen Dank, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD)

Interessant ist, Herr Ministerpräsident, welche Themen Sie heute ausgespart oder nur mit einigen Worten bedacht haben. Ich habe den Eindruck, dass manches von dem, was Sie heute formuliert haben, ein Stück weit an echten Realitäten in unserem Land vorbeigeht; denn tatsächlich sind die 200 Burkaträgerinnen zwischen Lindau und Flensburg nicht die zentrale Herausforderung für den Freistaat Bayern und die Bundesrepublik Deutschland – definitiv nicht. Schon heute ist es möglich, die Burka vor Gericht, beim Amtsarzt oder beim Kreisverwaltungsreferat, wenn man einen neuen Ausweis bestellt, zu verbieten. Das ist doch nicht das Hauptthema, das wir in Deutschland haben. Das ist doch nicht das Thema, das die Menschen bewegt. Fragen Sie einmal eine alleinerziehende Verkäuferin von Aldi, ob für sie ein Burkaverbot wirklich wichtig ist. Sie hat doch – auch bei uns im Freistaat Bayern – ganz andere Probleme.

(Beifall bei der SPD)

Da geht es doch um ganz andere Themen, meine Damen und Herren. Immer wieder bauen Sie neue Konfrontationen auf und tun so, als sei die Hauptproblematik in unserem Land das Gegeneinander von Deutschen und Ausländern, was definitiv nicht der Fall ist. Die Hauptproblematik in unserem Land ist das Auseinanderklaffen von Oben und Unten, von Reich und Arm.

(Zuruf von der SPD: Bravo! – Beifall bei der SPD)

Ich hätte mir von Ihnen, Herr Ministerpräsident, ein paar Worte dazu gewünscht, dass laut Zahlen von Frau Müller im Freistaat Bayern mittlerweile auf 3.500 Einkommensmillionäre 1,8 Millionen Menschen an und unterhalb der Armutsgrenze entfallen. Ich hätte mir gewünscht, dass Sie heute einmal ein Konzept vorlegen, wie Sie diese 1,8 Millionen Menschen in Bayern besser mit Landesmitteln unterstützen wollen.

Es ist ein großes Defizit, dass Sie das nicht ansprechen.

(Beifall bei der SPD)

Wenn Sie mit den Menschen, insbesondere in den Ballungszentren, ins Gespräch kommen, hören Sie viele Menschen in unserem Land darüber klagen, dass die Mieten immer teurer werden und dass die Familien, die Rentner, die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mittlerweile 40, 50, 60 % ihres Nettoeinkommens für die Miete berappen müssen. Vom Regierungschef aber haben wir dazu heute kein einziges Wort gehört.

Nach unseren Berechnungen, meine Damen und Herren, brauchen wir im Freistaat Bayern bis zum Jahr 2020 rund 100.000 neue und vor allem bezahlbare Wohnungen. Wir sind enttäuscht, dass Sie nach Ihrer Regierungserklärung 2013 bis 2016 außer den Bundesmitteln für den Wohnungsbau keine zusätzlichen Landesmittel in nennenswerter Höhe zur Verfügung gestellt haben. Sie haben versprochen, es werde binnen vier Jahren 28.000 neue Wohnungen geben. Unser Kollege Andreas Lotte hat unlängst angefragt, wie viele Wohnungen im Jahr 2016 mit Ihrem kommunalen Wohnungsbauförderprogramm tatsächlich staatlich gefördert und gebaut wurden. Was schätzen Sie, Herr Ministerpräsident? Kennen Sie die Zahl? – Es sind noch nicht einmal 150. Sie wollen auf 28.000 kommen, und im gesamten Jahr 2016 sind von Ihnen noch nicht einmal 150 Wohnungen im Freistaat Bayern gefördert worden. Wir müssen in diesem Bereich wieder mehr leisten.

Die Kommunen sind da unglaublich aktiv. In der Landeshauptstadt München gibt es eine ganz lebendige Debatte – an ihr beteiligen sich im Übrigen alle Parteien im Münchner Stadtrat –, wie man mit mehr Kreativität mehr bezahlbaren Wohnraum schaffen kann. Da ist von Pfahlbauten und davon die Rede, auf Parkplätzen kleine Holzwohnungen für Studentinnen und Studenten in angemessener Weise zu errichten. Eines ist doch klar: Gerade beim Wohnungsbau gilt das Prinzip "Ohne Moos nichts los."

Wir hatten bei unserer Klausurtagung – das möchte ich Ihnen gerne berichten – den Bundesgeschäftsführer der SPÖ, den Präsidenten der Mietervereinigung unseres Nachbarlandes Österreich zu Gast. In Österreich wird, auch durch eine ordentliche öffentliche Förderung, wesentlich mehr Wert auf bezahlbaren Wohnraum gelegt. Obwohl das Bundesland Wien nur ein Fünftel des Haushaltes des Freistaats Bayern hat, gibt es für bezahlten Wohnraum viermal mehr Geld aus als wir in Bayern, obwohl es dort nur 1,6 Millionen Einwohner gibt und bei uns 12,5 Millionen. Das macht

wirklich deutlich, Herr Ministerpräsident: Wenn Sie Ihr Herz für die kleinen Leute beweisen wollen, haben Sie an dieser Stelle den Glaubwürdigkeitstest ganz gewiss nicht bestanden.

(Beifall bei der SPD)

Nicht nur im Zusammenhang mit den Mieten klagen immer mehr Familien in Bayern über zu hohe Lebenshaltungskosten und steigende Ausgaben. Wir als SPD wollen das größte Familienentlastungsprogramm in der Geschichte des Freistaats Bayern auf den Weg bringen. Wir wollen Bayern zum kinder- und familienfreundlichsten Land Europas machen, in dem frühkindliche Bildung den Stellenwert erhält, den sie verdient, nämlich ganz oben auf der politischen Prioritätenskala. Wir wollen erreichen, dass die Kindergartengebühren wie in Rheinland-Pfalz – dort macht es uns Malu Dreyer als Ministerpräsidentin vor – auch bei uns im Freistaat künftig nicht mehr von den Eltern getragen werden müssen, sondern vom Freistaat übernommen werden. Das macht übrigens eine ordentliche Entlastung aus. Herr Schäuble spricht von 2 Euro mehr Kindergeld für die Familien; 2 Euro sind nun wirklich nicht die Welt. Sie, Herr Ministerpräsident, haben heute nach Unionskonzeptpapieren eine Steuerentlastung von 15 Milliarden Euro angekündigt, was für eine Familie mit einem durchschnittlichen Einkommen und zwei Kindern eine Entlastung von 20 bis 25 Euro ausmacht. Das ist in Ordnung, darüber kann man reden; das ist besser als nichts. Aber wenn wir es so machen wie die Rheinland-Pfälzer, gibt es für die Familien eine echte Entlastung von durchschnittlich 120 Euro im Monat, in manchen Einrichtungen gar von 200 Euro und mehr. Damit können die Familien tatsächlich etwas anfangen.

(Anhaltender Beifall bei der SPD)

Herr Ministerpräsident, für viele Menschen in der Flughafenregion ist es eine große persönliche Enttäuschung, dass Sie gegenüber diesen Menschen Ihr Wort gebrochen haben.

(Beifall bei der SPD)

Immer wieder haben Sie in den letzten zwei Jahren darauf hingewiesen, dass die dritte Startbahn am Münchner Flughafen nicht notwendig sei; sie sei nicht ordentlich durchgerechnet, es brauche keine dritte Startbahn, dies zeige auch die Zahl der Flugbewegungen. Im Übrigen hat sich die Zahl der Flugbewegungen in den letzten Jahren nicht so dramatisch verändert. Noch immer ist die Zahl der Flugbewegungen am Münchner Flughafen deutlich geringer als vor etwa einem Jahrzehnt. Von einer dramatischen Veränderung in der Entwicklung der Flugbewegungen kann überhaupt keine Rede sein.

Was ist denn passiert? – Sie sind vor Ihre Fraktion, die CSU-Fraktion, getreten und haben gesagt: Leute, die dritte Startbahn ist keine gute Idee; wollen wir lieber davon Abstand nehmen? Ihr Vorgänger als Parteivorsitzender der CSU, Erwin Huber, hat eine Unterschriftenaktion angezettelt. Fast das gesamte Kollegium der CSU-Fraktion hat unterschrieben und damit gegen die Leitlinie, die Sie, Herr Ministerpräsident, vorgeben wollten, Front gemacht. Sie sind eingeknickt.

Nun wollen Sie auf einem wirklich abstrusen Weg die dritte Startbahn noch einmal initiieren. Sie schlagen einen weiteren Bürgerentscheid in der Landeshauptstadt München vor.

(Markus Blume (CSU): Den hat doch der Oberbürgermeister vorgeschlagen!)

Erst vor wenigen Jahren gab es bereits einen demokratischen Mehrheitsentscheid. Man muss die Position dieser Mehrheit nicht übernehmen, Herr Blume. Das ist überhaupt keine Frage. Gerade als Münchner Abgeordneter sollte man aber diesen Mehrheitsentscheid schon irgendwie respektieren und nicht Jahr für Jahr neue Bürgerentscheide fordern, bis endlich das Realität wird, was man sich selbst wünscht.

(Beifall bei der SPD)

Im Übrigen wissen wir doch, liebe Kolleginnen und Kollegen, wie es ausgeht. Wir haben doch Woche für Woche, Monat für Monat und Jahr für Jahr Umfragen. Alle Umfragen besagen, dass die Münchner Bevölkerung genauso wie vor einigen Jahren mit breiter Mehrheit, einer Zweidrittelmehrheit, eine dritte Startbahn nicht möchte. Alle Umfragen besagen, dass nicht nur die Münchner die dritte Startbahn nicht wollen, sondern dass sie auch die Schwaben, die Oberpfälzer, die Niederbayern und die Franken nicht wollen. In Franken ist die Ablehnung besonders hoch. In München sagen viele Bürgerinnen und Bürger: Wir wollen kein weiteres Wachstum mehr auf Teufel komm raus. Es wäre viel besser, dieses Wachstum über ganz Bayern zu verteilen. In Nordbayern wäre Wachstum viel besser als in dem Hitzekessel der Landeshauptstadt München, in die immer mehr Menschen ziehen, sodass dort die Mieterinnen und Mieter immer stärker unter Druck geraten.

(Beifall bei der SPD)

Wir sind sehr überrascht, dass Sie heute diese Kehrtwende vornehmen. Wir sind enttäuscht, dass Sie Ihre ursprüngliche Position nicht gehalten haben. Sie haben viele Gespräche geführt, dankenswerterweise auch mit der Opposition. Wir alle hatten den Eindruck, dieses Thema müsste eigentlich abgeräumt sein.

Jetzt liegt es wieder auf dem Tisch, und wir nehmen es als Wahlkampfthema für das Jahr 2018 auch sehr gerne an.

Meine Damen und Herren, ich komme zu meinem Fazit. Die Regierungserklärung des Ministerpräsidenten war heute kein großes Vermächtnis, das man in der Mitte der Legislaturperiode von einem scheidenden Regierungschef hätte erwarten können. Die Regierungserklärung war ein trockener Tätigkeitsbericht, der in Teilen sogar in Ihren eigenen Reihen auf Kritik und Ablehnung stößt, so zum Beispiel bei der Verlagerung des Gesundheitsministeriums. Der Regierungschef stößt damit die eigene Ministerin, die eigene Fraktion und die eigenen Mitglieder des Gesundheitsausschusses regelrecht vor den Kopf. Wir sind darauf gespannt, wie die Willensbildung weitergeht. Möglicherweise geht es so hinaus wie bei der dritten Startbahn.

Der Dauerstreit mit der Bundeskanzlerin seit dem Sommer 2015 hat in jedem Fall unendlich viele Ressourcen der Staatsregierung gebunden und Energien und Kreativität gekostet. Dadurch ist auf der bayerischen Landesebene viel zu viel liegen geblieben. Längst fällige Entscheidungen wurden auf die lange Bank geschoben. Beim Gymnasium dringt man mit einem Schnellschuss an die Öffentlichkeit, was weder von Lehrern noch von Eltern noch von Schülern noch von den Kommunen begrüßt wird. Beim Nationalpark verzichtet man gleich ganz auf ein Konzept. Herr Seehofer setzt auf die Vergesslichkeit der bayerischen Bevölkerung. Gegebene Versprechen werden nicht eingehalten. Ausgesprochene Garantien verfallen garantiert bereits nach wenigen Wochen. Lautstark formulierte Ziele verliert diese Regierung schnell aus den Augen.

Unsere größte aktuelle Sorge aber ist: Zum 70-jährigen Jubiläum unserer Bayerischen Verfassung erleben wir eine Zeit, in der ein immer hemmungsloser werdender Rechtspopulismus auch vor dieser Regierungspartei nicht haltmacht.

(Dr. Florian Herrmann (CSU): So eine Unverschämtheit!)

Die Bayerische Verfassung atmet nicht den Geist eines Viktor Orbán oder eines David Cameron, an denen sich die Seehofer-Regierung und die CSU-Landtagsfraktion ein Vorbild nehmen. Die Bayerische Verfassung aus der Feder des Sozialdemokraten und bayerischen Patrioten Wilhelm Hoegner ist eine Proklamation der Freiheit und eine Charta der sozialen Gerechtigkeit. Hoegner kam es darauf an, dass in unserem Land zuvorderst ein soziales Miteinander herrscht, dass wir uns in Bayern Respekt entgegen-

bringen, dass jeder seinen Platz in der Gesellschaft findet, ganz egal ob alt oder jung, Frau oder Mann, ob zugereist oder einheimisch, egal welcher Religion man angehört oder auch nicht. Das ist und bleibt unsere sozialdemokratische Richtschnur für eine wertegebundene und allgemeinwohlorientierte Politik für den Freistaat Bayern.

(Anhaltender Beifall bei der SPD)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank. – Ich darf in der Rednerliste mit Herrn Kollegen Kreuzer für die CSU-Fraktion fortfahren. Bitte schön, Herr Kollege Kreuzer.

Thomas Kreuzer (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, Herr Ministerpräsident, Kolleginnen und Kollegen! Zunächst herzlichen Dank dem Ministerpräsidenten für die klare Regierungserklärung.

(Beifall bei der CSU)

Er hat aufgezeigt, wie es in diesem Land weitergehen muss, und er hat aufgezeigt, wie es in diesen letzten, nein nächsten zwei Jahren weitergehen muss.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Ja, die letzten zwei Jahre!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, im Gegensatz zu anderen Parlamenten ist es richtig, dass sich nicht nur das Kabinett in St. Quirin mit diesen Themen befasst, sondern dass dazu auch eine Regierungserklärung abgegeben wird, sodass sich auch das Parlament, die gewählten Abgeordneten damit befassen und auseinandersetzen können. Auch hierfür herzlichen Dank!

(Beifall bei der CSU)

Lieber Herr Rinderspacher, wenn man Ihnen so zuhört, könnte man meinen, ohne die SPD in Bayern würde es gar nicht gehen.

(Markus Rinderspacher (SPD): Das ist richtig! – Beifall bei der SPD)

Das glauben aber nur Sie. Jetzt einmal ganz ehrlich und mit allem Ernst: Dass die SPD in Bayern keine großen Visionen hat, war uns schon vorher klar. Dass Sie aber zur Fortentwicklung dieses Landes keine einzige eigene Botschaft in einer Stunde übermittelt haben, war erbärmlich, Herr Kollege Rinderspacher.

(Beifall bei der CSU – Markus Rinderspacher (SPD): Sie haben nicht zugehört!)

Außer Kritik an hauptsächlich bundespolitischen Themen – darauf werde ich noch zu sprechen kommen –

und der ewigen Aussage, es könnte zum Beispiel bei der Barrierefreiheit mehr sein, habe ich von Ihnen nichts gehört, was nicht schon gemacht wird, um dieses Land weiterzubringen. Deswegen sind Sie in der Regierungsverantwortung auch entbehrlich, Herr Rinderspacher.

(Beifall bei der CSU)

Den Menschen in Bayern geht es, insgesamt betrachtet, gut. Die Menschen leben gern im Freistaat Bayern. Weshalb sonst sollten so viele Menschen nach Bayern ziehen? In den vergangenen 30 Jahren erlebten wir einen Bevölkerungszuwachs um 15 %. Sie kommen wegen der guten wirtschaftlichen Lage, wegen der qualifizierten Ausbildungs-, Studien- und Arbeitsplätze, wegen der intakten Natur und der reichen Kultur unseres Landes, wegen Sicherheit und Ordnung, wegen stabiler gesellschaftlicher Strukturen. Sie kommen gewiss nicht wegen der rot-grünen Opposition nach Bayern.

(Markus Rinderspacher (SPD): Aber Ihretwegen auch nicht, Herr Kreuzer!)

Wenn ich gefragt werde, was die Opposition im Bayerischen Landtag leistet, kann ich nur sagen: Blockieren, Lamentieren. Wichtige politische Entscheidungen, von denen die Bürgerinnen und Bürger in Bayern erheblich profitieren würden, werden durch sinnlose Klagen vor Gerichten unnötig verzögert.

(Markus Rinderspacher (SPD): Meistens bekommen wir Recht!)

So war es auch bei der 10-H-Regelung. Mit dieser Klage haben Sie vor dem Bayerischen Verfassungsgerichtshof eine krachende Niederlage erlitten.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Paul Wengert (SPD))

Sie wollten nämlich den Menschen und den Gemeinden kein Mitspracherecht einräumen. Sie wollten sie bevormunden, von oben herunter. Sie sind gescheitert, Herr Rinderspacher!

(Beifall bei der CSU)

So war es auch mit dem Betreuungsgeld. Liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, wie wollen Sie eigentlich den Familien in unserem Land guten Gewissens erklären, dass Sie das Betreuungsgeld ewig verzögert haben, obwohl Sie genau wussten, dass es kommt? Das hatte doch auch politisch überhaupt keinen Sinn. Ein solches Verhalten ist Rechthaberei. Die Menschen haben es verstanden: Sie haben

90.000 Familien monatelang Geld vorenthalten, Herr Rinderspacher!

(Beifall bei der CSU)

So viele Anträge sind mittlerweile eingegangen.

Sie haben heute gefordert, dass die Eltern von Kindergartenbeiträgen freigestellt werden. Wir in Bayern haben eine entsprechende Regelung für das dritte Kindergartenjahr bereits getroffen. Herr Rinderspacher, Sie haben verschwiegen, wie Ihr Vorhaben finanziert werden soll. Auf Ihrer Klausurtagung haben Sie gesagt, dass Sie das Betreuungsgeld abschaffen wollen.

(Beifall bei der SPD)

Dieses Geld würden Sie 90.000 Familien wegnehmen. Wissen Sie, was das für ein Verhalten ist? – Sie spielen Familien gegeneinander aus.

(Markus Rinderspacher (SPD): Das machen Sie!)

Sie wollen aus ideologischen Gründen den Menschen vorschreiben, wie sie ihre Kinder zu erziehen haben. Familien gegen Familien – das ist Ideologie, nicht aber Familienfreundlichkeit. Dafür sollten Sie sich schämen!

(Beifall bei der CSU)

Tatsache ist, Bayern investiert über 3 Milliarden Euro jährlich in die Familienpolitik. Das ist mehr als doppelt so viel wie noch im Jahr 2008. Allein in die Kinderbetreuung haben wir im vergangenen Jahr 1,5 Milliarden Euro investiert. Wir leisten beides: beste Kinderbetreuung und Betreuungsgeld.

Wenn man fragt, wo Hortplätze fehlen, hört man die Antwort: Das ist nicht in den ländlichen Bereichen und den mittleren Städten der Fall. Hortplätze fehlen vielmehr in den Ballungsräumen, in denen Sie, SPD und GRÜNE, politische Verantwortung tragen. Dort gibt es noch zu wenig. Schauen Sie, dass Sie dort aufholen! Dann hätten wir ein flächendeckendes Angebot.

Unser Ziel war es nie – ich werde in meinen Ausführungen zu den Schulen noch einmal darauf zu sprechen kommen –, dass jedes Kind einen Hort aufsucht. Unser Ziel war immer Wahlfreiheit. In Bayern kann jede Familie, die für ihr Kind einen Hortplatz braucht, diesen haben. Aber niemand wird gezwungen, in einen Hort zu gehen. Bei dieser Strategie bleiben wir.

(Beifall bei der CSU)

Wenn die SPD von "Zukunft" spricht, dann meint sie damit eigentlich immer Steuererhöhungen und Um-

verteilung. Heute sagten Sie dem Ministerpräsidenten, über die von Finanzminister Söder vorgeschlagene Steuerentlastung könne man reden; der Vorschlag entlaste aber zu wenig. Sie haben in den vergangenen Jahren, auch schon in der vergangenen Legislaturperiode, jede Steuerermäßigung abgelehnt. Wir dagegen haben versucht, den Menschen Geld zurückzugeben. Sie waren immer gegen die Beseitigung des Mittelstandsbauches, gegen eine Abflachung der Progression.

(Markus Rinderspacher (SPD): Ach, Herr Kreuzer!)

Sie haben all dies abgelehnt. Deswegen ist es nicht glaubhaft, wenn Sie heute mehr fordern. Die SPD ist eine Partei der Steuererhöhungen – zulasten der Menschen. Das ist die Politik, die Sie betreiben.

(Beifall bei der CSU)

Zugleich ist SPD-Finanzpolitik immer unsolide. SPD-regierte Länder häufen Schulden an und leben auf Kosten zukünftiger Generationen. Das Beispiel Nordrhein-Westfalen zeigt doch, was passiert, wenn Sie gemeinsam mit den GRÜNEN in Regierungsverantwortung sind: Schuldenmachen auf Kosten der Enkel!

(Markus Rinderspacher (SPD): Wir reden heute über Bayern, nicht über Nordrhein-Westfalen!)

In demselben Zeitraum, in dem Bayern 550 Millionen Euro Schulden tilgt, packt das rot-grün regierte Nordrhein-Westfalen fast vier Mal so viele Schulden, fast 2 Milliarden Euro in einem Jahr, obendrauf, und das, obwohl die Steuereinnahmen die höchsten in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland sind. Das ist verantwortungslos, Herr Rinderspacher!

(Beifall bei der CSU)

Nordrhein-Westfalen ist kein Einzelfall. Überall dort, wo Ihre Partei regiert, sind die Finanzen unsolide. Das wollen wir in Bayern auf keinen Fall riskieren.

Erst in der vergangenen Woche hat uns Julia Klöckner berichtet, wie katastrophal die Ampelkoalition in Rheinland-Pfalz regiert.

(Markus Rinderspacher (SPD): Das klingt ja sehr überzeugend bei Ihnen!)

Konkret in der Asylpolitik heißt das: Eine Wohnsituation wie in Bayern gibt es nicht. Sachleistungen für Asylbewerber werden abgelehnt. Es gibt keinen Abschiebegewahrsam.

Vor nicht allzu langer Zeit sagte die damalige Integrationsministerin von den GRÜNEN, Alt, noch: Wenn wir

Abschiebungen verhindern können, tun wir dies. – Das führt zur Erschütterung des Vertrauens der Menschen in den Rechtsstaat!

(Beifall bei der CSU)

Das ist rot-grüne Regierungspolitik. Verantwortung sieht anders aus.

Was verantwortungsvolle und gerechte Politik ist, macht die CSU in Bayern vor. Nirgendwo geht es den Menschen so gut wie bei uns. Die Arbeitslosenquote lag im August bei 3,5 %. Bester Wert im Ländervergleich! Historischer Tiefstand! Die Beschäftigung in Bayern befindet sich auf Rekordniveau. Wir haben von allen Ländern die meisten sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätze. Das Ziel der Vollbeschäftigung bis zum Jahr 2018 ist in Reichweite; vielerorts ist es bereits Wirklichkeit. Bei der Wachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts lagen wir in den vergangenen fünf Jahren mit Abstand an der Spitze in Deutschland. Diese Feststellung gilt auch für die erste Hälfte des Jahres 2016 mit 3,3 % Wachstum. In Bayern werden die höchsten Durchschnittseinkommen erzielt. Wir haben die wenigsten Hartz-IV-Bezieher.

Dank erfolgreicher Wirtschaftspolitik und solider Finanzen können wir kraftvoll investieren – in Bildung, in Wissenschaft, in Breitband, in Familie, in Integration und in den ländlichen Raum, damit alle Menschen in Bayern bestmögliche Perspektiven haben.

Herr Rinderspacher, Sie reden von "arm" und "reich". Nirgendwo sonst geht es den Menschen im Verhältnis so gut, nirgendwo sonst gibt es so wenige arme Menschen, nirgendwo sonst gibt es so wenige Hartz-IV-Bezieher wie in Bayern.

(Markus Rinderspacher (SPD): Die Zahlen der Staatsregierung sprechen eine andere Sprache!)

Überall dort, wo Sie regieren, gibt es viele, Herr Rinderspacher. Sie sind dafür verantwortlich, Rot-Grün ist dafür verantwortlich!

(Beifall bei der CSU)

Rot-Grün macht die Menschen in dieser Republik arm. Überall dort, wo Sie regieren, gibt es die größten sozialen Probleme.

(Beifall bei der CSU)

Sie wollen, dass Bayern Bayern bleibt. Das haben Sie zumindest auf Ihrer Klausurtagung verkündet. Diesen Wunsch erfüllen wir Ihnen gern. Seien Sie versichert, dass die CSU alles dafür tun wird, dass Bayern Bayern bleibt – so erfolgreich und lebenswert, wie es

nicht zuletzt durch die Politik in den vergangenen Jahrzehnten geworden ist.

Aber es gibt eine Voraussetzung dafür, dass dies gelingt, liebe Kolleginnen und Kollegen: Es darf niemals passieren, dass in Bayern Rot-Grün – wie in anderen Ländern – in Regierungsverantwortung kommt. Dann ginge es hier genauso abwärts wie überall sonst.

(Beifall bei der CSU – Zuruf des Abgeordneten Dr. Paul Wengert (SPD))

– Herr Dr. Wengert, regen Sie sich doch nicht so auf! Ich habe mich doch bei den Ausführungen von Herrn Rinderspacher auch nicht so aufgeregt.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Das hätten Sie aber tun sollen! – Dr. Paul Wengert (SPD): Er hat wenigstens etwas gesagt! Das, was Sie erzählen, ist Unsinn! Unwahr! – Unruhe – Glocke der Präsidentin)

– Ich habe nichts anderes erwartet. – Wir unterstützen unseren Ministerpräsidenten mit Nachdruck in der Frage der dritten Start- und Landebahn des Flughafens München. Dass Sie hier behaupten, er habe sein Wort gebrochen, ist eine Lüge, Herr Rinderspacher, eine knallharte Lüge. Es entspricht keinesfalls den Tatsachen.

(Beifall bei der CSU)

Der Herr Ministerpräsident hat nie behauptet, er sei generell gegen eine dritte Startbahn. Er hat auch den Bau nicht ausgeschlossen. Stattdessen hat er immer gesagt, dass man es von den Entwicklungen abhängig machen müsse.

(Zuruf von der SPD: Bis die Bagger rollen?)

Auch vor Ort, in Attaching, hat er den Menschen gesagt: Ich kann Ihnen nur versprechen, die Fakten zu prüfen, aber ich kann Ihnen nicht versprechen, dass sie nicht kommt.

(Unruhe bei der SPD – Glocke der Präsidentin)

Herr Rinderspacher, wenn ich in der SPD wäre, dann würde ich das Thema dritte Startbahn gar nicht erwähnen; denn eine so brutale Zerrissenheit, wie sie in Ihrer Partei in dieser Frage zutage tritt, gibt es nirgendwo sonst. Der Oberbürgermeister ist grundsätzlich dafür. Der Fraktionsvorsitzende im Stadtrat ist dafür. Die Unterbezirksvorsitzende der SPD ist dafür. Der Fraktionsvorsitzende im Landtag ist dagegen. – Das ist typisch für die bayerische SPD: Wenig Geschlossenheit, keine Führungstärke.

(Beifall bei der CSU)

Wir waren immer davon überzeugt, dass ein Ausbau des Flughafens für die wirtschaftliche Entwicklung ganz Bayerns von enormer Bedeutung ist. Unsere international tätigen Unternehmen und ihre Beschäftigten brauchen direkte Flugverbindungen in die ganze Welt. Ich glaube, dass der Drehkreuzflughafen mit seinen internationalen Verbindungen die Ursache für die gute Entwicklung Bayerns in den letzten Jahrzehnten war. Das war ein Verdienst von Franz Josef Strauß, der den Bau des Flughafens ebenfalls gegen aus örtlicher Sicht berechnete Ressentiments durchgesetzt hat. Liebe Freunde, München wäre ohne den Flughafen Franz Josef Strauß kein Standort mit internationalem Renommee.

(Beifall bei der CSU)

Wir müssen dies fortentwickeln. Es ist nicht zu bestreiten, dass die Flugbewegungen zunehmen und noch mehr zunehmen werden. Bereits heute gibt es zu bestimmten Zeiten Kapazitätsengpässe. Deshalb sollten wir gemeinsam bei den Menschen für den Bau werben, damit Bayern auch in Zukunft auf Erfolgskurs bleibt. Der Bedarf ist da, der Trend der Flugbewegungen eindeutig. Nun müssen wir zu einer klaren Entscheidung auf den Kurs, den der Herr Ministerpräsident vorgegeben hat, kommen. Das sind wir diesem Land schuldig. Wir dürfen nicht Entwicklungen aus reinem Populismus – wie Sie das tun, Herr Rinderspacher – verschlafen.

(Beifall bei der CSU – Markus Rinderspacher (SPD): Das aus Ihrem Munde!)

Sie raten dem Ministerpräsidenten, Ruhe an der Schulfront zu schaffen. Das ist rührend. Sie nennen als Rezept hierfür die Rückführung des heutigen G 8 in ein G 9. Meinen Sie denn nicht, dass es sich dabei um eine Reform handelt, die ebenfalls Unruhe bringt und Raumbedarf auslöst?

(Markus Rinderspacher (SPD): Deutlich mehr Ruhe als Ihr Durcheinander!)

Auch dies wäre eine Reform, die wir in dieser Form nicht mitgehen werden. Unser Konzept zur Weiterentwicklung des Gymnasiums beruht auf vier Säulen, die wir gemeinsam vereinbart haben: passgenaue Lehrerbildung, neuer Lehrplan, moderne Gymnasialpädagogik und individuelle Lernzeit. Dazu kommt der Ausbau der Ganztagsangebote.

(Markus Rinderspacher (SPD): Ach!)

Sie behaupten, die Ganztagsangebote würden zurückgehen. Wir haben im Hinblick auf die Zahl der gebundenen Ganztagsangebote das Problem, dass die Menschen zu einem erheblichen Teil von dem Ange-

bot gar nicht Gebrauch machen wollen. Sie wollen flexible Lösungen. Deshalb werden wir Ihnen flexible Lösungen anbieten.

(Beifall bei der CSU)

Die Menschen wollen nicht, dass wir die Kinder zwingen, jeden Tag in eine Ganztagschule zu gehen. Deshalb bleibt es bei unserem Versprechen: Wir werden überall Ganztagschulen anbieten. Eltern und Kinder haben jedoch die Möglichkeit, auch einen Halbtagschulbetrieb zu wählen. Wie sie sich entscheiden, ist ihre Sache.

(Beifall bei der CSU)

Sozialismus heißt Bevormundung, den Menschen soll etwas vorgeschrieben werden. Man sollte sich überlegen, was der richtige Weg ist.

(Widerspruch bei der SPD)

Wir werden diesen Weg weitergehen und die offene Ganztagsbetreuung in Bayern flächendeckend anbieten. Wir werden sehen, wie sie angenommen wird. Zwischen Stadt und Land gibt es regionale Unterschiede, weil die Familienstrukturen anders sind. Wie bei der Betreuung von Kindern unter drei Jahren versprechen wir, dass jedes Kind am Ende dieses Prozesses ein Ganztagsangebot erhält, wenn es eines will. Dazu stehen wir. Dies haben wir zugesagt.

(Beifall bei der CSU)

Wir setzen nun auf einen breiten Dialog auf der soliden Grundlage der Erfahrungen aus der Pilotphase Mittelstufe Plus. Wir bleiben bei einem bayerischen Gymnasium mit einem einheitlichen LehrplanPLUS basierend auf einer achtjährigen Grundkonzeption. Wir erhalten den hohen Qualitätsanspruch, der unser bayerisches Gymnasium im Ländervergleich auszeichnet. Damit tragen wir der zunehmend unterschiedlichen Schülerschaft am Gymnasium Rechnung, indem die Lernzeit unterschiedlich gestaltet werden kann. Die Entscheidungsträger werden vor Ort einbezogen. Wir wollen nicht für alle dasselbe, sondern für jeden das passende Angebot. Das ist unser Ziel. Wir wollen auf die Menschen, die Individuen eingehen. Deshalb haben wir auch ein solch differenziertes Schulsystem. Die individuelle Lernzeit werden wir umsetzen. Das werden wir nicht überstürzen, sondern zunächst mit den Betroffenen besprechen. Wir werden das Konzept weiterentwickeln. Ich bin sicher, dass es zu einem guten Ende kommen wird.

Meine Damen und Herren, Sicherheit, Recht und Ordnung gehören zu unserem Markenkern als CSU. Diesem Markenkern bleiben wir auch in Zukunft treu, weil

die Menschen das von uns erwarten. Die Bürgerinnen und Bürger setzen ihr Vertrauen auf uns. Von der bayerischen Opposition erwartet niemand etwas. Laut einer kürzlich veröffentlichten Umfrage eines Meinungsforschungsinstituts liegen Ihre Kompetenzen im Bereich der inneren Sicherheit weit unter 10 %, Herr Rinderspacher. Die Kompetenzen der GRÜNEN liegen im Hinblick auf die innere Sicherheit ebenfalls weit unter 10 %. Ihnen traut niemand etwas zu im Freistaat Bayern. Das ist die Wahrheit.

(Beifall bei der CSU)

Weil die Menschen das von uns erwarten, werden wir die Beschlüsse von St. Quirin für ein bayerisches Integrationsgesetz eins zu eins umsetzen. Wir werden die Sicherheitsbehörden konsequent weiterentwickeln und auf neue Vorgaben vorbereiten. Das haben wir schon vor den Anschlägen in diesem Sommer getan. Das werden wir weiter tun.

(Natascha Kohnen (SPD): Warum machen Sie eine Anhörung zu diesem Thema?)

Wir schaffen mehr Stellen für die Polizei und stellen eine bessere Ausstattung zur Verfügung. Außerdem verschärfen wir die Rechtsgrundlagen. – Sie rufen beim Thema innere Sicherheit dazwischen. Ich sage Ihnen: Überall, wo Sie regieren, ist die Polizei personell zurückgefahren worden. Das ist die Wahrheit. Das ist in Bayern nie passiert. Wir haben die Personalstärke kontinuierlich erhöht.

(Beifall bei der CSU – Widerspruch bei der SPD)

Das ist der Unterschied zwischen Reden und Handeln, wenn man in der Verantwortung steht.

Dazu gehört auch, unserer Polizei in schwierigen Situation Rückendeckung zu geben. Wir fragen nach schrecklichen Verbrechen wie der Zugattacke in Würzburg, wie wir künftig die Bürger und unsere Polizisten besser schützen können. Teile der GRÜNEN fragen als Erstes, ob man nicht den Täter hätte schonen können. Dies hat Frau Künast getan, nach dem Motto: Warum konnte der Angreifer nicht angriffsunfähig geschossen werden? Liebe Kolleginnen und Kollegen von den GRÜNEN, dazu sage ich Ihnen: In Bayern wird ein Polizist auch in Zukunft nicht riskieren müssen, dass ihm der Kopf mit einer Axt gespalten wird. Er darf sich vorher verteidigen, um den Rechtsstaat durchzusetzen. Dabei wird es bleiben.

(Beifall bei der CSU)

Nun komme ich zur Einschätzung verschiedener wichtiger Fragen, die innerhalb eines Jahres aufgetreten sind. Als die Flüchtlingswelle kam, hätte es Frau

Bause am liebsten gesehen, wenn ich zu Kreuze gekrochen wäre, weil ich bereits damals gesagt habe, was passieren kann. Wer Menschen ohne Grenzkontrolle ins Land lässt, öffnet Tür und Tor auch für Terroristen. Frau Bause hat gesagt, ich solle diese Äußerungen zurücknehmen und mich umgehend dafür entschuldigen. Inzwischen wissen wir, dass genau das passiert ist. Terroristen haben in Paris Anschläge vorbereitet und durchgeführt. Diese Befürchtung ist wahr geworden. Inzwischen greifen wir jede Woche Extremismusverdächtige in Flüchtlingsheimen auf. Sie haben die Lage völlig falsch eingeschätzt und die Leute falsch informiert. Frau Bause, jetzt wäre es Zeit für Ihre Entschuldigung für diese Fehleinschätzung.

(Beifall bei der CSU)

Der Herr Ministerpräsident hat gesagt, wir bräuchten zu den Fragen der Zuwanderung und der inneren Sicherheit nichts zurücknehmen, weder die Fraktion noch die Staatsregierung. Was Sie noch vor einem Jahr gesagt haben, hat heute keinen Bestand mehr. Sie haben sich ewig gewehrt. Herr Rinderspacher, Sie tun so, als wäre das Sicherheitspaket I und II eine Idee der SPD. Dieses musste in Berlin mühsam durchgefochten werden. Bis die SPD endlich mitgezogen ist, beispielsweise bei den sicheren Drittstaaten, hat es Monate gedauert. Das waren alles Vorschläge der CSU.

(Beifall bei der CSU)

Inzwischen sind die sicheren Drittstaaten definiert. Die Forderungen der GRÜNEN sind inzwischen widerlegt. Unsere Forderungen sind Realität, teilweise unter Zustimmung grüner Länder im Bundesrat. GRÜNE und SPD in Bayern waren innerhalb ihrer Parteiverbände schon immer die letzten Mohikaner, meine Damen und Herren, weil alle anderen es früher erkennen als die bayerische Opposition.

(Beifall bei der CSU)

Wir haben dann die Frage der christlichen Humanität aufgeworfen. Sie sprechen hauptsächlich in dieser Frage von christlich, ansonsten im politischen Leitbild weniger; aber dies nur nebenbei.

(Markus Rinderspacher (SPD): Vorsicht, Herr Kreuzer!)

– Ich bin immer vorsichtig, Herr Rinderspacher. Wenn ich aber einmal gesehen habe, welche Angriffe Sie heute hier gefahren haben, dann werden Sie doch nicht von Vorsicht reden.

(Heiterkeit bei der CSU)

Das war teilweise bodenlos unverschämt. Bodenlos unverschämt!

(Beifall bei der CSU)

Wir bekennen uns zu unserer humanitären Verantwortung in der Welt. Wir haben uns immer daran beteiligt, Hilfe zu leisten, natürlich im Ausland in den Flüchtlingslagern. Ich nenne hier Gerd Müller, den wir in diesen Fragen immer unterstützt haben. Wir haben hier die Dinge wesentlich verbessert. Wir haben auch – das hat der Ministerpräsident erwähnt – in Deutschland unseren Teil dazu geleistet, diese vielen Menschen aufzunehmen und in Bayern auch unterzubringen. Wir geben in Bayern für den Durchschnittsflüchtling, auch wenn man Integration bedenkt, wesentlich mehr Geld aus als die anderen Bundesländer. Wir haben uns hier nie vor der Verantwortung gedrückt.

Aber eines ist doch auch klar: Das christliche Menschenbild verlangt doch nicht von uns, dass wir unbegrenzt Menschen ins Land lassen und somit dafür sorgen, dass wir selbst in Schwierigkeiten kommen, dass unsere eigene wirtschaftliche Leistungsfähigkeit verloren geht und wir am Ende niemandem mehr helfen können. Das verlangt doch nicht das christliche Menschenbild,

(Markus Rinderspacher (SPD): Davon spricht doch kein Mensch!)

sondern wir haben auch Verantwortung.

(Beifall bei der CSU)

Da geht es um die Fragen der Gesinnungsethik und der Verantwortungsethik. Wir haben hier Verantwortungsethik auszuüben, und wir haben auch eine Verantwortung für die Menschen in unserem Land, dass sie hier nicht überfordert werden und die Menschen in unserem Land insgesamt auch eine sichere Zukunft haben. Dies werden wir in Einklang bringen, während Sie dies vollkommen vergessen, Herr Rinderspacher.

(Zuruf des Abgeordneten Markus Rinderspacher (SPD))

Das gilt auch bei der Frage des Wohnungsbaus, den Sie immer ansprechen. Ich will nicht sagen, wo es am wenigsten Wohnungen gibt, wo sie am teuersten sind und wer dafür verantwortlich ist

(Lachen bei der SPD)

und ob vielleicht eine gewisse Art von Kommunalpolitik bezüglich der Baulandausweisung auch mit dafür verantwortlich ist.

(Beifall bei der CSU)

Aber einfach zu sagen, wir brauchen 100.000 neue Wohnungen und die Staatsregierung tut nichts: das sind doch Luftschlösser.

(Markus Rinderspacher (SPD): 150 Wohnungen haben Sie gefordert in diesem Jahr!)

Ziel des staatlichen Förderprogramms für kommunalen Wohnungsbau: 28.000 Wohnungen in vier Jahren. Wir werden hier die Mittel zur Verfügung stellen. Die Kommunen können Förderanträge stellen. Ich hoffe, dass die Landeshauptstadt München da, wo es besonders notwendig ist, dies auch tut, und zwar umgehend. Doch was Sie völlig blockieren, das will ich Ihnen auch sagen. Sie werden eine solche Herausforderung niemals mit staatlichen Mitteln allein schaffen. Das ist diese elende Staatsgläubigkeit der Sozialisten – "alles der Staat" –, meine Damen und Herren.

(Lebhafter Beifall bei der CSU)

Wir müssen es deswegen auf alle Fälle schaffen – ich sage dies ganz klar –, dass wir auf dem Wohnungsmarkt mehr privates Kapital akquirieren. Dazu tragen Sie Folgendes bei: Sie lehnen jede steuerliche Erleichterung zur Förderung des Wohnungsbaus ab und sind somit für die Misere mitverantwortlich, meine lieben Freunde.

(Beifall bei der CSU – Markus Rinderspacher (SPD): Für Luxuswohnungen selbstverständlich!)

Wir müssen auf die Sorgen und Nöte der Menschen eingehen. Es geht darum, dass die Menschen befürchten, dass mit Zuwanderern auch Terroristen ins Land kommen und die Kriminalität zunimmt. Dem muss durch eine konsequente Sicherheitspolitik begegnet werden.

(Dr. Simone Strohmayr (SPD): Ja!)

Die Menschen haben Angst, dass Zustände wie letztes Jahr morgen wieder auftreten können, ohne dass wir dafür gewappnet sind. Deswegen brauchen wir auf Bundes- und Landesebene ein Konzept, mit dem wir den Menschen klarmachen, dass dies nicht mehr passieren kann, weil es nicht mehr zu bewältigen ist.

Wir brauchen aber auch Rückführung. Dafür brauchen wir dann auch die politische Rückendeckung. Ich hoffe, dass die Opposition im Gegensatz zu manchen früheren Jahren auch die Rückführung von Abgelehnten mitträgt, meine Damen und Herren, beispielsweise im Petitionsausschuss. Dies brauchen wir auch, um insgesamt glaubwürdig zu bleiben.

Und wir brauchen Integration, meine Damen und Herren. Der Freistaat Bayern gibt für diese schwierige Aufgabe 9 Milliarden Euro in vier Jahren aus, auch im nächsten Doppelhaushalt wieder 4,5 Milliarden Euro. Wir sind hier an der Spitze, auch was die Zurverfügungstellung des Personals und die Anstrengungen angeht. Ich sage aber auch: Diejenigen, die über Monate und Jahre die Augen davor verschlossen haben, dass viel zu viele Menschen in kurzer Zeit ins Land kommen und alle von uns vorgeschlagenen Maßnahmen torpediert haben, beispielsweise Integrationszentren in Afrika, die ich schon vor einem Jahr gefordert habe, sollten sich davor hüten, dann am allermeisten zu kritisieren, dass es zu wenige Wohnungen in Bayern gibt, dass es zu wenige Ausbildungsplätze in Bayern gibt. Das eine ist durch das andere bedingt.

(Zuruf von den GRÜNEN)

Diejenigen, die diese Flüchtlingspolitik gefahren haben, sind natürlich in erheblichem Maße für die Folgen verantwortlich, nicht diejenigen, die gewarnt haben.

(Beifall bei der CSU)

Was erwarten die Menschen? – Schnelles Abschieben, 93 % Einreise nur bei geklärter Identität, Befugnisse für Polizei und Verfassungsschutz, wirksamer Grenzschutz. Hierfür gibt es überall große Mehrheiten. 62 % der zu einer Begrenzung der Zuwanderung Befragten sind dafür, dies zu tun, sprich eine Obergrenze einzuführen. Herr Rinderspacher, sogar bei den SPD-Anhängern gibt es für diese Begrenzung und Obergrenze 60 % Zustimmung.

Auch bei den GRÜNEN sieht es im Übrigen nicht viel anders aus. Die GRÜNEN polemisieren lautstark gegen unseren Vorschlag, die Leitkultur zum Kompass der Integration zu machen. Als rechtspopulistisch werden all jene verunglimpft, die dies gutheißen. Laut der Umfrage sind dann auch noch die Anhänger der GRÜNEN mehrheitlich Rechtspopulisten; denn auch 78 % der GRÜNEN-Wähler finden, dass bei der Integration unsere Leitkultur zum Maßstab gemacht werden sollte, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CSU – Zuruf von den GRÜNEN – Zuruf des Abgeordneten Markus Rinderspacher (SPD))

Herr Rinderspacher, unter Ihren Anhängern sind es im Übrigen 95 %. – Herr Aiwanger, wir werden über das Integrationsgesetz noch sprechen. Unter den Anhängern der FREIEN WÄHLER haben wir 98 % Zustimmung zur Leitkultur. Dies nur vorab, bevor wir diese

Gespräche wieder in aller Freundschaft miteinander aufnehmen.

(Zuruf des Abgeordneten Markus Rinderspacher (SPD) – Zuruf des Abgeordneten Hubert Aiwan-ger (FREIE WÄHLER))

Herr Rinderspacher, wer mit seinen Forderungen und Äußerungen so weit weg von der Meinung seiner eigenen Anhänger ist, der sollte sich eigentlich über Umfrageergebnisse von 18 % noch richtig freuen. Dies kann noch viel schlimmer kommen, meine Damen und Herren.

(Heiterkeit bei der CSU)

Wir brauchen bei der Integration eine Richtung, und die heißt Leitkultur. Nur, wenn man seinen Teil dazu beiträgt, wenn wir Chancen eröffnen, dann werden auch die Zuwanderer diese Chancen ergreifen.

(Markus Rinderspacher (SPD): Jetzt erklären Sie doch mal, wo sie liegen!)

Zum Schluss, Herr Rinderspacher: Besonders rührend finde ich Ihre wirklich glaubhafte Sorge um die Bundeskanzlerin und um das Verhältnis der CSU zur Bundeskanzlerin.

(Markus Rinderspacher (SPD): Gut!)

Ich sage Ihnen ganz klar: Auch in Schwesterparteien der Politik insgesamt sollte es die Regel sein, dass man sich bei sachlichen Differenzen auseinandersetzt, dass man diese diskutiert und um den besseren Weg insgesamt ringt. Dies haben wir getan, natürlich intern, aber bei diesem Thema dann auch in öffentlichen Debatten.

(Zuruf des Abgeordneten Markus Rinderspacher (SPD))

Dies war aus meiner Sicht richtig so. Niemand hat die Bundeskanzlerin als Person treffen wollen. Aber wir können doch nicht im Fall einer Fehlentwicklung bei der Zuwanderung oder bei der Sicherheit, wobei wir im Übrigen keine Differenzen hauptsächlich bei dem Maß der Zuwanderung haben, um des lieben Friedens willen einfach schweigen und die Thematik nicht mehr ansprechen.

Sie haben da natürlich andere Erfahrungen. Sie haben einen Landesvorsitzenden Pronold, der für Bayern einen Beschluss zu CETA herbeiführt, und der Bayerische Landesverband stimmt mit überwältigender Mehrheit gegen CETA. Dann geht er nach Berlin, und dort stimmt er als Vorsitzender dem CETA-Abkommen zu.

(Zuruf von den GRÜNEN – Markus Rinderspacher (SPD): Ich glaube, das ist ein Unterschied, Herr Kreuzer!)

Absolut konsequent! Ich kann mir gut vorstellen, wie von solchen Führungspersönlichkeiten am Ende bayerische Interessen in Berlin vertreten werden, liebe Freunde.

(Beifall bei der CSU)

Das machen wir nicht, sondern wir versuchen mit aller Macht, die Interessen unserer Bevölkerung zu vertreten. Wir haben viel in Bewegung gebracht. Es gibt viel Übereinstimmung zwischen CDU und CSU, bei der inneren Sicherheit, aber auch darin, dass sich bei der Zuwanderung so etwas wie im letzten Jahr nie mehr wiederholen darf. Deswegen werden wir diese Gespräche fortsetzen, und ich bin sehr optimistisch, dass wir zu einem Ergebnis kommen.

Aber das Ergebnis kann nicht sein, dass sich alle wieder lieb haben, wie es vielleicht mit Ihnen und den GRÜNEN hier im Haus der Fall ist, sondern, Herr Rinderspacher, als Ergebnis müssen wir ein Konzept vorlegen, aufgrund dessen die Menschen uns vertrauen, dass wir Entwicklungen wie die im letzten Jahr verhindern, dass wir die Sache im Griff haben und dass in diesem Land auch bei dieser Frage in Zukunft wieder Recht und Ordnung herrschen. Sonst hat eine Einigung keinen Sinn.

(Beifall bei der CSU)

Am besten wäre es, Sie würden Ihre Zukunftskonzepte, die Sie heute vorgetragen haben, auf einem kleinen Blatt Papier aufschreiben. Dann würde selbst ein kleines Blatt Papier leer bleiben, Herr Rinderspacher.

(Heiterkeit bei der CSU)

Das ist nicht das, was wir an einem solchen Tag erwarten. Man kann doch wenigstens zwei, drei Vorschläge machen, wie man dieses Land weiterbringt, die die CSU noch nicht gemacht hat. Das war wirklich bedenklich schwach.

(Lebhafter Beifall bei der CSU – Markus Rinderspacher (SPD): Sie haben sich jetzt 30 Minuten an mir abgearbeitet, Herr Kreuzer!)

Wir wollen die Identität unseres Landes bewahren und nicht aufgeben. Wir wollen diesen Freistaat für die Menschen hier weiter erfolgreich in die Zukunft führen. Wir wollen die Stärke Bayerns weiter ausbauen und den Menschen auch in Zukunft Sicherheit und Heimat geben.

Herr Rinderspacher, wir werden dafür sorgen, dass Bayern Bayern bleibt, und stellen die entsprechenden Weichen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Anhaltender Beifall bei der CSU – Ministerpräsident Horst Seehofer beglückwünscht Abg. Thomas Kreuzer (CSU) zu seiner Rede und umarmt ihn)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank. – Ich darf in der Wortmeldeliste fortfahren. Für die FREIEN WÄHLER folgt jetzt Herr Kollege Aiwanger. Bitte sehr, Herr Kollege Aiwanger.

Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Sehr geehrte Frau Präsidentin, Herr Ministerpräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Eine Regierungserklärung ist ja dazu da, zu sagen, wo Bayern steht und wo die jeweiligen Fraktionen hinwollen. Für die FREIEN WÄHLER stelle ich ganz klar in den Raum: Wir FREIEN WÄHLER sind dafür, mehr Politik für die Heimat zu machen, für weniger Größenwahn und weniger leere Versprechen.

Das lesen wir aus all den Reden heraus, die wir jetzt gehört haben. Ein gewisser Größenwahn schwingt immer noch mit. Er hat seinen Höhepunkt in der heutigen Aussage gefunden, dass die dritte Startbahn doch kommen soll. Wir sind der Überzeugung, wir brauchen diese dritte Startbahn nicht, ja, sie schadet sogar der Entwicklung Bayerns, weil sie die Dezentralität Bayerns weiter schädigt, weil sie den Raum Franken und Nürnberg weiter schädigt. München braucht keine dritte Startbahn. Sie ist zu verhindern, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wir stellen in den letzten Jahren eine Politik der leeren Versprechen fest. Grundlage ist die große Regierungserklärung aus dem Jahr 2013, die auch die Zukunft für Bayern in der Überschrift getragen hat. Sie enthält ein gutes Dutzend an Punkten. Ich habe sie gestern noch einmal durchgeblättert und gelesen, was von Ihnen, Herr Ministerpräsident, damals alles gesprochen worden ist.

Es hat geheißen, die Ausländermaut werde bald kommen; dies sei bayerische Nachhaltigkeit. Es wurde angekündigt, die Asylverfahren auf sechs Monate zu reduzieren. Davon sind wir weiter entfernt denn je. Es wurde gesagt, dass es keine Mütter erster und zweiter Klasse geben dürfe und die Mütterrente deshalb unbedingt angepasst werden müsse. Es hat geheißen, die Dezentralität der Energieversorgung müsse in Bayern nach vorn gebracht werden. Heute haben wir die Stromtrassendebatte. Sie haben eine Klage gegen den Länderfinanzausgleich angekündigt. – Herr Minis-

terpräsident, das waren jetzt fünf Punkte, die in keiner Weise verwirklicht worden sind.

(Ministerpräsident Horst Seehofer: Die Klage ist eingereicht!)

– Ja, die ist eingereicht, aber liegt irgendwo auf Eis, und es geht nicht vorwärts. Auf alle Fälle sind Sie mit dem Thema nicht so beschäftigt, wie Sie es sein müssten. Sie kündigen es für die Zukunft wieder an, haben es vor drei Jahren angekündigt. Ich glaube, wir sind von einer Lösung weiter entfernt denn je.

Was den sechsten Punkt angeht, haben Ihnen – das muss ich sagen – vielleicht die FREIEN WÄHLER einen Strich durch die Rechnung gemacht. Sie haben im Jahr 2013 die Garantie abgegeben, dass es keine Reformen im Bildungsbereich geben wird, weil man hier ja Ruhe brauche. Jetzt steht eine Reform des Gymnasiums vor der Tür, die längst hätte kommen müssen, die von uns angestoßen worden ist. Heute ist von Ihnen kommuniziert worden, dass es hier Änderungen geben werde. Von Ihrer großen Regierungserklärung von 2013 übrig geblieben ist das Abrücken von dieser Garantie. Da sage ich Ihnen: Danke, dass Sie uns bei der Reform des Gymnasiums entgegengekommen sind. Das ist der einzige Lichtblick bei dem, was ich heute von Ihnen gehört habe.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Zuruf des Ministerpräsidenten Horst Seehofer)

– Ja, an der Stelle danke ich Ihnen, dass Sie gegen Ihre Fraktion die Tür für eine vernünftige Entwicklung geöffnet haben. Leider sehen wir, dass Sie die Fraktion beim Thema dritte Startbahn eingesackt und den Sack oben fest zugebunden hat, damit ja nichts mehr herauskommen kann. Herr Kreuzer hat für Sie interpretiert und gesagt, wie Sie dazu denken. Er hat Sie dazu im Detail nicht reden, sondern Sie es nur am Rande streifen lassen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Sie haben eine beeindruckende Zahl von wirtschaftlichen Erfolgen aufgezählt und gesagt, Bayern stehe an der Spitze, und dergleichen mehr. Jawohl, das respektieren wir. Wir sehen es auch so, dass viele wirtschaftliche Rahmendaten sehr gut sind, deutlich besser als in vielen anderen Regionen dieser Republik, was aber mit Sicherheit nicht nur auf die sehr gute bayerische Regierung zurückzuführen ist. Vielmehr haben wir eben auch eine Gesellschaftsstruktur, in der die Welt noch in Ordnung ist. Wir sind aus einer Agrargesellschaft herausgewachsen, und die jungen Hofnachfolger arbeiten heute bei BMW, während die Kinder des Ruhrgebiets einen Strukturwandel über

sich ergehen lassen mussten und vielleicht deshalb auch keine Perspektive in der Form haben, wie wir sie in Bayern durch die beginnende Industrialisierung bekommen haben.

Es ist uns wichtig, zu sagen: Jawohl, die Wirtschaftsdaten passen. – Aber wir stellen auch fest, dass den Menschen in diesem Land, nicht nur in Bayern, sondern in ganz Deutschland, nicht mehr wohl ist. Man kann vielleicht sogar formulieren: Der Bauch ist voll, aber das Herz und das Hirn sind nicht mehr mit dem zufrieden, wie es läuft. Immer mehr Menschen haben Angst vor der Zukunft, immer mehr Menschen fragen sich: Wie geht es weiter? Hat die Regierung das, was auf uns zukommt, denn noch im Griff? – Und bei immer mehr Menschen kommt es zu einem Verlust des Vertrauens in die Regierenden, weil sie sagen, diese sind offensichtlich von den großen Herausforderungen überfordert und nicht mehr Herr der Lage.

Das hat sich durch die Flüchtlingspolitik zugespitzt. Ich glaube, dass die Gemütslage der Menschen vorher in Ordnung war, aber spätestens seit Sommer des letzten Jahres und dann im Herbst des letzten Jahres, als wir Flüchtlingszahlen von 10.000 und mehr pro Tag zu verzeichnen hatten, musste die Bevölkerung erkennen: Die Regierung hat diese Entwicklung nicht mehr im Griff, und die Bevölkerung hat zunehmend gefragt: Ja, was tun die denn jetzt? – Man hat mit einer gewissen Apathie auf dieses Thema geschaut.

Herr Ministerpräsident, ich erinnere Sie daran, dass auch Sie Teil dieser Bundesregierung sind. Auch wenn Sie sich heute von ihr distanzieren haben, sind Sie doch Teil dieser Berliner Republik. Sie haben relativ früh gesagt, dass es so nicht weitergehen darf. Trotzdem werden Sie von den Menschen in dieser Dreierkoalition in Berlin gesehen, wo man bis heute die Kurve nicht glaubwürdig gekratzt hat. Ich glaube, dass dies das Problem ist, das die Bürger zu einer Polarisierung bringt, das radikale politische Parteien in die Parlamente bringt und das eine Spaltung der Gesellschaft nach sich zieht. Ich sage deshalb in aller Deutlichkeit: Wir müssen alles tun, um Recht und Gesetz wiederherzustellen und dem Bürger zu zeigen, dass der Staat weiterhin Herr der Lage ist. Andernfalls steht uns eine noch größere politische Polarisierung bevor, weil die Bürger dann noch mehr Vertrauen verlieren werden.

Herr Seehofer, ich sage Ihnen ganz klar: Das Bellen nach Berlin allein reicht nicht. Wir haben auch in Bayern sehr viele Aufgaben zu erledigen, die wir auch erledigen könnten. Auch wenn Sie es nicht mehr hören können, erinnere ich daran, dass die Zahl der Asylrichter nicht ausreicht, um die Verfahren ordnungsgemäß abwickeln zu können. Die Kommunen werden

beim Thema Integration im Stich gelassen. Sie bleiben auf Kosten sitzen, beispielsweise für unbegleitete Minderjährige, die in Betreuung sind. Allein der Bezirk Oberbayern muss heuer 70 Millionen Euro und im nächsten Jahr befürchtet 170 Millionen Euro für unbegleitete Minderjährige in Betreuung oder für 18-jährige stemmen, die als unbegleitete Minderjährige kommen und dann in der Betreuung bleiben. Die Kosten für diese Leute werden voll der kommunalen Schiene zugeordnet.

Das sind Versagensthemen der bayerischen Politik. Sie müssten dafür Bundesmittel an die bayerischen Kommunen weiterreichen. Ich rufe Ihnen zu: Lassen Sie die Kommunen nicht absaufen, sondern helfen Sie ihnen wenigstens finanziell!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Ich denke, dass wir der Realität beim Flüchtlingsthema in die Augen schauen müssen. Ich möchte vor allem an Rot-Grün bezüglich der Debatte um die sicheren Herkunftsländer appellieren. Die Bürger draußen verstehen nicht, dass Länder wie Marokko, Algerien und Tunesien in der Debatte lange Zeit als Fluchtländer dargestellt wurden und dies auch in Zukunft sein sollen. Bis heute sind wir nicht in der Lage, Menschen ordnungsgemäß in diese Länder zurückzuführen. Die Bevölkerung hat dafür kein Verständnis und gewinnt den Eindruck: Die haben ja den Laden nicht im Griff. Die haben nur schöne Parolen. Ich bin gezwungen, andere Parteien zu wählen.

Wir müssen den rechten Parteien das Wasser dadurch abgraben, dass die politische Mitte dieses Thema löst. Wir müssen der Bevölkerung bei diesem Thema wieder Orientierung geben. Wir müssen den Missbrauch gezielt abstellen, indem wir uns an geltende Gesetze halten. Trotzdem müssen wir die Humanität gelten lassen. Ich sage Ihnen an dieser Stelle ganz klar: Das doppelte Spiel der CSU schafft Verunsicherung und macht viele, die genau hinsehen, wütend. Eine Frau Stamm organisiert im Landtag Empfänge, um den Helfern zu danken und ihnen mit warmen Worten auf die Schultern zu klopfen. Gleichzeitig wird von ihrem Generalsekretär in einer Talkshow die Hütte angezündet. Das sind zwei Pole, die nicht zusammenpassen. Damit wird der Bevölkerung erst das eine und ein anderes Mal wieder etwas anderes vorgaukelt. Der Bevölkerung wird damit gezeigt: Die nehmen uns ja nicht ernst. Die spielen mit uns nur Katz und Maus und diskutieren Themen auf hohem Niveau.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wenn ich von einer Diskussion auf hohem Niveau rede, dann meine ich damit auch die Diskussion über

die Obergrenze. Herr Seehofer, eine große Mehrheit verbindet damit eine Begrenzung der Zuwanderung und hält Ihren Vorschlag schon deshalb für unterstützungswürdig. Die Zahl von 200.000 haben Sie jedoch schon im Juni dieses Jahres gerissen. Heuer hatten wir bereits 350.000 Zuwanderer. Sie haben somit Ihre selbst gesetzte Latte deutlich übertroffen, fast schon um das Doppelte. Was soll der Bürger davon halten und darüber denken? Ich sage Ihnen, was ich darüber denke und davon halte: Sollte es sich bei diesen Menschen wirklich um politisch Verfolgte handeln, werden Sie nach der Überschreitung der Zahl von 200.000 Menschen nicht Schluss machen können. Sollten diese Menschen nicht politisch verfolgt sein und nicht aus Krisengebieten stammen, dann ist diese Zahl von 200.000 völlig willkürlich gewählt und durch nichts zu erklären. Sie würde dann ebenfalls ins Leere laufen.

Die FREIEN WÄHLER fordern deshalb, endlich einmal ein ordnungsgemäßes Zuwanderungsgesetz aufs Gleis zu setzen, in das wir reinschreiben, wie wir uns qualifizierte Fachkräfte vorstellen. Das tun auch viele andere Länder. Dann müssen wir aber umso konsequenter bei der unkontrollierten Zuwanderung hinschauen. Das wäre ein Weg, der zum Ziele führt, anders als eine ominöse Zahl von 200.000, bei der man nicht weiß, ob der jeweilige Mensch politisch verfolgt, hochqualifiziert oder ein IS-Attentäter ist. Sie haben vorhin gesagt, dass in diesem Zuwanderungsstrom alle diese Gruppen relativ zufällig dabei seien. Wir müssen deshalb wissen, wer über die Grenze kommt. Wir müssen versuchen, diese Zuwanderung zu steuern. Meine Damen und Herren, es würde uns nicht weiterhelfen, wenn wir bei einer Zahl von 200.000 den Deckel drauflegen und so tun würden, als sei alles in Ordnung.

Bei der Zuwanderungspolitik und dem Thema Asyl müssen wir ganz unten auf der kommunalen Ebene ansetzen. Ich habe aus der Regierungserklärung nicht herausgehört, dass den Bürgermeistern, den Ehrenamtlichen, den Verbänden, den Vereinen und den Kirchen vor Ort bei der Steuerung dieses Themas geholfen werden muss. Wenn Sie das nicht hinbekommen, wird dieses Thema weiterhin ein politischer Sprengsatz sein. Wir müssen diesen Sprengsatz jetzt entschärfen. Dazu hätten wir alle Möglichkeiten. Bayern tut jedoch in diesem Bereich nicht das, was es eigentlich tun könnte und müsste. Stattdessen zündeln Sie mit bundespolitischen Forderungen herum, die Sie als Teil der Koalition selbst umsetzen könnten. Meine Damen und Herren, wenn Sie in dieser Koalition nicht gehört werden, müssen Sie sich fragen, ob Sie in dieser Koalition noch richtig aufgehoben sind.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Was ist die Zukunftsvision? Wo wollen wir in den nächsten Jahren hin? Ich habe vorhin angedeutet, dass Sie sich bei vielen Themen grandios falsch positioniert haben. Beim Thema der dritten Startbahn reden Sie weiterhin der Metropolisierung Münchens das Wort, anstatt für Nürnberg Konzepte zu entwickeln. Bei dem Thema der Stromtrassen haben Sie sich von dem Gedanken der dezentralen Energiewende verabschiedet, die Sie im Jahr 2013 noch groß propagiert haben. Mir geht es nicht nur darum, festzustellen, dass wir dadurch vom Norden abhängig werden. Mir geht es auch darum, festzustellen, welches riesige Wertschöpfungspotenzial wir bei diesem Thema verschenken. Was haben wir den Landwirten und den Bürgerenergiegenossenschaften vor einigen Jahren noch vorgegaukelt? – Der Landwirt ist der Energiewirt der Zukunft. Die Landwirte haben daraufhin in Biogasanlagen und Photovoltaikanlagen investiert. Was ist daraus geworden? – Die meisten hätten heute lieber ihr Geld wieder zurück, weil sie sehen, dass sie damals in die Falle gelockt worden sind. Hier ist keine Sicherheit gegeben.

In Bayern könnten durch eine intelligente Netzpolitik und eine dezentrale Energieversorgung – ich nenne nur das Stichwort Smart Grids – Millionen und Milliarden erwirtschaftet werden. Wir bräuchten Investitionen in Zukunftstechnologien. Warum macht Bayern nicht einmal einen Vorstoß in Richtung Methanisierung? In Niedersachsen gibt es entsprechende Pilotanlagen, die bei Audi stehen. Warum geht Bayern nicht den Weg, überflüssigen Strom zu methanisieren, ihn vor Ort in Gas umzuwandeln und dann wieder zu verstromen?

Das wäre eine der Visionen, die ich heute von Ihnen erwartet hätte, und nicht den Vorschlag, die Stromtrasse nicht oberirdisch zu führen, sondern unterirdisch zu vergraben. Damit ist die Welt nämlich nicht in Ordnung. Dies kostet das Drei- bis Vierfache. Das wird draußen in den Kommunen zu einem Zähneknirschen führen, wenn Ihre Trasse konkreter wird. Die Grundbesitzer werden hurra schreien, wenn sie eine 20 Meter breite Trasse durch die Felder baggern und diese Trasse in den Wäldern baumfrei gehalten werden muss. Diese Stromtrasse ist auch im vergrabenen Zustand ein politisches Eigentor. Sie bringt uns eine Abhängigkeit vom Norden und verhindert eine Wertschöpfung in Bayern. Meine Damen und Herren, beerdigen Sie dieses Thema, solange Sie es noch können.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Vielleicht glauben Sie ans Christkind und an die Realisierung dieser Trasse. Ich sage Ihnen: Wenn Sie diese 30 bis 50 Milliarden Euro in die Energiewende

investiert oder sie den Bürgern vor Ort hätten zukommen lassen und damit wirklich moderne Energietechniken verwirklicht hätten, wäre das besser gewesen, als an diese Trasse zu glauben. Ich glaube, dass sie an der Realität und an der Finanzierbarkeit scheitern wird. Sie wird nicht fertig, bevor in Bayern das letzte Kernkraftwerk vom Netz geht. Wir haben ein paar Jahre Blindflug. Ich frage mich, wem Sie am Ende erklären wollen, dass diese Trassen nötig sind. Ich wünsche Ihnen viel Spaß dabei, es draußen in den Bürgerdiskussionen durchzusetzen.

Weitere Wertschöpfungsmöglichkeiten, etwa der Tourismus in Bayern, haben wir heute überhaupt nicht gehört. Reden Sie mit den Vertretern des Bayerischen Hotel- und Gaststättenverbands DEHOGA! Reden Sie mit den Gastwirten und mit Unternehmern der Übernachtungsbranche draußen. Sie sagen: Bayern könnte hier noch sehr viel mehr Input brauchen und die Marke Bayern noch sehr viel mehr in klingende Münze umsetzen; Stichwort Wettbewerbsfähigkeit mit den Mitbewerbern.

Sie haben Steuerdebatten gefordert. Eine Senkung der Mehrwertsteuer auf 7 % für die Gastronomie wäre ein Befreiungsschlag und eine Investition in den Fremdenverkehr und die Gastronomie. Dazu habe ich nichts gehört.

Auch zum Thema Landwirtschaft habe ich nicht einmal einen halben Satz gehört. Vielleicht haben Sie die Landwirte schon abgehakt. Zur Milchkrise ist von Ihnen gar nichts gekommen. Vielleicht sehen Sie diese Krise genauso wenig wie Ihr Agrarminister Schmidt. Schmidt hat noch vor ein paar Monaten gesagt, er sehe keine Krise. Wenn er die Krise nicht sieht, dann ist ihm nicht mehr zu helfen.

Als Sie die letzte Regierungserklärung gegeben haben, hatten wir in Bayern noch 50.000 Milchbauern. Jetzt sind es nur noch 30.000 Milchbauern. Wenn diese Milchpolitik so weitergeht, werden wir bei der nächsten Regierungserklärung kaum noch Milchbauern haben. Dann hat sich auch dieses Thema erledigt.

Ich sage Ihnen: Sie haben auf diese Krise zu spät reagiert. Erst jetzt, ganz zum Schluss, hat man sich mit dem Vorschlag der Milchbauern angefreundet und sagt: Entschädigung gegen Lieferverzicht. Kaum war dieser Vorschlag politisch kommuniziert, schon hat der Handel mit den Molkereien um einige Cent bessere Verträge abgeschlossen. Aber in diesen Kategorien denkt man wahrscheinlich nicht mehr, wenn man von "Bayern 2030" träumt. Dann gibt es vielleicht keine Milchbauern mehr. In unserem Weltbild gibt es den Milchbauern aber noch genauso wie den Hausarzt, wie die Hebamme und wie den Bürgermeister. Das

sind lauter Berufsgruppen, über die ich heute nichts gehört habe. Die klare Botschaft ist also: Es gilt, die bäuerliche Landwirtschaft in Bayern gezielt zu unterstützen. Aber Ihnen fiel nichts Besseres ein, als auf dem Höhepunkt der Milchkrise in Bayern den dritten Nationalpark auszurufen, um auf Beifall des Bundes Naturschutz oder von anderer Seite zu setzen. Vielleicht hat man gesagt: Wir bauen ein bisschen vor, damit dann, wenn die dritte Startbahn ausgerufen werden muss, nicht gar so sehr geschimpft wird; der Nationalpark ist vielleicht ein Gegenangebot in einem Kuhhandel. Wenn Sie meinen, für einen dritten Nationalpark in Bayern genügend Geld zu haben, unterstützen Sie damit die bereits bestehenden Naturschutzleistungen an die Landwirte

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

und die Landschaftspflege der Landschaftsverbände in den Landkreisen. Die Bauern könnten mit diesen Mitteln häufig etwas dazuverdienen, indem sie unsere Landschaft pflegen. Sparen Sie dort Ihre 10, 20, 30 Millionen Euro ein, die Sie sich für einen weiteren Nationalpark erträumen. Hören Sie bitte auf, die Menschen von oben zwangsbeglücken zu wollen. Sie sind ja schnell zurückgerudert und haben gesagt, das gehe natürlich nur in Absprache mit den Bürgern vor Ort. Aber wenn ich vor Ort nichts höre und aus keiner Region Bayerns den Ruf vernehme, dass unsere Landschaft an der Stelle mit einem Nationalpark schützenswert wäre – damit hätten wir vielleicht Mehreinnahmen für den Tourismus –, dann kann man doch bei einer Klausur nicht eine solche Kopfgeburt in die Welt setzen. Vielleicht war das irgendein Gag aus der CSU-Propagandamaschine. Aber draußen ist dies bei den Waldbesitzern und den Kommunen auf viel Missfallen gestoßen.

(Beifall bei Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Dort wird signalisiert: Wir haben es in Bayern. Wir legen Flächen still und gründen auch im Norden Bayerns noch eine Borkenkäferzuchtstation, weil die anderen nicht reichen.

(Beifall des Abgeordneten Florian Streibl (FREIE WÄHLER))

Gehen Sie mit den Menschen. Investieren Sie in bestehende Strukturen und erfinden Sie nicht ständig neue Seifenblasen, die am Ende an der Realität scheitern. Vieles von dem Gesagten kommt mir vor, als würden Sie sagen: Liebe Kinder, da ist ein Regenbogen; lauft mal dorthin, wo der Regenbogen die Erde berührt, und grabt nach dem Schatz.

2030 sind wir schuldenfrei. 2025 haben wir die Barrierefreiheit. Alles wird in die Zukunft projiziert. Auch der

Wohnungsbau ist für die nächsten zehn Jahre geplant. Gehen wir nur drei Jahre zurück, stellen wir fest, dass all das, was Sie uns damals versprochen haben, nicht eingetroffen ist. Daraus lese ich ab, dass Sie auch diese Seifenblasen wieder nur in die Luft setzen und sagen, das höre sich gut an, irgendein Nachfolger werde das schon umsetzen. Aber passen Sie bei den Zukunftsvisionen auf, dass Sie selber nicht daran gemessen werden, stellen Sie die Vorhaben sehr weit in die Zukunft.

Wir FREIEN WÄHLER gehen auf die Bürger zu und fragen, wo es brennt, wo der Schuh drückt und wie wir die aktuellen Probleme der Bürger lösen können. Wir sehen, dass viele der hier gemachten Ankündigungen Größenwahn sind und dass Sie die kleinen Dinge vergessen: Wir kündigen Nationalparke an, aber kümmern uns nicht um die Milchbauern. Wir kündigen die großen Stromtrassen an, aber kümmern uns weder um den Biogasbauern noch um den Photovoltaik- und den Windkraftanlagenbesitzer, der vor Ort ständig neue Auflagen bekommt. Ihm wurde vor ein paar Jahren gesagt, er solle in Photovoltaikanlagen investieren. Aber plötzlich muss er eine eigene Steuererklärung abgeben und für den Steuerberater mehr Geld hinlegen, als er mit der Photovoltaikanlage verdient. Das sind die Dinge des realen Lebens. Da scheitern Sie und verträsten die Menschen auf die Zukunft. Das wollen wir heute hinterfragen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wir müssen bei vielen weiteren Themen den Blick auf das Kleine lenken. Wir FREIEN WÄHLER haben etwa das Thema "flächendeckende Versorgung mit Hebammen" auf den politischen Schild gehoben.

Herr Ministerpräsident, Sie waren selber Gesundheitsminister. In Neuburg wird die Geburtshilfeabteilung geschlossen. Immer mehr Krankenhäuser müssen die Geburtshilfeabteilung schließen, weil sie sie unter den jetzigen Rahmenbedingungen nicht mehr betreiben können. Insofern würde ich mir von Ihnen einen Befreiungsschlag wünschen, um dort über eine bessere Krankenhausfinanzierung und dergleichen zu helfen. Gemeinsam mit dem Kollegen Karl Vetter haben wir auch den Vorschlag gemacht, für Hebammen einen Haftungsfond einzurichten, damit diese Abteilungen nicht aus wirtschaftlichen Gründen geschlossen werden müssen und Anzahl der Hebammen nicht reduziert werden muss. In einer Zeit, in der die Anzahl der Geburten wieder steigt, sind wir nicht in der Lage, dort, wo das Leben beginnt, als Staat ordentlich unter die Arme zu greifen. Der Staat schaut vielmehr zu, wie die Versorgung mit Hebammen wegbriecht, und träumt stattdessen von "Bayern 2030", was alles in die Luft geschrieben ist.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Auch das Hausärztesterben interessiert außer den FREIEN Wählern niemanden mehr. Wir fordern weiterhin Konzepte dahingehend, die Ansiedlung von Hausärzten besser zu unterstützen und die Versorgungsbezirke anders zuzuschneiden, um die Fachärzte in die Fläche zu bekommen. Ferner fordern wir, die kleinen Krankenhäuser besser zu unterstützen; denn bei der Finanzierung der Krankenhäuser ist in den letzten Jahren ein Raubbau sondergleichen betrieben worden. Deshalb sind die Landkreise am Ende gezwungen, die Krankenhäuser zu privatisieren oder zu schließen.

Bei all diesen Fehlentwicklungen müssten wir in Bayern die Dinge im Kleinen regeln. Hier will man aber in der Sonne groß glänzen. Wir sind zwar besser dran als das rot-grüne Feindesland irgendwo außerhalb der bayerischen Grenzen, aber das ist uns zu wenig. Wir fordern hier eine konsequente Politik für die Heimat. Wir sehen bei diesen Themen einem Größenwahn die Tür geöffnet, ohne dass man das Ende bedenkt.

Herr Ministerpräsident, die Freihandelsabkommen TTIP und CETA haben mir in Ihrer Regierungserklärung völlig gefehlt: Sie haben dieses Thema auch 2013 nicht angesprochen. Ich habe mir gedacht: Okay, vielleicht ist es noch nicht so weit. Wir haben damals die Freihandelsabkommen TTIP und CETA als Einzige zum Thema gemacht. Da steht eine Abstimmung über eine grundsätzliche Neuorientierung des Zuschnitts der Wirtschaftsprinzipien, der Handelsbeziehungen und dergleichen mehr im Raum. Sie verlieren in einer mehr als einstündigen Rede nicht ein Wort über ein Freihandelsabkommen, gegen das vor wenigen Tagen über 20.000 Menschen protestiert haben. Auch in München gab es Proteste. Sie denken dieses Thema nicht zu Ende. Ich bin überzeugt: Sie wissen im Detail genauso wenig wie ich, wie sich diese Abkommen auswirken werden. Diese Abkommen enthalten sehr viele Fallstricke. Es gibt sehr viele Gutachten, die glaubwürdig bestätigen, dass dort ein Vorsorgeprinzip aus den Angeln gehoben wird. Sie nehmen das alles schulterzuckend hin und hoffen, das wird schon gut gehen.

Meine Damen und Herren, Sie haben damals noch nicht einmal das Thema Mindestlohnbürokratie zu Ende gedacht. Sie haben den Koalitionsvertrag unterschrieben. Im Nachhinein hat dann Wirtschaftsministerin Aigner gesagt: "So war das nicht geplant. Da ist etwas anderes herausgekommen, als wir gemeint haben." – Nicht einmal das Thema Mindestlohnbürokratie hatten Sie also auf dem Schirm. Nun aber glauben Sie, das Thema CETA und TTIP auf dem Schirm

zu haben. Ich sage Ihnen: Selbst der beste Anwalt wird das nicht im Zielkorridor haben können, weil die Abkommen nämlich so viele Interpretationsmöglichkeiten offen lassen, dass die Freihandelsabkommen, wie sie heute aufgesetzt sind, ein Risiko für die Demokratie und für den Verbraucherschutz sind. Sie sind auch ein Risiko für den Mittelstand, weil der Meisterzwang zur Disposition steht. Ich sage Ihnen, mit dieser Politik gewinnen Sie nicht die Zukunft, sondern Sie gehen ungedeckte Schecks ein. Sie unterschreiben damit Dinge, die Sie oben und im Kleingedruckten gar nicht gelesen haben können.

Ich sage Ihnen noch einmal: Konzentrieren Sie sich darauf, was Sie in Bayern machen können. Unterstützen Sie nicht diesen Größenwahn. Ich erwarte von Ihnen, dass Sie im Bundesrat die Stimme Bayerns davon abhängig machen, wie die Bevölkerung dazu steht. Fragen Sie das Volk. – Das war doch eine große Ankündigung von Ihnen in der Regierungserklärung 2013. Sie sprachen von einer Koalition mit dem Bürger und von dem neuen Instrument der Volksbefragung. Wo, wenn nicht hier, ist dieses Instrument richtig angelegt? – Fragen Sie doch die Bürger, ob diese CETA wollen. Heben Sie nur dann die Hand, wenn die Bürger das wollen, aber bitte machen Sie es nicht einfach so, wie bisher.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Ich glaube, das berührt den Kern dessen, wo die Politik in den nächsten Jahren hin muss. Wir werden die Bürger immer mehr verlieren, wenn diese das Gefühl haben, nicht mitgenommen zu werden. Wenn 20.000 Menschen in München auf dem Odeonsplatz stehen und sagen: "Ich will ich das nicht!", wenn es viele Umfragen von Bürgerinnen und Bürgern gibt, die sagen: "Ich will das nicht!", dann müssen Sie doch versuchen, das der Bevölkerung gut zu erklären, und dann müssen Sie das Votum des Volkes einholen.

Sie haben angekündigt, die Bevölkerung zur dritten Startbahn des Münchner Flughafens zu befragen. Bitte tun Sie das. Sie werden dort wieder dasselbe Ergebnis wie bisher bekommen. Ihnen wird es sogar recht sein, denn ich bin davon überzeugt, dass Sie im Herzen gegen diese dritte Startbahn sind. Ihre Fraktion hat Sie aber, unter welchen Umständen auch immer, dazu genötigt, dafür zu sein. Ihre heutige Erkenntnis, dass Sie nun – plötzlich – für die dritte Startbahn sind, hat mich schon sehr überrascht.

(Markus Rinderspacher (SPD): Mich auch!)

Hoffentlich haben Sie vorher durchgelesen, was man Ihnen in die Rede hineingeschrieben hat, Herr Seehofer. Ich gehe aber schon davon aus.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Unruhe bei der CSU)

Meine Damen und Herren, wir müssen das, was in Bayern noch einigermaßen gut funktioniert, weiterhin hegen und pflegen wie unseren Augapfel. Das ist die Landwirtschaft, das ist der Mittelstand, das ist die Tourismusbranche, die wir gezielt weiter entwickeln müssen. Wir müssen neue Baustellen gezielt abarbeiten. Wir haben beispielsweise das Problem des Wohnungsmangels. Auf dem Land haben wir leerstehende Wohnräume, in den Städten aber bestehen riesige Defizite. In den letzten zwölf Jahren ist von Ihrer Seite diesbezüglich nichts passiert. Es gab keine Wohnraumförderung. Man hat sogar die GBW-Wohnungen für einen Apfel und ein Ei verhökert. Jetzt steht man vor der Frage, wo der soziale Wohnraum denn herkommen soll. Wir haben damals schon davor gewarnt, die Wohnungen zu verkaufen. Heute sind Sie gezwungen, Schnellbaulösungen für Flüchtlinge auf die grüne Wiese zu stellen. Es stößt vor Ort nur auf begrenzten Applaus, wenn man plötzlich im Außenbereich bauen darf, was man früher nicht durfte. Das alles sind Hauruck-Aktionen, die Weitblick und Vorausschau deutlich vermissen lassen.

Ich sage nicht, dass wir alles richtig machen oder alles im Voraus erkennen. Wir dürfen uns aber zugehalten, dass wir, die FREIEN WÄHLER, auf alle diese Entwicklungen schon vor ein paar Jahren hingewiesen haben. Wir weisen auch heute darauf hin, dass die Startbahn ein Fehler ist, dass die Stromtrassen ein Fehler sind. Wir weisen darauf hin, dass wir die erneuerbaren Energien nach vorn bringen müssen. Wir müssen den Mittelstand stützen und stärken. Bei der Bildungspolitik müssen wir unten beginnen. Wir müssen beispielsweise die Vision einer kostenfreien Kinderbetreuung in Bayern in den Raum stellen. Die sollten wir in ein paar Jahren aufs Gleis bringen. Das wäre eine Vision, wie ich sie mir heute gewünscht hätte, anstatt eines zähneknirschenden Zugebens, dass Ihr Vorgänger das Gymnasium in den Sand gesetzt hat, was jetzt ausgebügelt werden muss.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Streben Sie im Sinne einer besseren Familienförderung die Kostenfreiheit der Kinderbetreuung an. Die Kinderbetreuung sollte für die Eltern wirklich kostenfrei sei. Gehen Sie in die Grundschulen und sorgen Sie dafür, dass wir dort kleinere Klassen bekommen. Ich höre – zwar nicht täglich, aber doch wöchentlich – Beispiele aus der Praxis wie diese: Eine Lehrerin hat 25 Grundschulkindern und bekommt dann noch zwei Flüchtlingskinder dazu, die kein Wort Deutsch sprechen. Die Lehrerin bekommt aber kein zusätzliches Personal. Meine Damen und Herren, das geht doch

nicht in einer Zeit, in der wir Tausende junge Lehrer in andere Bundesländer wegziehen lassen. Wir bilden diese jungen Leute teuer aus, doch bei uns fehlt das Personal. Am Ende aber macht man aus den Lehrkräften sogar Zeit- und Leiharbeiter; denn 10 % der Lehrkräfte sind inzwischen nicht einmal fest beschäftigt. Nach den Ferien hofft man, dass sie noch im Lande sind. Das ist doch keine vorausschauende Politik, meine Damen und Herren! Das ist eine Politik im Rückspiegel: Man schaut: Habe ich jemanden überfahren, weil es gescheppert hat? – Man blickt aber nicht voraus.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zum Thema Gymnasium noch einmal unsere klare Forderung: Macht den Weg frei für die Wahlfreiheit zum neunjährigen Gymnasium. Sie werden sehen, das wird ein Erfolgsmodell. Haben Sie keine Angst vor diesem Erfolg. Sie wollen das Hurra natürlich im Wahljahr 2018 feiern und deshalb nicht bereits heuer die Zügel locker lassen. Wir haben Sie mit diesem Thema drei, vier Jahre lang bombardieren müssen, bis Sie endlich umgedacht haben. Es wäre schön, wenn in Bayern gute Vorschläge der Opposition früher gehört würden, nicht erst nach drei bis vier Jahren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wir wissen, ein Großteil des bayerischen Wohlstands hängt vom Export ab. Wir wissen, der Exporterfolg unserer Wirtschaft ist der innere Motor unseres Wohlstands. Dann helfen Sie doch den Mittelständlern. Da gibt es nur die vage Andeutung: Die Erbschaftssteuer wird irgendwo verhandelt. Das sorgt doch weiterhin für große Verunsicherung. Machen Sie den Weg frei! Hier appelliere ich auch an die SPD: Streichen Sie die Erbschaftssteuer ersatzlos. Wegen dieser paar Milliarden Euro, um die es bundesweit geht, brauchen Sie den mittelständischen Familienbetrieben nicht über Wochen und Monate den Steuerberater ins Haus zu schicken. Lasst die Leute in Ruhe arbeiten. Vor ein paar Tagen war ich im Landkreis Roth in Mittelfranken bei einem SPD-Kreisrat. Herr Krebs ist ein sehr innovativer Unternehmer mit 300 Mitarbeitern. Auch solche Leute denken darüber nach. Es ist eine sehr innovative Firma, ich will an dieser Stelle aber keine Zahlen nennen. Diese Firma würde mittlerweile einen sehr hohen Preis erzielen, wenn sie ein amerikanischer Investor übernehmen würde. Solche Leute wollen ihr Lebenswerk am Ende nicht mit dem Staat teilen müssen; so sagt er nämlich schon heute, mit Mitte 50: Ich fahre lieber öfter nach Mallorca und habe weniger Sitzungen in der Firma. – Geben Sie diesen Leuten doch die Freiheit, nach außen erfolgreich arbeiten zu können. Lassen Sie den Mittelstand in Ruhe arbeiten.

Ich sagen Ihnen noch etwas: Geben Sie dieser Wirtschaft, geben Sie diesen Unternehmen die guten Leute an die Hand. Damit sind wir wieder beim neunjährigen Gymnasium und auch bei der Wiedereinführung des Diplomingenieurs. Auch das ist eine Forderung der FREIEN WÄHLER. Was wir heute an wirtschaftlichem Wohlstand erarbeitet sehen, das ist zu einem großen Teil Produkt der Arbeit von Ingenieuren und von Menschen mit qualifizierten Schulabschlüssen. Wohin wir mit Ihren Bachelors kommen, das wissen wir noch nicht. Nichts gegen diese Leute, die haben keine ordentliche Alternative. Wir aber rufen Sie auf: Führen Sie dort, wo es Sinn macht und wo es auch gewünscht wird, den Diplomabschluss, den Diplomingenieur wieder in das Studium ein, so wie wir das G 9 wieder im Gymnasium einführen. Meine Damen und Herren, auch das ist ein Beitrag zur Qualitätssteigerung.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wir glauben, wir, die FREIEN WÄHLER, können viele gute Ansätze und Anstöße für eine bessere bayerische Landespolitik geben. Die werden wir auch weiterhin geben. Wir werden auch weiterhin an Dinge erinnern, die irgendwo steckengeblieben sind. Hier nur das Stichwort Hochwasserschutz. Im Frühjahr dieses Jahres sind wir alle in neu gekauften Gummistiefeln vor Ort gewesen und haben den Hochwasserschutz versprochen. Auch ich habe das getan. Meine Damen und Herren, wir alle haben hier im Landtag die neue große Säule angekündigt, den dezentralen Hochwasserschutz. Was aber ist daraus geworden? – Bis heute nichts. Bis heute ist die Realität doch so, dass die Kommunen die Hälfte der Investitionen für die Rückhaltebecken selber tragen müssen. Bis heute sind sehr teure Verfahren abzuwickeln. Bis heute sagen viele Bürgermeister: Ich würde etwas tun, aber unter diesen Rahmenbedingungen – zu schlecht finanziert, zu viel Bürokratie – fasse ich nichts an; da hoffe ich, dass nichts passieren wird. Das ist zu wenig. Wir wollen keine Politik des "Hoffen wir mal, dass nichts passieren wird", sondern wir wollen eine Politik, mit der wir Erkenntnisse in Handeln umsetzen können und bei der wir auf diejenigen hören, die draußen tätig sind. Ich kann Ihnen Namen von Bürgermeistern aufzählen, die sagen, sie würden etwas tun, wenn die Bedingungen besser wären. Ich appelliere daher an Sie: Machen Sie den Weg frei für mehr dezentralen kommunalen Hochwasserschutz. Unser Gedanke lautet dabei wieder "Heimat statt Größenwahn". Wir setzen auf diese dezentralen Konzepte mit den Bürgermeistern. Sie dagegen setzen für Bayern auf ein paar riesige Polder, wobei die Menschen am Ende eine Entscheidung bekommen, die übers Knie gebrochen wurde, obwohl sie das vor Ort nicht wollen und die Bürgermeister, die Landkreise und die Grundbesit-

zer diesen Weg nicht mitgehen. Ein solches Vorgehen mag an der einen oder anderen Stelle nötig oder akzeptabel sein. Setzen Sie es dann bitte ordentlich um. Gehen Sie aber ansonsten den Weg der Dezentralität beim Hochwasserschutz. Dieser fehlt mir an dieser Stelle ganz entschieden. Ich will nicht, dass wir im Frühjahr nächsten Jahres vor der nächsten Katastrophe stehen.

Jetzt kommt ein bisschen Fachchinesisch für die Agrarpolitik. Es gibt heute so viele Energiepflanzen, die erosionsmindernd sind. Ich nenne hier die Durchwachsene Silphie. Sie ist eine großartige Biogas-Ersatzpflanze für Mais, die mehrjährig ist, den Humus zurückhält, die Hänge befestigt und in Biogasanlagen bestens verarbeitet werden kann. Machen Sie den Weg für die Akzeptanz solcher Pflanzen für das Greening frei. Das würde den Bürgermeistern draußen viele Sorgenfalten nehmen, weil dann erosionsgefährdete Hänge nicht mehr mit Mais, sondern mit solchen Pflanzen bepflanzt würden. All das sind kleine Vorschläge aus der Praxis, die in Ihrem großen Weltbild vielleicht keinen Platz haben. Aber es gibt die FREIEN WÄHLER, um diese Dinge ins Gespräch zu bringen.

Ich sage es nochmal: In unserem Weltbild gibt es die Gemeinde noch, gibt es den Bauern noch, gibt es den Arzt noch, gibt es die Hebamme noch, gibt es den Mittelständler noch, gibt es den Apotheker noch, gibt es den Arbeiter noch, gibt es die alleinerziehende Mutter noch. All das gibt es in Ihrer "Zukunftsvision Bayern" nicht. Ich bitte Sie, sich das zu notieren. Ich habe immer die Hoffnung, dass Sie den einen oder anderen Punkt aufgreifen. Ich wünschte, Sie würden voll von uns abschreiben und das übernehmen, was Sie für gut befinden.

(Kerstin Schreyer (CSU): Da kommt doch nichts raus!)

– Natürlich ist wieder eine gewisse Überheblichkeit zu hören, wonach man von den FREIEN WÄHLERN nichts abschreiben müsse. Ich erinnere: Abschaffung der Studiengebühren, G 9, ländlicher Raum, schnelles Internet sind alles Dinge, die von uns gekommen sind, und zwar lange, bevor Sie darüber nachgedacht haben. Ich glaube, eine Übernahme solcher Punkte würde diesem Land guttun. Es würde dieser Regierung guttun, ein bisschen mehr FREIE WÄHLER und ein bisschen weniger großwahnsinnig zu sein.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Meine Damen und Herren, in diesem Sinne wünsche ich mir, dass Bayern in den nächsten Jahren besser regiert wird als in der Vergangenheit. Wir sind bereit, hierzu unseren Beitrag zu leisten. Ich glaube, dass

dieses Haus insgesamt viele gute Ideen aus allen Richtungen zusammenführen muss. Die Herausforderungen, vor denen wir stehen, sind nicht klein, sondern riesengroß. Es gilt, den Vertrauensverlust gegenüber der Politik aufzufangen. Es gilt, die Bürger zurückzuholen und nicht zu sagen, der Wähler sei schuld, wenn die Dinge so ausgehen, wie man sie nicht haben will. Holen Sie die Bürger wieder an die Politik. Sorgen Sie für mehr Bürgerbeteiligung. Hören Sie auf die Bürger. Ich glaube, dann ist die richtige Entscheidung für die Zukunft Bayerns getroffen: mehr Heimat, weniger Größenwahn.

(Anhaltender Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Herzlichen Dank. – Als nächsten Redner bitte ich nun Herrn Hartmann ans Rednerpult.

Ludwig Hartmann (GRÜNE): Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrter Herr Ministerpräsident! Sie haben wirklich viel geredet. Sie haben viel gesagt. Aber Sie haben erkennbar keinen Plan für Bayern.

(Beifall bei den GRÜNEN – Lachen bei der CSU)

Den Bayernplan 2.0 bekommen Sie nachher von uns. Sie haben nur eines angesprochen. Sie bitten die Landeshauptstadt München darum, ein Ratsbegehren zur dritten Startbahn durchzuführen. Wenn die Gestaltungskraft der einst so mächtigen CSU darin besteht, eine Landeshauptstadt zu bitten, ein Ratsbegehren zur dritten Startbahn durchzuführen, ist das wirklich erbärmlich.

(Beifall bei den GRÜNEN – Ministerpräsident Horst Seehofer: Wir wollen Partnerschaft, nicht Konflikte!)

Zwei andere Wörter in Ihrer Rede haben mich aber durchaus entsetzt. Sie haben sie nur ganz leise gesagt: "Weltoffen und Heimatliebe". Drei Wörter. Da frage ich mich, welche Weltoffenheit darunter zu verstehen ist. Diejenige von Andreas Scheuer? – Bei der Heimatliebe frage ich mich: Ist es Heimatliebe, eine Liftrasse durch das Naturschutzgebiet am Riedberger Horn zu schlagen? – Das hat keiner vor Ihnen hinbekommen. Ich muss sagen: Drei Wörter, und zwei davon sind eine Lüge.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD)

Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, in einigen Wochen ist es wieder soweit. Dann wird das Unwort des Jahres bekanntgegeben. Ich kann es Ihnen heute nicht verraten. Ich kenne es selber nicht.

Aber ich weiß, was das Unwort des Jahres wäre, wenn es eine CSU-Jury gäbe. Ihr Unwort des Jahres wäre "Wir schaffen das". Sie werden seit zwölf Monaten in einer echten Dauerschleife nicht müde, immer wieder zu wiederholen: Wir sind mit den Flüchtlingen überfordert, wir haben keine Kontrolle mehr, wir schaffen das nicht. Es ist kein Wunder, dass Sie heute keinen Plan für Bayern darlegen konnten, da Sie sich zwölf Monate lang an der Bundeskanzlerin abgearbeitet haben, damit sie irgendwann, wie Sie es wünschen, zugibt, dass sie im letzten Jahr falsch lag. Am liebsten wäre Ihnen wahrscheinlich, wenn sie sich Heinrich IV. zum Vorbild nähme mit seinem Bußgang nach Canossa.

(Ministerpräsident Horst Seehofer: Canossa!)

– Canossa, Entschuldigung. Ich bin heute leicht erkältet.

(Zuruf von der CSU: Ja, ja!)

Canossa. Frau Merkel im Büßerhemd auf dem Weg ins Kloster Banz. Das ist Ihre politische Vision. Das ist wirklich armselig.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich frage mich, was eigentlich Ihr Problem ist mit dem Ausdruck "Wir schaffen das". Geht es Ihnen wirklich um eine andere Flüchtlingspolitik, obwohl Sie ganz genau wissen, dass es zu einer humanitären und politischen Katastrophe gekommen wäre, hätten wir im letzten Jahr anders entschieden und die Grenzen dichtgemacht? – Nein, etwas anderes treibt Sie um. Es ist die Angst vor Veränderungen. Da geht es keineswegs nur um Einwanderung. Sie haben es vorher gesagt: Bayern muss Bayern bleiben. Man hört auch immer wieder: Deutschland muss Deutschland bleiben. Der CSU-Bürgermeister von Riedenburg hat es so ausgedrückt: Wir wollen leben wie unsere Vorväter.

Meine sehr geehrten Kolleginnen von der CSU-Fraktion, Frauen spielen in der Gesellschaft der Vorväter keine Rolle, genauso wie Menschen mit Migrationsgeschichte, genauso wie Lesben und Schwule oder Menschen mit Behinderung. Meine sehr geehrten Kollegen von der CSU, Sie haben ein Riesenproblem mit allen Menschen, die nicht dem entsprechen, was Sie als kulturell normal empfinden. Sie würden alle vermeintlich anderen lieber aus der Gesellschaft draußen halten anstatt sie willkommen zu heißen. Dann kommt man zwangsläufig zu dem Schluss: "Wir schaffen das nicht".

Eine moderne Gesellschaft bedeutet Vielfalt. Man hält Vielfalt durch den Rechtsstaat zusammen, nicht durch Gleichmacherei mit einem normierten Leitkultur, der von

oben aufgesetzt ist. Herr Kreuzer hat mehrfach die Umfrage der CSU erwähnt. Sie haben die Frage aber nicht genau vorgelesen. Es wurde gefragt:

Halten Sie es deshalb für richtig, dass bei der Integration die Regeln unseres Zusammenlebens, also unsere Leitkultur, zum Maßstab gemacht werden?

Die Frage hat sich tatsächlich auf die Regeln des Zusammenlebens bezogen.

(Heiterkeit beim Abgeordneten Markus Rinderspacher (SPD))

Es ist jedoch selbstverständlich, dass man Regeln einhält. Die Regeln sind bei uns im Grundgesetz niedergeschrieben und es ist gut, dass die Mehrheit der Bevölkerung das so sieht.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD)

Der Rechtsstaat muss eine moderne Gesellschaft zusammenhalten. Das heißt natürlich – das wissen auch wir –, dass es schwieriger wird, alle unter einen Hut zu bringen, wenn die Unterschiede größer werden. Dieser Verantwortung müssen wir uns aber stellen. Wenn man sich nicht nur Ihre heutige Regierungserklärung, sondern auch die Überschriften und Unterüberschriften in den Zeitungen der letzten zwölf Monate anschaut, möchte man jedem, der hier jammert, empfehlen: Augen auf bei der Berufswahl! Wir müssen mit Optimismus und Tatkraft an die Aufgabe herangehen. Das heißt nichts anderes als: Das schaffen wir!

Zäune aufzustellen und die Decke über den Kopf zu ziehen, ist jedenfalls keine Lösung. Dieser fehlende Mut, Ihr trotziges "Wir wollen es gar nicht schaffen", ist ansteckend. Das zieht sich – wir haben es heute wieder in der Regierungserklärung gesehen – mittlerweile wie ein roter Faden durch Ihre Politik. Den Geist, der stets verneint, brauchen wir nicht. Wir müssen in Bayern die Kräfte des Gelingens wecken.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Fangen wir mit dem ländlichen Raum an. In Bayern leben mehr Menschen auf dem Land als in den meisten anderen Bundesländern, und nahezu alle leben dort gerne, aber nicht wenige überlegen, ob sie in die Stadt ziehen. Ein Drittel der Jüngeren, fast die Hälfte der gut Ausgebildeten, trägt sich mit diesem Gedanken. Das hat eine Umfrage gezeigt, die wir gemacht haben. Sie hat aufgezeigt, wo die Menschen der Schuh drückt. Zwei Punkte aus diesem Bereich:

Erster Punkt: der Ausbau des breitbandigen Internets in Bayern. Es ist doch unstrittig, dass eine gute Internetversorgung für unser Leben immer wichtiger wird, sei es beruflich, sei es für private Kontakte oder auch in Zukunft für den einen oder anderen Behördengang oder eines Tages auch noch mehr für medizinische Dienstleistungen. Da spielt die Frage eine entscheidende Rolle, ob ich gut angebunden bin oder nicht. Fast ein Drittel der Menschen im ländlichen Raum, die wir befragt haben, ist mit dem Internetzugang nicht zufrieden. Ich sage Ihnen: Deren Zahl wird weiter steigen. Neue Anwendungen erfordern mehr Bandbreite. Wir haben sie leider nicht. Sie setzen mit Ihrem Ausbauprogramm – Sie geben viel Geld dafür aus, das kann man gar nicht in Abrede stellen – auf das herkömmliche Kupferkabel. Letztendlich heißt das: Wir motzen einen alten Klingeldraht auf. Damit gewinnen wir keine Zukunft.

Der Verband der Netzausrüster hat letztes Jahr nachgerechnet: Weniger als ein Prozent der Haushalte in Deutschland verfügen über einen Glasfaseranschluss. Wir sind Schlusslicht in Europa, und Sie helfen mit Ihrem Förderprogramm mit, dass das so bleibt; Sie fördern alte Technologien statt Glasfaser. Der Glasfaser gehört die Zukunft. Wenn wir heute in Glasfaser investieren, liefert sie über Jahrzehnte gute Rendite. Ich erwarte, dass Bayern in der europäischen Spitze mitspielt und nicht Schlusslicht ist.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Herr Kreuzer hat sich vorhin durchgehend an der SPD abgearbeitet, weil sie angeblich keine Ziele hätte. Ich sage Ihnen ganz konkret ein Ziel bei diesem Thema, bei einer Zukunftstechnologie für unseren Wirtschaftsstandort: Glasfaser statt Klingeldraht in jedes Wohnzimmer, und das in den nächsten zehn Jahren! Wenn man das wirklich will, ist das in Bayern zu schaffen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Der zweite Punkt: die Anbindung des ländlichen Raumes an Bus und Bahn. Die Hälfte der Menschen im ländlichen Raum ist mit dem Angebot unzufrieden. Jeder, der im ländlichen Raum lebt oder gelebt hat, weiß das: Wenn Schulbusse fahren, klappt es ganz gut, aber am Abend oder an den Wochenenden oder in den Ferien kommt der Bus nur selten. Er kommt sogar seltener als die Demut bei Markus Söder. Markus Söder muss selber damit klarkommen. Für die Menschen auf dem Land ist unser Ziel ganz klar: die grüne Mobilitätsgarantie für ganz Bayern – von 5 Uhr früh bis 24 Uhr abends stündlich ein Angebot.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Mobilitätsgarantie und Glasfaser für alle – das wäre ein Quantensprung für den ländlichen Raum und eine echte visionäre Politik für Bayern. Genau die brauchen wir, damit die Menschen auch in Zukunft gerne im ländlichen Raum leben.

Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, die Kräfte des Gelingens sind auch bei der Energiewende und beim Naturschutz dringend gefragt. Auch dazu kommt von Ihnen nur der Satz: Wir schaffen das nicht. Ein kurzer Rückblick, zwei Kollegen haben das schon getan: 2013 – drei Jahre sind vergangen – hieß es noch ganz anders. Wir wollen, dass in Bayern so viel Strom erzeugt wird, wie hier verbraucht wird, so hieß es in Ihrem "Bayernplan". Letztes Jahr hat das Haus von Ilse Aigner eingestehen müssen, dass wir künftig die Hälfte des Stromes importieren müssen. Von wegen "Bayernplan" erfüllt! – "Bayernplan" aufgegeben! Für ein starkes Industrieland ist das ein peinliches Eingeständnis.

Wir kriegen es nicht hin, weil Sie den Ausbau der Windkraft abgewürgt und obendrein noch den Bau der Windkraftadern in den Norden gebremst haben. Diese kommen zwar jetzt mit drei Jahren Verspätung. Der Stromkunde wird dafür aber einen gewissen Seehofer-Versäumnisaufschlag zahlen müssen. Durch die dreijährige Verspätung werden mehrere Eingriffe in das Stromnetz notwendig, um Schwankungen auszugleichen. Der Stromkunde wird jedes Jahr dafür bezahlen müssen – wirklich ein Seehofer-Versäumnisaufschlag!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dabei sind Wind- und Sonnenstrom so günstig wie noch nie. Ich war vor drei Wochen in Fuchstal; dort wurden vier Anlagen installiert. Der Bürgermeister dort – er gehört nicht Ihrer Partei an – hat deutlich dargelegt, wie verzweifelt er war, 2011 die Ankündigung von Ihnen zu hören – er ist gefolgt mit den Beamten, den Mitarbeitern, wollte etwas auf die Beine stellen –, und dann wurde faktisch ein Stein nach dem anderen in den Weg gelegt. So funktioniert Energiewende nicht.

Statt in Berlin auf sauberen Ökostrom aus Wind und Sonne zu setzen, treibt die CSU mit den Stimmen der SPD lieber die dreckige Kohlekraft voran. Das ist ein Klimaverbrechen und kein Klimaschutz.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Um in unserem Land im Kampf gegen die Klimaüberhitzung wirklich voranzukommen, brauchen wir – ein ganz konkreter Vorschlag, Herr Kreuzer, vielleicht können Sie auch mitschreiben – ein Erneuerbare-Energien-Wärmegesetz für Bayern. Raus mit der dre-

ckigen Energie aus unseren Häusern! – Die Staatsregierung fördert den Austausch einer dreckigen alten Ölheizung durch eine neue dreckige Ölheizung. Klimaschutz sieht anders aus.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Mit einem Erneuerbare-Energien-Wärmegesetz wollen wir dafür sorgen, dass unsere Eigenheime und die Mietshäuser mit neuen Qualitätsstandards für moderne Heizanlagen auf Vordermann gebracht werden. Unsere Ingenieurinnen und Handwerker sind bereit, die Technik ist vorhanden.

Ein weiterer Aspekt im Energiebereich: In Bayern wurden mittlerweile zwei Atomkraftwerke stillgelegt, ohne dass auch nur im Geringsten Probleme bei der Stromversorgung aufgetreten sind. Wir müssen möglichst schnell weitermachen. In Bayern stehen noch zwei Siedewasserreaktoren, die beiden letzten in Deutschland. Sie sind eine Gefahr für unser Land, vor allem eine unnötige Gefahr, da wir diese Strommenge nicht mehr benötigen. Wir fordern, mit der endgültigen Inbetriebnahme der Thüringer Strombrücke die beiden Blöcke in Gundremmingen endgültig abzuschalten. Dadurch gewinnen wir Sicherheit und haben weniger Atommüll.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, es gibt einen sehr wichtigen Bereich, in dem es tatsächlich darum geht, möglichst wenig Veränderung zuzulassen. Ich spreche vom Naturschutz, vom Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen; ich spreche von der natürlichen Schönheit Bayerns, die wir GRÜNE bewahren wollen. Wir stehen damit im Gegensatz zu Ihnen, den Heimatzerstörern der CSU.

(Beifall bei den GRÜNEN – Widerspruch der Abgeordneten Kerstin Schreyer (CSU))

– Ich weiß, die Wahrheit ist manchmal hart. – Drei Beispiele, die das untermauern: Erstens. Am Riedberger Horn wollen Sie unbedingt eine neue Liftrasse durchdrücken. Dass die Hotelbetreiber vor Ort das wollen, ist zwar nicht gut, aber verständlich.

(Staatssekretär Franz Josef Pschierer: Die Bürger möchten's!)

Dass Sie diesen Wunsch aber zum Maßstab Ihrer Politik machen, den Umweltschutz mit Füßen treten und das Recht biegen – beugen wäre wohl der bessere Ausdruck –, zeigt: Sie sind umweltpolitische Versager.

(Beifall bei den GRÜNEN – Thomas Kreuzer (CSU): Waren Sie schon einmal dort? Haben Sie

sich das schon einmal angeschaut? Können Sie das überhaupt beurteilen?)

– Ich war oft genug zu einer Skitour in dem Gebiet und kenne es sehr gut, Kollege Kreuzer. – Sie haben sich schwer getan, meinen Vorwurf wahrzunehmen, dass Sie die Heimat zerstören.

Das nächste Beispiel ist die Aufweichung des Anbindegebotes. Das Anbindegebot ist ja im Kern eine Naturschutzvorschrift. Tatsächlich wollen Sie die Schleusen für noch mehr Beton und Asphalt in Bayern öffnen, und das ohne Not; denn wir haben genug Gewerbefläche. 11.000 Hektar sind ausgewiesen, die gerade nicht bebaut sind und nicht benötigt werden. Im Gegenzug verschwindet immer mehr natürliche Fläche, und die Ortskerne veröden. Ich habe echt fast zweimal lesen müssen, dass Sie letzte Woche – vielleicht war es auch schon in der vorletzten Woche – im Kabinett angekündigt haben, ein Programm aufzulegen, um die Ortskerne wiederzubeleben. Ein Programm, die Ortskerne wiederzubeleben, ist nicht schlecht; aber ein Programm aufzulegen, um den Auswirkungen Ihrer eigenen verfehlten Politik im Außenbereich, nach der immer wieder Discounter auf der grünen Wiese entstehen, gegenzusteuern, ohne die Ursachen zu beheben, ist der falsche Weg.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich bringe einen Vergleich; dann ist das für manche Kollegen verständlicher. Neben einem staatlichen Programm zur Förderung des Zigarettenabsatzes gibt es ein anderes Programm, das die Menschen ermutigen soll, mit dem Rauchen aufzuhören. Wir GRÜNE sagen ganz deutlich: Wir brauchen eine Obergrenze beim Flächenfraß, das heißt beim Flächenverbrauch. Nimmt man die Ziele der Bundesregierung – die CSU gehört ihr ja noch an, auch wenn es in den letzten zwölf Monaten manchmal nicht den Anschein hatte –, sind für Bayern 5 Hektar am Tag genug. Das schaffen wir, notfalls auch gegen Sie.

Ein drittes Beispiel: der dritte Nationalpark in Bayern. Mit dem Steigerwald haben wir eines der wertvollsten Waldgebiete in ganz Deutschland.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Was läge näher, als diesen alten und seltenen Buchenwald durch einen Nationalpark zu schützen? Aber auf einmal kneifen Sie wieder. Stattdessen soll jetzt irgendwo in Bayern ein neuer dritter Nationalpark entstehen. Nach welchen Kriterien wird das eigentlich entschieden? Unter die Erde können Sie ihn nicht verlegen, Herr Ministerpräsident. Nach welchen Kriterien wird denn da entschieden? Geht es wirklich um den Naturschutz oder letztlich darum, wo möglichst wenig

wirtschaftliche Interessen betroffen sind? Mein Fazit: Auch den Schutz unserer Natur und der Schönheit Bayerns wollen Sie nicht hinbekommen.

Nirgendwo, meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, werden die Kräfte des Gelingens dringender gebraucht als bei der Integration. Menschen, die wegen Krieg oder Verfolgung aus ihrer Heimat geflohen sind, bei uns aufzunehmen, ist ein Gebot der Menschlichkeit, und ihnen einen Platz in unserer Gemeinschaft zu geben, ist ein Gebot der Vernunft. Wer die ausgestreckte Hand sieht, wird leichter zum Teil unserer Gemeinschaft als derjenige, dem man die kalte Schulter zeigt.

Die Aufgabe der Integration ist groß. Ob wir letztendlich erfolgreich sein werden, ja, wie wir die Aufgabe meistern, entscheidet sich auf der menschlichen Ebene. Bleiben die Geflüchteten unter sich, oder werden sie in den Betrieben, in den Vereinen, in der Nachbarschaft, in den Schulen oder auch in den Kirchen wirklich Teil unseres Alltags? Integration steht und fällt mit der Bereitschaft dazu.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wenn wir Integration mit einer Brücke vergleichen, ist die Arbeit der vielen ehrenamtlichen Helfer der tragende Brückenpfeiler. An diesem Brückenpfeiler bringen Sie in der Person Ihres Generalsekretärs einen verbalen Sprengsatz an. Menschen, die genau das tun, was wir fördern und schätzen, werden von ihm verächtlich gemacht. So macht man Integration kaputt. So frustriert man engagierte Menschen. Deutlicher hätten Sie nicht sagen können, dass Sie Integration gar nicht schaffen wollen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Anders kann ich mir nicht erklären, dass Andreas Scheuer bis heute als Generalsekretär für die CSU spricht.

Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, immer mehr Verbraucherinnen und Verbraucher legen großen Wert auf Lebensmittel, die nicht auf Kosten der Umwelt oder auf Kosten der Tiere hergestellt werden. Leider liegt hier einiges im Argen. Die Wasserwerke haben immer mehr Mühe, die Nitratwerte im Trinkwasser einzuhalten.

Ganz kurz ein Einschub zu Ihrer Regierungserklärung. Sie haben davon gesprochen, die Lebensmittel in Bayern seien so sicher wie noch nie. Das mag im Großen und Ganzen durchaus richtig sein. Sie haben aber vergessen, dass das wichtigste Nahrungsmittel, unser Wasser, in einem verdammt schlechten Zu-

stand ist. Es wird jedes Jahr schlechter. Sie schaffen es nicht, es zu schützen.

Gülle aus der Massentierhaltung und ein übermäßiger Einsatz von Stickstoffdünger verseuchen das Wasser und machen die Böden kaputt. Die CSU-Regierung sitzt auch dieses Problem aus und ergreift nicht einmal die einfachsten Maßnahmen; der Kollege Christian Magerl kann davon ein Lied singen. Sie sind nicht einmal bereit, etwas für die Gewässerrandstreifen zu machen. Eine bessere Düngeverordnung, die längst überfällig ist, wird von Ihnen verschleppt. Wieder ein Beispiel, was Sie nicht schaffen wollen. Wir GRÜNE sagen: Wir schaffen das. Wir schaffen es, für sauberes Trinkwasser und für eine giftfreie Landwirtschaft zu sorgen. Wir verstecken uns nicht hinter dem angeblichen Wunsch der Verbraucherinnen und Verbraucher, möglichst billige Lebensmittel zu bekommen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sauberes Wasser, giftfreie Lebensmittel und ein Verzicht auf Tierquälerei brauchen einen politischen Willen. Sie haben ihn nicht, wir schon.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sehr geehrter Herr Seehofer, ich habe mir noch einmal Ihre Regierungserklärung von 2013 angehört. Ihre Regierungserklärung kurz nach der Landtagswahl war stark von dem Gedanken geprägt: Wir schaffen das. Das belegt zum Beispiel ein Zitat aus der Regierungserklärung: Wer das Beste erhalten will, der muss Landeplätze für die Zukunft bauen statt Bunker zur Verteidigung der Vergangenheit – so in Ihrer Regierungserklärung 2013. Sie haben eine ganze Reihe von Garantien und Versprechen abgegeben. Schauen wir doch einmal, was daraus geworden ist.

Ganz vorneweg die Grundschulgarantie: Grundschulen in Bayern sollen bestehen bleiben. Das haben Sie versprochen. Das gilt leider nur für die rechtlich selbstständigen Schulen in Bayern. Die unselbstständigen Außenstellen der Grundschulen, immerhin jede sechste Schule in Bayern, sind davon nicht betroffen. Aber genau die Grundschulen, die von der Schließung bedroht sind, die kleinen Grundschulen vor Ort brauchen die Garantie, damit sie nicht von der Schließung bedroht sind.

Ich komme gleich zur Ganztagsgarantie; sie wurde ja heute noch einmal untermauert. Sie haben sie hoffentlich nicht ganz aufgegeben. Das Ziel ist ja richtig, und es ist auch wünschenswert, da zügig voranzukommen. Aber man muss schon sagen, Sie haben heute genau das wiederholt, was Sie vor drei Jahren gesagt haben. Da frage ich mich schon, was in den

letzten drei Jahren passiert ist, um die Ganztagsgarantie für alle 14-Jährigen bis 2018 mit einem bedarfsgerechten Angebot zu erreichen. Davon sind wir noch meilenweit entfernt.

Gleiches gilt für die Ankündigung: Bayern wird bis 2023 für Menschen mit Behinderung barrierefrei sein. Auch hiervon sind wir noch meilenweit entfernt. Sehr geehrter Herr Seehofer, um es mit Ihren eigenen Worten zu sagen: Im Bunkerbau sind Sie Weltspitze, beim Bau von Landeplätzen für die Zukunft spielen Sie in der gleichen Liga wie der neue Berliner Flughafen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Um es gleich vorwegzunehmen: Wenn Sie versuchen, in München eine dritte Startbahn zu bauen, macht das die Sache nicht besser. Die Startbahn wird von den Menschen nicht gewollt. Sie sprachen vorher von einem Wachstum der Flugbewegungen. Das haben Sie sich teuer mit Steuermitteln erkaufte: 18 Millionen Euro im Jahr 2015 als Anreiz für neue Fluglinien und 2016 weitere 10 Millionen Euro.

Einen Bereich haben Sie vor drei Jahren gar nicht angesprochen, nämlich Bildungsgerechtigkeit und bessere Bildungschancen für Kinder aus ärmeren Familien. Das haben Sie nicht versprochen. Aber genau hier haben wir in Bayern ein echtes Problem, und es wird nicht kleiner, weil Sie es seit Jahren ignorieren. Wer eine Migrationsgeschichte hat, wessen Eltern keinen Schulabschluss haben oder wer auf dem Land wohnt, hat es im bayerischen Schulsystem deutlich schwerer. Glauben Sie etwa, dass die Kinder auf dem Land dümmer sind als andere? – Wohl kaum. Sie wollen einfach nichts dagegen tun. Wer vom Schicksal nicht verwöhnt ist, kann von dieser CSU-Regierung kaum etwas erwarten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ein längeres gemeinsames Lernen und eine bessere individuelle Förderung würden helfen. Auch eine Frühförderung wäre ein richtiger Weg. Aber Ihnen ist es ja wichtiger, durch Ihr unsinniges Integrationsgesetz den Betrieb der Kindergärten zu reglementieren, und Sie geben Geld für ein überflüssiges Betreuungsgeld aus. Sie sagen zwar, das Betreuungsgeld hätten so viele Menschen angenommen. Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, egal welches Programm Sie auflegen, mit dem Sie Leuten im Land Geld anbieten, Sie werden immer eine bestimmte Quote von Menschen haben, die das Geld annehmen.

Meine sehr geehrten Kollegen der CSU, es war einmal eine Stärke der konservativen Parteien in der Bundesrepublik, unabdingliche Entwicklungen zu akzeptieren und sie zu gestalten. Bei der CSU hat es

meistens etwas länger gedauert, aber sei es darum. Man muss nicht jede Veränderung begeistert begrüßen, aber man muss sie aufgreifen, darüber debattieren und sie gestalten. Diese Bereitschaft vermisste ich bei Ihnen immer mehr. Anpacken, Mut machen und die Zukunft gewinnen – dieses Motiv ist in Ihrer Politik kaum noch zu finden. Es dominiert der Versuch, den Lauf der Zeit anzuhalten. Daran sind aber schon ganz andere gescheitert.

(Beifall bei den GRÜNEN)

"Konservativ sein, heißt an der Spitze des Fortschritts zu stehen." Ich hätte nie gedacht, dass ich hier einmal Franz Josef Strauß zitieren muss, um Sie an die Bedingungen Ihres eigenen Erfolgs zu erinnern. Fortschritt wird heute nur etwas anders definiert, als es Strauß damals getan hat.

Ich komme zum Schluss zu einem Thema, das mir persönlich sehr wichtig ist. Ministerpräsident Seehofer hat es in einem Nebensatz gesagt: Man müsse die Entwicklungshilfe stärken, was auch ein richtiger Ansatz ist. Wir müssen uns auch hier im Bayerischen Landtag dessen bewusst werden, dass die Welt im Guten wie im Schlechten enger zusammenrückt. Der Klimaschutz ist eine Überlebensfrage für uns alle. Gerechtigkeit ist letztlich nur im globalen Maßstab möglich. Dem müssen wir uns stellen, und zwar nicht nur vor der UNO-Vollversammlung, sondern gerade auch hier im Bayerischen Landtag. Wir exportieren Waren in alle Welt, leider auch Waffen an Diktatoren wie zum Beispiel in Saudi-Arabien. Wir importieren Rohstoffe auch aus Ländern, in denen wegen dieser Rohstoffe Krieg geführt wird. Was wir hier tun, hat Folgen für andere Länder und die Menschen, die dort leben. Hören wir endlich auf, so zu tun, als ginge uns diese Situation in den anderen Teilen der Welt nichts an. Bayern ist ein starkes Land. Aus Stärke wächst Verantwortung. Das ist sicher nicht einfach. Die Haltung "Wir schaffen das" ist schon einmal ein ganz guter Ansatz. Mit Ihrer Haltung "Wir wollen es gar nicht schaffen" werden wir garantiert scheitern. Angst lähmt. Den Mutigen gehört die Zukunft.

(Anhaltender Beifall bei den GRÜNEN)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Herzlichen Dank. – Als nächsten Redner bitte ich nun Herrn Zellmeier zum Mikrofon.

Josef Zellmeier (CSU): Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen! Wir haben vom Kollegen Hartmann gerade gehört, dass dem Mutigen die Zukunft gehört. Das ist eigentlich der Wahlspruch der CSU. Sie von der Opposition, insbesondere von der SPD und den GRÜNEN, schüren immer nur die Angst vor

der Zukunft. Sie sind es doch, die in unserem Land alle Weiterentwicklungen blockieren.

(Margit Wild (SPD): Das seid ihr doch!)

Das beste Beispiel dafür ist die dritte Startbahn. Unbestritten ist, dass der Flughafen Franz Josef Strauß ein wesentlicher Punkt in der wirtschaftlichen Entwicklung Bayerns war und ist und dass wir dort auch weitermachen müssen, wenn die Zahl der Flugbewegungen so steigt, wie es jetzt der Fall ist.

(Ulrike Gote (GRÜNE): Was ist daran Zukunft?)

Meine Damen und Herren, mit "Kontinuität und Weitblick" hat der Ministerpräsident seine Regierungserklärung betitelt. Ich glaube, er hat in allen Punkten beides herausgearbeitet. Wir haben Kontinuität aufgrund der langjährigen Regierungserfahrung der CSU und der langjährigen Erfahrung der Menschen, dass die CSU für Bayern das Richtige tut. Den Weitblick brauchen wir, um in die Zukunft zu schauen, um Entwicklungen aufzunehmen und sie für unser Land und für unsere Menschen zu gestalten. Bayern ist das führende Land in Deutschland, ja sogar in der Europäischen Union. In ganz Europa, auch außerhalb der EU, heißt es, Bayern ist die zweite Schweiz Europas. Und das ist mit Sicherheit nicht von der Opposition erreicht worden, sondern von der Regierung und von der CSU, die im nächsten Jahr 60 Jahre Regierungsverantwortung in Bayern feiern kann. Seit 60 Jahren gibt es nur Ministerpräsidenten der CSU.

(Beifall bei der CSU)

Wir stehen auch für eine flächendeckende Entwicklung unseres Landes. Wir stehen nicht nur für starke Zentren, die wichtig sind, wir stehen auch dafür, dass sich der ländliche Raum flächendeckend entwickeln kann. Ich selbst komme vom Land und kann Ihnen sagen: Das, was die Staatsregierung und die CSU-Landtagsfraktion für den ländlichen Raum getan haben, ist sensationell.

(Thomas Gehring (GRÜNE): Sensationen im Zirkus Seehofer!)

– Genau! Sensationen! Bitte etwas mehr Euphorie, meine Damen und Herren!

Ich denke nur an die Hochschule für Biotechnologie und Nachhaltigkeit in Straubing. Straubing, eine Stadt mit knapp 50.000 Einwohnern, wird damit nicht nur Hochschul-, sondern auch Universitätsstandort, weil die Einrichtung auch Teil der Technischen Universität ist. Das kann sich bundesweit und europaweit sehen lassen. Behördenverlagerungen, Hochschuleinrichtungen, digitale Gründerzentren, die Breitband-

schließung und vieles mehr zeigen, dass wir Bayern flächendeckend entwickeln und unsere Stärken nutzen.

Wir stehen auch zum Autoland Bayern. Da haben wir genügend Bremser in der Opposition, die zwar auf die technisch hochstehenden Fahrzeuge stolz sind, die in Bayern entwickelt und gebaut werden, die aber immer wieder blockieren und bremsen, wenn es darum geht, Möglichkeiten für diese Weiterentwicklungen zu schaffen. Der ländliche Raum und die Landwirtschaft sind eine der Stärken Bayerns. Dazu stehen wir und bauen diese Stärken weiter aus.

Humanität, Integration, Begrenzung – dieser Dreiklang ist von allen Rednern der Opposition kritisiert worden. Dabei ist er genau richtig. Humanität ist ein Markenzeichen Bayerns. Wir sind überall dafür bekannt und werden dafür auch anerkannt. Auch die Bundeskanzlerin und Ministerpräsident Kretschmann haben betont, welche großartigen Leistungen Bayern erbracht hat, um die hohe Zahl an Flüchtlingen im letzten Jahr aufzunehmen und ihnen eine angemessene Unterbringung zu gewährleisten. In den rot-grün regierten Ländern hat das nicht so funktioniert. Das haben auch die Regierungschefs dort zugegeben. Deshalb sollten wir auf die Leistungen stolz sein, die der Staat und die Ehrenamtlichen bei uns erbracht haben.

(Beifall bei der CSU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen von SPD und GRÜNEN, Sie sollten auch einmal zugeben, dass Sie in den vergangenen zwei Jahren einer völligen Fehleinschätzung der Dramatik bei der Flüchtlingsbewegung unterlegen sind, dass Sie blockiert und gebremst haben, dass Sie vernünftige Vorschläge, die vor allem von der CSU kamen, immer wieder hintertrieben haben und dass Sie hier im Landtag – übrigens auch heute – etwas anders reden als noch vor ein oder zwei Jahren. Ihre Fehler gestehen Sie allerdings nicht offen ein. Das würde Ihnen gut anstehen. Ich habe es sehr genau mitverfolgt, welche Änderungen Vizekanzler Gabriel immer wieder herbeizuführen versucht hat. Zum Schluss hat es in der Bemerkung von der "Obergrenze in der Integrationsfähigkeit" gegipfelt. Er hat immer wieder versucht, entgegen seiner eigenen Partei unseren Vorschlägen zuzustimmen.

(Markus Rinderspacher (SPD): Na ja!)

Im November wurde der Familiennachzug für subsidiär Schutzberechtigte ausgesetzt. Auf Druck Ihres linken Flügels hat er dann einen Rückzieher gemacht. Nach den Ereignissen in Köln hat er dem aber wieder zugestimmt. Dann wurde diese Maßnahme wieder

vom linken Flügel verzögert. Schließlich wurde sie umgesetzt.

Seien wir doch einmal ehrlich: Wenn der linke Flügel der SPD und die GRÜNEN nicht so blockiert hätten, wären wir wesentlich schneller zu Ergebnissen gekommen. Dann hätten die Bürger wesentlich schneller gemerkt, dass im Land ein Umsteuern erfolgt und wir darum bemüht sind, die Flüchtlingskrise in den Griff zu bekommen. Dass die CSU dabei der Taktgeber war, mag Ihnen nicht gefallen, aber es ist so.

(Beifall bei der CSU)

Ihre Führungsspitzen in Berlin haben erst zugestimmt – die SPD im Bundestag, die GRÜNEN im Bundesrat –, als es offensichtlich nicht mehr anders ging. Die GRÜNEN blockieren leider nach wie vor eine Regelung, mit der die Maghreb-Staaten zu sicheren Drittstaaten erklärt würden. Ich verstehe es nicht. Werte Kolleginnen von den GRÜNEN, Sie legen doch – wie wir – großen Wert auf die sexuelle Selbstbestimmung der Frau. Ich erinnere an das, was in Köln passiert ist. Sie kennen die Herkunft der Täter; viele von ihnen stammen aus den Maghreb-Staaten.

(Zuruf der Abgeordneten Christine Kamm (GRÜNE))

In diesen Staaten gibt es keinen Bürgerkrieg. Nur sehr wenige Menschen, die aus diesen Staaten zu uns kommen, können Asyl- bzw. Fluchtgründe nachweisen. Es ist höchste Zeit, diese Staaten als sichere Drittstaaten auszuweisen, auch um Frauen aus Ihren Reihen die Ängste zu nehmen. Sie verweigern sich der Einstufung als sichere Drittstaaten, weil Sie ideologisch verblendet sind.

(Beifall bei der CSU)

Etwas überrascht hat uns sicherlich alle die Aussage des Vizekanzlers zu "Obergrenzen". Diese Aussage tätigte er merkwürdigerweise vor zwei Wahlen. Vielleicht war es Taktik, vielleicht war es eigene Erkenntnis. Bis dahin hatte er sich jedenfalls nicht getraut, so etwas zu sagen. Immerhin ist es ein erster Ansatz, der in die richtige Richtung weist.

Ich möchte in diesem Zusammenhang auf eine Bemerkung des Kollegen Rinderspacher eingehen. Er hat bezweifelt, dass wir in der Lage sein werden, die Schulden bis 2030 abzubauen.

(Markus Rinderspacher (SPD): Das schaffen Sie nicht! Wie denn?)

Herr Kollege, welches andere Bundesland hat sich dieses Ziel gesetzt? Wer sonst war so mutig, dieses

Thema überhaupt aufzugreifen? Wer setzt es konsequent um? Und: Wer verschweigt bewusst, dass uns die extreme Belastung durch die Flüchtlingszahlen in vier Jahren neun Milliarden Euro kostet? – Sie! Das entspricht einem Drittel der Altschulden, die wir abbauen wollen. Seien Sie doch einmal so ehrlich und räumen Sie ein, dass es Mittel sind, die wir zur Verfügung hätten, um Schulden zu tilgen.

(Christine Kamm (GRÜNE): Warum lassen Sie die Flüchtlinge nicht arbeiten?)

Sie wissen genau, dass uns diese Sondersituation sehr viel Spielraum genommen hat. Aber wir werden auch diese Sondersituation meistern. Ich hoffe, dass Sie uns beim Länderfinanzausgleich besser unterstützen. Bisher war das nicht der Fall. Wir konnten uns leider nicht auf Sie verlassen, weder auf die SPD noch auf die GRÜNEN.

6 Milliarden Euro für den Länderfinanzausgleich, 2,1 Milliarden Euro für den Umsatzsteuervorgangsausgleich – das ist eine Summe von mehr als 8 Milliarden Euro, die Bayern an andere Länder abgibt. Jedes Jahr 8 Milliarden Euro – eine gewaltige Summe! Ich danke unserem Ministerpräsidenten, dass er insoweit eine deutliche Verbesserung erreicht hat. Ich frage mich allerdings, welchen Beitrag Sie zu diesem Erfolg geleistet haben.

Ich darf Ihnen noch eines sagen, da es Ihnen anscheinend nicht bewusst ist: Die Einnahmen aus der Einkommensteuer, der Körperschaftsteuer und der Umsatzsteuer werden zwischen Bund und Ländern ungefähr fifty-fifty geteilt. Jetzt frage ich Sie: Wenn wir bei der Einkommensteuer, der Körperschaftsteuer und der Umsatzsteuer 8 Milliarden Euro an andere Länder abgeben, wie viel zahlen wir dann auch in den Bundeshaushalt mehr ein als andere Länder? – Ebenfalls mindestens 8 Milliarden Euro. Damit sind wir schon bei 16 Milliarden Euro! Den Gesundheitsfonds, in den die Bürger Bayerns ebenfalls überdurchschnittlich einzahlen, will ich gar nicht ansprechen.

Aus all dem folgt die Erkenntnis: Wir finanzieren nicht nur die anderen Länder, sondern wir finanzieren auch überdurchschnittlich den Bundeshaushalt mit. Gleichzeitig bauen wir Schulden ab. Das ist eine Leistung, für die wir Lob verdient hätten, nicht aber Kritik. Kein anderes Bundesland schafft es so gut wie wir. Die CSU ist wie immer konsequent. Wir werden diesen Weg unbeirrt weitergehen.

Wenn ich den Kollegen Aiwanger höre – er ist leider nicht da –, dann komme ich zu dem Ergebnis, dass er vom Asylrecht nichts verstanden hat. Er fragt, wie die Obergrenze umgesetzt werden soll. Liebe Kolleginnen und Kollegen von den FREIEN WÄHLERN, Sie alle

kennen doch das Asylrecht. Wir sind von sicheren Drittstaaten umgeben. Das heißt, auf dem Landweg dürfte niemand zu uns kommen, es sei denn illegal.

Sie wissen um das Versagen von Schengen. Jedes Land hat das Recht, den Grenzschutz selbst zu übernehmen, solange Schengen nicht funktioniert. Wir wollen das Funktionieren von Schengen. Aber solange es nicht funktioniert, ist es jederzeit möglich, die Grenzen zu schließen und Menschen aus sicheren Drittstaaten zurückzuweisen. Das ist Ihnen bekannt. Nur so ließe sich eine Obergrenze umsetzen.

Wir sind bereit, jedes Jahr 200.000 Menschen aufzunehmen. Das ist eine Größenordnung, an die kein anderes Land in Europa denkt. Von den Vereinigten Staaten will ich gar nicht reden; die Zahl der Menschen, die dort aufgenommen werden, erreicht nur einen niedrigen Prozentsatz in Relation zu den 200.000, die wir aufzunehmen bereit sind. Unsere hohe Hilfsbereitschaft sollten Sie würdigen, nicht aber kritisieren.

(Beifall bei der CSU)

Zuwanderung steuern und begrenzen – das ist das Recht jedes Landes und eine Pflicht im Sinne der eigenen Bürger.

Leitkultur ist ein zutiefst positiv besetzter Begriff. Er beinhaltet all das, was wir in den vergangenen Jahrzehnten, nach den Erfahrungen des Nationalsozialismus und des Zweiten Weltkrieges, hinzugelernt haben, das, was uns positiv prägt. Er enthält all das, was unsere Kultur ausmacht. Ich finde es ehrlich und gerecht gegenüber den Zuwanderern, wenn wir ihnen sagen: Ja, wir verlangen von Zuwanderern, diese Leitkultur zu achten. Wir verlangen, dass sie akzeptieren, dass wir so leben wollen. Wir verlangen von jedem Zuwanderer, dass er sich auf uns einlässt, so, wie ich von jedem, der aus Deutschland ins Ausland geht, erwarte, dass er sich auf die dortige Leitkultur einlässt. Denn auch das muss man festhalten: Leitkultur ist ein Spezifikum jedes Landes. Jedes Land dieser Welt hat das Recht, von Zuwanderern zu verlangen, sich an der Leitkultur zu orientieren.

(Ulrike Gote (GRÜNE): Was ist denn das?)

Das bedeutet nicht, dass sie so leben müssen. Das bedeutet aber, dass sie zu akzeptieren haben, wie wir leben wollen. Die so verstandene Leitkultur prägt unser Land und soll sie weiterhin prägen. Die zutiefst positive Prägung durch die Leitkultur müssen wir weitergeben. Das ist unsere Pflicht gegenüber dem eigenen Volk und gegenüber allen, die zu uns kommen. Ich verstehe nicht, warum gerade SPD und GRÜNE Ressentiments gegen unsere eigene Kultur schüren.

(Lachen bei der SPD und den GRÜNEN)

Stehen Sie doch zu unserer Kultur!

(Beifall bei der CSU)

Herr Kollege Rinderspacher, jüngst haben auch Sie das 70-jährige Bestehen der Bayerischen Verfassung gefeiert. An der Erarbeitung waren Ihre Vorgänger in der SPD nicht unbeteiligt. Man muss zugeben: In unserer Verfassung steht viel Wichtiges und Richtiges. Darauf dürfen Sie zu Recht stolz sein.

Aber die Prägung eines Landes erfolgt nicht nur durch die Verfassung. Die Verfassung ist eine wichtige Grundlage; aber es gibt auch anderes, was das Land prägt. Wir können doch stolz sein auf all das, was unser Land ausmacht. Wir brauchen uns doch nicht zu schämen, wenn wir sagen: Das ist unsere Leitkultur. Sie geht über die Bayerische Verfassung hinaus.

(Beifall bei der CSU)

Meine Damen und Herren von der SPD und den GRÜNEN, Sie haben offensichtlich Probleme mit einem Großteil der Bevölkerung und einem Großteil Ihrer Anhängerschaft. Umfragen sollte man nicht überbewerten; dennoch wird an den Ergebnissen etwas deutlich. Wir haben übrigens nicht zum ersten Mal die Menschen in Bayern, auch gegliedert nach Parteienhängerschaft, gefragt, wie sie zu wichtigen Themen stehen. Im Januar wurden sie gefragt, wie sie zu dem Thema Begrenzung des Flüchtlingsstroms stehen. Jüngst lautete die Frage, wie sie zu dem Begriff Leitkultur stehen. Die Ergebnisse weisen in die gleiche Richtung: Die große Mehrheit – parteiübergreifend! – will, dass sich Zuwanderer an der Leitkultur orientieren.

Wenn Sie von SPD und GRÜNEN ein Problem mit Ihrer Anhängerschaft haben, dann ist das bedauerlich für Sie. Wir haben dieses Problem nicht, weil wir auch in dieser Frage das vertreten, was richtig ist und was von der großen Mehrheit der Menschen gewollt wird.

Übrigens hat sich in der SPD nicht nur Herr Gabriel zur Zuwanderung entsprechend deutlich geäußert. Ich nenne auch Herrn Buschkowsky, der lange Bezirksbürgermeister von Berlin-Neukölln war. Herr Palmer von den GRÜNEN ist Oberbürgermeister von Tübingen. Sie alle bestätigen im Prinzip viele unserer Aussagen. Ich erwähne dies nur, damit deutlich wird, dass es in anderen Bundesländern durchaus vernünftige Vertreter Ihrer jeweiligen politischen Richtungen gibt.

"Bayern soll Bayern bleiben"; ich habe irgendwo gelesen, dass Sie das auf der SPD-Klausurtagung so ge-

sagt haben, Herr Rinderspacher. Dafür, dass Bayern Bayern bleibt, garantiert die CSU.

(Beifall bei der CSU)

Wenn Sie uns dabei unterstützen wollen, dann freut es uns. Ob Ihre Rezepte allerdings die richtigen sind, das wagen wir zu bezweifeln.

Bayern soll so bleiben, wie es in den vergangenen Jahrzehnten war: wirtschaftlich stark, sozial gerecht, sicher im Innern, mit hervorragend ausgebildeten Menschen, zukunftsorientiert und traditionsbewusst, gleichzeitig weltoffen und humanitär. Für all das steht die CSU. Wen wundert es da, dass die Menschen in Bayern auf uns setzen? – Weil wir es besser können!

(Anhaltender Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Vielen Dank, Herr Kollege Zellmeier. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen und dieser Tagesordnungspunkt erledigt.

Meine Damen und Herren, verehrte Kolleginnen und Kollegen, ich bitte Sie, sich von Ihren Plätzen zu erheben.

(Die Anwesenden erheben sich)

Am 9. August verstarb in Bad Kötzing Herr Max Brandl im Alter von 81 Jahren. Er gehörte dem Bayerischen Landtag von 1986 bis 1990 an und vertrat für die SPD den Wahlkreis Oberpfalz. In der bayerischen Volksvertretung konnten die Ausschüsse für Grenzlandfragen sowie für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten auf seine kompetente Mitarbeit zählen. Von 1966 bis 1990 war Max Brandl ehrenamtlicher Erster Bürgermeister seiner Heimatgemeinde Grafenwiesen. Darüber hinaus engagierte er sich in vielen Vereinen und Verbänden. 36 Jahre lang gehörte er dem Kreistag von Cham an. Für seine Verdienste wurden ihm die Ehrenbürgerwürde seiner Heimatgemeinde und das Bundesverdienstkreuz am Bande verliehen.

Der Bayerische Landtag trauert mit seinen Angehörigen und wird dem Verstorbenen ein ehrendes Gedenken bewahren.

Mit tiefer Trauer haben wir auch die Nachricht vom Tode Max Mannheimers aufgenommen, der vor wenigen Tagen im Alter von 96 Jahren verstorben ist. Mit ihm verlieren wir einen großen Mann des Friedens und der Versöhnung. Besonders beeindruckt hat mich, mit welchem Engagement und welcher Wirkung er gerade jungen Menschen gegenüber die Erinnerungskultur, die ihm so wichtig war, gepflegt hat. Noch im vergangenen Jahr hat er im Maximilianeum beim

Holocaust-Gedenktag eine Rede gehalten, die uns alle zutiefst bewegt hat. Max Mannheimer war ein wichtiger Mahner und ein großer Versöhner. Wir haben ihm sehr viel zu verdanken. Der Bayerische Landtag trauert um diese außergewöhnliche Persönlichkeit. –

Sie haben sich zum Gedenken an die Verstorbenen von Ihren Plätzen erhoben. Ich danke Ihnen.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 2 a** auf:

**Gesetzentwurf der Staatsregierung
für ein Bayerisches Krebsregistergesetz
(Drs. 17/12630)
- Erste Lesung -**

Ich erteile das Wort zur Begründung an Frau Staatsministerin Huml. Bitte sehr, Sie haben das Wort.

Staatsministerin Melanie Huml (Gesundheitsministerium): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Krebs ist eine der größten Herausforderungen der Medizin. Wir haben schon deutliche Fortschritte bei der Krebsbekämpfung und bei der Krebsprävention gemacht. Nach wie vor ist es jedoch so, dass nahezu jeder zweite Mann und jede dritte Frau im Laufe des Lebens davon betroffen sind. Um die onkologische Versorgung in Deutschland weiter zu verbessern, haben Bund und Länder den nationalen Krebsplan entwickelt und dabei der Krebsregistrierung besondere Bedeutung beigemessen. Der Bund hat deshalb im Krebsfrüherkennungs- und -registergesetz die Länder verpflichtet, die klinische Krebsregistrierung flächendeckend aufzubauen. Der heutige Entwurf für ein Bayerisches Krebsregistergesetz setzt diese Verpflichtung landesrechtlich um.

Bayern hat den Vorteil, auf etablierte Strukturen zurückgreifen zu können. Wir haben sechs regionale Krebsregister, die flächendeckend Daten zu Krebserkrankungen erfassen. Darauf wollen wir aufbauen. Diese Stellen sollen auch vor Ort erhalten bleiben. Die klinischen Daten werden jedoch bisher nicht vollständig, nicht einheitlich und zum Teil nur mit großer Verzögerung registriert. Wir brauchen an dieser Stelle eine Verbesserung. Wir brauchen vollständige und vergleichbare Datensätze für ganz Bayern. Dafür müssen wir auf der einen Seite die Potenziale in den regionalen Zentren heben und auf der anderen Seite die Daten zusammenführen und vereinheitlichen; denn die Qualität der onkologischen Behandlung lässt sich damit sowohl in den Zentren der onkologischen Versorgung als auch in der Fläche verbessern. Davon bin ich überzeugt. Zum Beispiel sollen die Ärzte die Möglichkeit erhalten, Rückmeldungen zu Einflussfaktoren auf den Erfolg bestimmter Krebsbehandlungen

zu bekommen. Solche Informationen gibt es bisher nicht.

Die Einrichtung von sogenannten Tumorkonferenzen bei den Krebsregistern wird die Behandlungsqualität für Patienten verbessern, indem erstmals flächendeckend in ganz Bayern sektorenübergreifend und interdisziplinär Behandlungsstrategien für Krebspatienten festgelegt werden. Ich weiß, dass es das in einzelnen Bezirken bereits gibt. Um Doppelstrukturen zu vermeiden und Synergieeffekte zu nutzen, wird es künftig ein zentrales klinisch-epidemiologisches Krebsregister am Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit geben. Das LGL ist eine bundesweit anerkannte wissenschaftliche Einrichtung und bietet sich für die Koordinierungsfunktion an. Dadurch müssen wir keine neue Behörde erfinden, sondern gehen auf eine etablierte Behörde zu.

Am Standort Nürnberg des LGL sollen die zentralen Funktionen gebündelt werden. Dazu zählen die landesweite Auswertung, die Kommunikation mit Stellen außerhalb Bayerns und die Verwaltungsaufgaben. Diese Funktionen werden gebündelt und umgesetzt. Dort wird auch eine unabhängige Vertrauensstelle eingerichtet; denn klinische Krebsregistrierung heißt, mit äußerst sensiblen Gesundheitsdaten umzugehen. Wir haben dem Datenschutz auch höchste Priorität eingeräumt. Das ganze Gesetz ist in enger Abstimmung mit den Landesbeauftragten für den Datenschutz entwickelt worden. Man hat versucht, eine ausgewogene Regelung zu finden. Das bedeutet, Krebspatientinnen und Krebspatienten können der Speicherung ihrer Identitätsdaten widersprechen. Betroffene haben ein Auskunftsrecht über die im Register gespeicherten Daten, und alle bundes- und landesrechtlichen Vorgaben zum Datenschutz sind eingehalten.

Was tun wir noch damit? – Wir setzen auch die Heimatstrategie um. Eine technische Krebsregisterdaten- und Servicestelle kommt mit 16 Beschäftigten in den Landkreis Main-Spessart in Unterfranken. Die bisherigen Klinikregister – das habe ich schon erwähnt – bleiben als Regionalzentren des LGL vor Ort erhalten. Ihre Expertise wird voll und ganz einbezogen. Wir wollen diese Expertise auch nutzen. Ich bin über den Aufbau der Expertise in den letzten Jahren sehr dankbar. Für die Beschäftigten ändert sich nur die Zuordnung zu einem neuen Dienstherrn. Die vorgesehene Bündelung beim LGL ist enorm wichtig. Nur durch zentrale Strukturen können die Anforderungen erfüllt werden, an die die gesetzlichen Krankenkassen ihre Finanzierungszusage geknüpft haben. Welche sind das? – Die Unabhängigkeit von Leistungserbringern und die Erfassungsquote von mindestens 90 %. Aber auch die Aufgaben wie die elektronische Meldung,

Datenaustausch, Abrechnungserfassungssysteme und bayernweite Analysen werden gebündelt, um einiges effizienter gestalten zu können.

Alternative Konzepte zur Integration der bestehenden Strukturen haben wir geprüft und dabei festgestellt, dass vieles davon umständlicher, kostspieliger und steuerlich ungünstiger ist. Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Finanzierung der neuen Krebsregister ist bundesweit einheitlich geregelt. Das bedeutet, dass die Krankenkassen 90 % der Kosten in Form der Krebsregisterfallpauschalen tragen. Beihilfestellen und private Krankenkassen werden in die Finanzierung einbezogen. Der Länderanteil beträgt 10 %. Der Freistaat Bayern unterstützt die Krebsregistrierung aus dem dafür vorgesehenen Haushaltstitel. Ärzte und Institutionen erhalten Gebühren für ihre Meldungen an die Krebsregister. Auch diese werden durch die Krankenkassen refinanziert.

Insgesamt ist Folgendes zu sagen: Das Bayerische Krebsregistergesetz wird uns im Kampf gegen die Volkskrankheit Krebs einen großen Schritt weiterbringen. Davon bin ich überzeugt. Lassen Sie uns die Weichen für eine effiziente und effektive Krebsregistrierung stellen, damit die Qualität der Versorgung krebskranker Menschen in Bayern weiter steigen kann.

Ich bitte um die Unterstützung. Ich bitte aber nicht nur um die Unterstützung hier im Hohen Haus, sondern auch um die Unterstützung derjenigen, die vor Ort die Patienten behandeln, auch der Ärzte in den Krankenhäusern, weil wir darauf angewiesen sind, dass wir eine gute Registrierung haben. Ich bitte auch um Unterstützung der bisherigen Krebsregisterstellen. Nur dann, wenn alle zusammen helfen, kann die Umsetzung wirklich gelingen.

(Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Vielen Dank, Frau Staatsministerin. – Damit eröffne ich die Aussprache. Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt nach der Geschäftsordnung 24 Minuten. Die Verteilung darf ich als bekannt voraussetzen. – Ich erteile jetzt Frau Kollegin Sonnenholzner das Wort. Bitte schön.

Kathrin Sonnenholzner (SPD): Her Präsident, Kollegen und Kolleginnen! Die Ministerin hat zu Recht und richtig auf das große Problem der Krankheit Krebs und auch auf die Verbesserungen, die in den letzten Jahrzehnten erzielt werden konnten, hingewiesen. Es gibt Krebsarten, bei denen inzwischen eine annähernd 100-prozentige Heilung erreicht werden kann. Das ist unter anderem auf die schon existierende Krebsregistrierung auch in Bayern zurückzuführen.

Wir müssen uns über die Bedeutung der Krebsregistrierung, aber auch die Bedeutung der damit verbundenen Versorgungsforschung überhaupt nicht unterhalten und schon gar nicht darüber streiten; denn Frau Ministerin, die Registrierung allein macht noch keinen medizinischen Fortschritt. Man muss mit den Daten entsprechend arbeiten und forschen, um die richtigen Konsequenzen daraus ziehen zu können.

Die Notwendigkeit der jetzt vorliegenden Regelung ergibt sich aus dem Bundesgesetz. Das ist auch bekannt. Aber der Gesetzentwurf, den die Staatsregierung hier vorgelegt hat, wirft nun tatsächlich drängende Fragen auf, und zu keinem einzigen der Vorwürfe, die nicht nur von uns in der Opposition, sondern auch von eigentlich allen an diesem Geschehen Beteiligten aufgeworfen worden sind, haben Sie hier Stellung genommen, Frau Ministerin.

Wir hatten das Thema schon im Ausschuss behandelt, wo der Datenschutzbeauftragte noch Bedenken geäußert hat, und zwar erhebliche Bedenken. Wir haben diesen Montag im Landesgesundheitsrat das Thema diskutiert, und da haben sich tatsächlich Abgründe aufgetan. Herr Dr. Petri hat wieder gewichtige Bedenken geäußert, was das Widerspruchsrecht angeht, von dem er sagt, es sei bisher nicht effektiv. Er hat auch gesagt – das verbindet ihn mit den Vertretern der Krankenkassen –, dass dieser Gesetzestext nicht klar und transparent genug sei. Herr Dr. Huber, Sie müssen das jetzt aushalten, aber gemeint ist Ihr Chef, der selbsternannte Erfahrungsjurist und Ministerpräsident. Einer der Gründe dafür, dass dieses Gesetz nicht transparent ist, besteht in der Paragrafenbremse, die verhindert, dass dieses Gesetz so ausführlich sein kann, wie es sein muss, damit die Beteiligten die Sicherheit haben, dass ihre Arbeit wie bisher fortgesetzt werden kann. – Da brauchen Sie gar nicht zu lachen, Kollegen in der CSU-Fraktion. Wir sind nämlich hier der Gesetzgeber, und es ist wahrlich nicht lustig, wenn ein Ministerpräsident sich hinstellt und eine idiotische Paragrafenbremse verkündet, die verhindert, dass für krebserkrankte Menschen ein vernünftiges Gesetz im Freistaat Bayern gemacht werden kann.

(Beifall bei der SPD, den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

Einer der weiteren Knackpunkte ist, dass die Daten beim Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit, nämlich einer landesunmittelbaren Behörde, gesammelt werden. Ich betone das an dieser Stelle, weil ich das Gefühl habe, dass das auch bei Herrn Dr. Zapf nicht so angekommen ist. Ich glaube, kein Mensch von denen, die sich gegen diese Lösung sträuben, zweifelt die Kompetenz des LGL an. Die

Frage ist nur: Sind diese sensiblen Daten aus Sicht des Patienten an einer Landesbehörde gut aufgehoben? Oder sollte man Lösungen finden, wie sie andere Bundesländer gewählt haben, die das Register zum Beispiel rechtskonform an die Ärztekammern, an gemeinnützige Gesellschaften oder an andere Stellen andocken, aber nicht überwiegend unmittelbar an ein Ministerium oder eine Landesbehörde? Ich glaube, dass es schon sehr wichtig ist, was man an dieser Stelle den Patienten vermittelt.

Von Ärzteseite wird – das meine ich als Ärztin zu Recht – die Meldepflicht moniert. Jetzt weiß ich, dass die im Bundesgesetz steht. In den bayerischen Registern haben wir insgesamt über 90 % Meldungen und die gesetzgeberischen Vorgaben aus Berlin werden durchaus erfüllt. Daher glaube ich nach wie vor sehr wohl, dass sich die Patienten zu einer Speicherung ihrer Daten bereit erklären, wenn ihnen der Arzt erläutert, warum es wichtig und richtig ist.

Zukünftig müssen die Ärzte aber nicht sagen, er bitte sie, das zu tun, weil es aus den und den Gründen für Sie wichtig ist, sondern er muss ihnen sagen: Erstens, Sie haben Krebs, und zweitens muss ich ihre Daten melden, weil das so im Gesetz steht. –

Das ist ein massiver Eingriff in das Arzt-Patienten-Verhältnis und in die ärztliche Schweigepflicht, den man – finde ich – so nicht hinnehmen darf.

(Beifall bei der SPD)

Frau Ministerin, Sie haben gerade gesagt, es wird ein Register am LGL geben. Das wird es nur dann geben, wenn dieses Hohe Haus dem so zustimmt. Wir haben beschlossen, am 8. November eine Anhörung zu dem Gesetzentwurf durchzuführen. Ich kann nur hoffen, dass auch Ihre Fraktion bereit sein wird, deutliche Änderungen an diesem Gesetz anzubringen; denn wenn der Datenschutzbeauftragte uns im Ausschuss sagt, dieses Gesetz könne nur gut werden, wenn die entsprechenden Verordnungen gut seien, dann werden Sie es uns nicht verübeln, dass wir als Abgeordnete einem Gesetz nicht zustimmen können, das von einer Verordnung abhängig ist, auf die wir null Komma null Einfluss haben. Das werden wir als SPD-Fraktion nicht tun. Aber ich bin zuversichtlich, dass wir es in der Anhörung mit der entsprechenden Expertise der geladenen Expertinnen und Experten noch schaffen, das Gesetz auf einen anderen und guten Weg zu bringen.

(Beifall bei der SPD)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Vielen Dank, Frau Kollegin Sonnenholzner. – Der nächste Redner ist Kollege Seidenath für die CSU. Bitte sehr.

Bernhard Seidenath (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir befassen uns heute in Erster Lesung mit dem Gesetzentwurf der Staatsregierung für ein Bayerisches Krebsregistergesetz. Das große Ziel dieses Gesetzes ist es, die Versorgung der krebserkrankten Patientinnen und Patienten in Bayern weiter zu verbessern.

Der Mensch steht im Mittelpunkt, der kranke Mensch, aber auch der noch gesunde Mensch, der Gefahr läuft, an Krebs zu erkranken. Das ist der Grund, warum Krankenkassen und auch der Staat so viel Geld in die Hand nehmen. Es sind rund 11,5 Millionen Euro pro Jahr. Das ist der Grund, warum wir eine zusätzliche Einrichtung in Gemüden am Main schaffen. Das ist auch der Grund, warum insgesamt 131 Vollzeitstellen für diese Aufgabe geschaffen werden und zur Verfügung stehen.

Meine Damen und Herren, die Fakten belegen, dass das auch nötig ist. Krebs ist die zweithäufigste Todesursache. Jeder zweite Mann und jede dritte Frau sind im Laufe ihres Lebens von einer Krebserkrankung betroffen. Deshalb lohnen sich hier alle Anstrengungen, und deshalb ist es eine gute Nachricht, die vom heutigen Tag ausgeht. Wir wollen und wir werden die Versorgung der krebserkrankten Patientinnen und Patienten in Bayern weiter verbessern. Dafür steht dieses Bayerische Krebsregistergesetz.

Schon bisher – wir haben es gehört – gibt es in Bayern Krebsregister, sechs an der Zahl, in München, in Augsburg, in Regensburg, in Erlangen, in Bayreuth und in Würzburg. Das sind bisher Register, die wohnortbezogen das Auftreten von Krebserkrankungen speichern, also epidemiologische Register. Wohnort und Art der Krebserkrankungen werden gespeichert.

Die neue Komponente ist nun, dass auch die Behandlungen, dass auch die angewandten Therapien gespeichert werden. Es kommt also eine behandlungsbezogene, eine klinische Komponente dazu, und das alles flächendeckend. Deshalb wird das künftige bayerische Krebsregister ein epidemiologisches und ein klinisches sein. Es wird einen guten Überblick geben, nicht nur über die Örtlichkeit, wo der Krebs auftritt und welche Krebsart auftritt, sondern auch darüber, welche Therapie wie anschlägt. Zudem wird die Datenbasis breiter, da die Daten aller sechs bestehenden Register zusammengeführt werden. Das wird vor allem für seltene Krebsarten Erkenntnisgewinne bringen; denn das ist das Ziel des Gesetzes, das sind

die Chancen, die sich mit diesem neuen Gesetz verbinden. Wir wollen diese Chancen auch für die Bürgerinnen und Bürger, für die Betroffenen und ihre Familien umsetzen.

Das will auch das Krebsfrüherkennungs- und -registergesetz des Bundes. Es ist am 9. April 2013 in Kraft getreten und wird jetzt durch das neue Gesetz, das wir in Erster Lesung beraten, ausgeführt. Die darin enthaltenen Punkte müssen bis Ende 2017 umgesetzt sein.

Nun gibt es, meine Damen und Herren, bei diesem Unterfangen den einen oder anderen Fallstrick. Da ist zum einen die Kritik, dass die Nutzbarkeit der bisherigen sechs epidemiologischen Krebsregister eingeschränkt und dass deshalb die Versorgungsqualität leiden werde. Diese Kritik kommt gerade aus dem Bereich des Tumorregisters München.

Dazu kann ich nur sagen: Wir schätzen die Arbeit der bisherigen sechs Register ungemein. Dort wird eine großartige Leistung erbracht. Wir wären ja dumm, würden wir die Versorgungsqualität verschlechtern. Alles Positive, was bisher für die Menschen durch diese Krebsregisterdaten bewirkt werden konnte, soll auch weiter bewirkt werden können, und sogar noch mehr; denn es kommen ja Vergleichsdaten aus anderen Regionen Bayerns dazu.

Fakt ist, dass die bisherigen Krebsregister nicht immer eine saubere Basis zur Nutzung der von ihnen gesammelten Daten hatten und haben. Das wird sich durch das neue Gesetz ändern, weshalb natürlich auch die bisherigen Register vom neuen Bayerischen Krebsregistergesetz profitieren. Deshalb werden wir großen Wert darauf legen, dass die Altdaten der bisherigen sechs Register weiter genutzt werden können und ein behandlungsbezogener Datenabruf auch weiterhin möglich ist.

Zum anderen – Frau Sonnenholzner hat es angesprochen – lautet die mit diesen Fragen eng zusammenhängende Kritik, der Datenschutz werde nicht ernst genommen. Wir haben uns mit dem Datenschutzbeauftragten der Staatsregierung, mit Herrn Professor Petri, intensiv ausgetauscht, auch im Landesgesundheitsrat am Montag, und wir stehen auch weiterhin mit ihm in Kontakt.

Das Krebsregistergesetz ist über seine Meldepflicht in der Tat ein Grundrechtseingriff, sogar ein erheblicher. Das darin enthaltene Widerspruchsrecht dämpft diesen Eingriff zwar ein bisschen, aber der Eingriff bleibt und kann nur durch die Aussicht gerechtfertigt werden, dass auf diese Weise andere Grundrechte, die auf Leben und Gesundheit, besser geschützt werden. Hierfür müssen aber Anforderungen eingehalten wer-

den, die Normen müssen klar und bestimmt formuliert sein. In den Beratungen, die wir jetzt im Parlament folgen lassen werden, werden wir vor allem auch darauf ein Augenmerk zu richten haben, ob die Normen von ihrer Klarheit und ihrer Bestimmtheit her optimal ausgestaltet sind oder ob hier gegebenenfalls Ergänzungsbedarf besteht.

Dies sind Fragen, die bei der Anhörung am 8. November im Ausschuss näher beleuchtet werden müssen. Meine Damen und Herren, wir sehen deshalb den Ausschussberatungen mit Freude und Spannung entgegen.

Lassen Sie mich aber an dieser Stelle den Blick noch einmal weiten. Der Vergleich von Daten über häufige Erkrankungen kann dazu beitragen, dass Krankheiten besser verstanden werden, dass die Versorgung verbessert wird, dass vielleicht sogar gute Wege für eine Prävention gefunden werden, damit diese Krankheiten erst gar nicht ausbrechen können. Neben onkologischen Erkrankungen, die beim Krebsregister im Mittelpunkt stehen, gibt es weitere Diagnosen und Erkrankungen, von deren Sammlung und Vergleich ein enormer Nutzen für die Bürgerinnen und Bürger ausgehen würde. Deshalb könnte es in einem bayerischen Gesundheitsdatenzentrum, das von uns vorgeschlagen wird, ein erweitertes Gesundheits- und Versorgungsmonitoring geben, das mit streng anonymisierten Daten, also mit hoch geschützten Daten arbeitet, aber wichtige Ergebnisse bringt.

Ein solches Vorgehen ist umso wichtiger, je häufiger die Krankheit auftritt und je unbekannter ihre Ursachen sind. Wir denken deshalb insbesondere an das Thema Demenz. Das betrifft eine ständig steigende Anzahl von Menschen in unserem Land. Inzwischen sind es bereits 220.000.

Auch deshalb sind wir interessiert daran, dass das Bayerische Krebsregister – es kann, wenn Sie so wollen, ein Nukleus dieses bayerischen Gesundheitsdatenzentrums sein – ein Erfolgsmodell wird, dass es funktioniert und dass es belegt, dass doch der Staat am besten mit so sensiblen Vital- und Krankheitsdaten umgehen kann und eben nicht Apple und nicht Google oder andere Softwarefirmen. Auch aus diesem größeren Zusammenhang heraus freuen wir uns auf die Beratungen im Ausschuss. – Ich danke Ihnen sehr herzlich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Danke schön. – Die nächste Wortmeldung: Kollege Dr. Vetter für die FREIEN WÄHLER. Bitte sehr.

Dr. Karl Vetter (FREIE WÄHLER): Herr Präsident, Frau Ministerin, Kolleginnen und Kollegen! Wenn du den Sumpf trockenlegen willst, darfst du nicht mit den Fröschen sprechen.

(Staatssekretär Franz Josef Pschierer: Das ist ein Zitat!)

– Ein altes, ein berühmtes Zitat.

(Thomas Gehring (GRÜNE): Ein berüchtigtes Zitat! – Kathrin Sonnenholzner (SPD): Das mögen die Kollegen aber nicht, wenn Sie sie als Frösche bezeichnen!)

Ich habe das Gefühl, dass die Bayerische Staatsregierung in dem Fall genau das verfolgt und in die Tat umgesetzt hat.

(Zuruf der Abgeordneten Kathrin Sonnenholzner (SPD))

– Nein, nein. Der Sumpf, Frau Sonnenholzner, ist eben kein Sumpf, sondern das sind die sechs bestehenden bayerischen Krebsregister, und die Frösche sind Menschen, die dort arbeiten.

Dazu, warum ich das sage, eine zweite Vorbemerkung. Jedes Gesetz muss den Menschen dienen. In diesem Fall, beim Krebsregistergesetz, gibt es halt gewisse Besonderheiten. Hiervon ist ein sensibler Bereich betroffen. Es geht um Patienten, Männer, Frauen, Kinder, Krebskranke, die Angehörigen mit Ängsten, mit Verunsicherungen. Ärzte gehören dazu, Psychologen, Physiologen, Physiotherapeuten. Oft sind jahrelange, ja jahrzehntelange komplexe Behandlungen erforderlich. Diese komplexen Behandlungen haben in Bayern dank der sechs Standorte unserer regionalen Krebsregisterzentren bestens funktioniert.

Dass jetzt ein neues Gesetz kommen muss, ist klar, und keiner der Beteiligten lehnt es ab. Aber – jetzt komme ich noch einmal zu dem Sumpf und zu den Fröschen – ich kritisiere, Frau Ministerin, dass dieses Gesetz, das uns heute vorgelegt wird, ohne Einbeziehung dieser Experten, ohne die Ärzte, die Leistungserbringer, die Patienten hinter verschlossenen Türen zustande gekommen ist und daraufhin natürlich harsche Kritik von der Kassenärztlichen Vereinigung, von der Landesärztekammer, zumindest von fünf Registern in Bayern, von Patientenverbänden, geerntet hat. Wenn Sie am Montag im Landesgesundheitsrat dabei gewesen wären, hätten Sie – auch mir haben die Ohren geklingelt – massivste Kritik der Beteiligten gehört – noch einmal –, nicht daran, dass dieses Gesetz jetzt kommt bzw. umgesetzt werden muss, son-

den an der Art und Weise, wie es jetzt kommen soll und hoffentlich nicht kommen wird.

Die Expertise derer, die etwas davon verstehen, müsste auch jetzt noch eingeholt werden. Bei den Beratungen in den Ausschüssen und bei der Anhörung haben wir ja noch die Zeit dazu. Es geht um die Expertise derer, die in der Praxis mit onkologischen Patienten zu tun haben. Das sind halt nicht nur – entschuldigen Sie bitte – die Ministerialbürokratie und das LGL.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Ich zitiere einfach zwei Aussagen vom Montag: Professor Engel, die das Tumorzentrum in München hervorragend organisiert, spricht von einer massiven Verschlechterung der Datenqualität, und Herr Professor Petri, der Datenschutzbeauftragte, sagt, das, was wir haben, sei eine Notlösung; das Gesetz könnte effektiver ausgestaltet werden. Er spricht von erheblichen verfassungsrechtlichen Bedenken, Kolleginnen und Kollegen. Er spricht davon, dass der Gesetzestext an einigen zentralen Punkten – nicht irgendwo, sondern an einigen zentralen Punkten – nicht verständlich und unklar ist.

Darum unser Fazit heute: Mit uns FREIEN WÄHLERN wird dieses Gesetz, so wie es jetzt vorgelegt ist, nicht durchgehen. Wir werden ihm nicht zustimmen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Noch einmal: Ein Krebsregister alleine heilt keine Patienten. Es sind noch erhebliche Fragen bezüglich des Datenschutzes und der Schweigepflicht offen. Und ich weiß nicht: Werden die Daten bei der Bayerischen Staatsregierung oder beim LGL verwaltet, und Google und andere große IT-Mitbewerber haben dann keinen Zugriff? – Ich höre das gern, aber mir fehlt der Glaube. Das sollte so sein. Wir werden diesen Zustand irgendwann einmal erreichen. Mit diesen Daten werden aber auch unheimliche Begehrlichkeiten geweckt. Daran müssen wir denken. Wir müssen die Bedenken von Herrn Professor Dr. Petri zerstreuen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, das Ziel muss sein, eine Verbesserung der Patientenversorgung zu erreichen, und nicht, Daten zu sammeln.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Ich hoffe jetzt auf die Beratungen in den Ausschüssen und auf die Anhörung, die wir zeitnah durchführen werden. Würden wir jetzt versuchen, dieses Vorhaben durchzudrücken, würden diejenigen, die täglich am Patienten arbeiten, demotiviert. Das können wir uns nicht leisten. Dies wäre ein Schaden für unsere krebserkrankten Menschen. Ich glaube deshalb, dass wir in

den gemeinsamen Beratungen noch einige Verbesserungen erreichen können.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Danke schön, Herr Dr. Vetter. – Für das BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN spricht jetzt Herr Kollege Leiner. Bitte sehr.

Ulrich Leiner (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ja, Bayern ist wie alle anderen Bundesländer verpflichtet, ein flächendeckendes Krebsregister zu führen. Wenn man die Gesetzesvorlage der Bayerischen Staatsregierung liest, klingen im ersten Augenblick alle Maßnahmen und alle Vorhaben schlüssig und durchführbar. Das Krebsregister soll auf vorhandenen Strukturen aufbauen. Mit dem Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit steht auch schon eine Landesbehörde bereit. Wesentlich hierbei ist die Angleichung der Daten im gesamten Bundesgebiet. Dabei ist es von großem Vorteil, dass die Daten über gleiche EDV-Systeme laufen und diese Daten vom Inhalt und von der Menge her vergleichbar sind.

Ein solches Register macht bundesweit nur Sinn, wenn die Erfassung der Daten sowohl zu klinisch als auch zu epidemiologisch verwertbaren Aussagen führt. Das heißt zum Beispiel, dass lokale Schwerpunkte von Krebserkrankungen herausgefiltert werden können oder die klinische Behandlung vergleichbar gemacht wird. Eine reine Datensammlung, die keinerlei Grundlagen für Forschung und medizinische Behandlung bringt, ist sinnlos.

Bei diesem Bundeskrebsregister besteht nun die große Gefahr, dass wir dieses Krebsregister bedienen, und dass es keine wirksamen Vorteile für die erkrankten Menschen bringt. Allein die Menge der Daten, die hier zusammenkommen wird, wird ein großes Problem für die Verwertbarkeit darstellen.

Die Finanzierung einer bundeseinheitlichen Registrierung wäre geregelt: 90 % der Kosten würden die Kassen und die Deutsche Krebsforschung und 10 % der Kosten die Länder tragen. Der Gesetzesvorlage ist zu entnehmen, dass auf den bayerischen Staat angeblich keine zusätzlichen Kosten zukommen, obwohl wir gehört haben, dass mindestens 132 Stellen notwendig sind, um diese Gesetzesvorlage in Bayern umzusetzen. Mit Sicherheit werden auch noch eine Menge Sachkosten entstehen. Verstehen Sie mich bitte nicht falsch: Ich möchte jetzt im Zusammenhang mit dem Krebsregister nicht über das Geld reden. Ich möchte aber sagen, dass wir eine funktionierende und anerkannte Struktur haben und dieser Struktur eine Struktur überstülpen würden, die uns eine Menge Geld

kosten und zu zusätzlichem Bürokratismus führen würde.

(Beifall bei den GRÜNEN)

In diesem Zusammenhang würde mich interessieren, wie viele Ärzte und wissenschaftliche Mitarbeiter, die am Krebsregister mitwirken, bei einer Umsetzung dieser Gesetzesvorlage unter das Dach des LGL wechseln würden. Ich kann mir das in dieser Form nicht vorstellen; denn dies würde zu einem erheblichen Kompetenzverlust führen. Wir brauchen die Leute vor Ort.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wenn wir uns die Gesamtsituation der Krebsregistrierung in Bayern ansehen, sehen wir deutliche Schwächen und Ungereimtheiten in dieser Gesetzesvorlage. Für mich ist einer der wesentlichen Knackpunkte die Meldepflicht, die schon genannt wurde. Der Arzt ist gesetzlich verpflichtet, zu melden. Er muss das seinem Patienten mitteilen. Ich möchte nicht, dass bestimmte klinische Daten in falsche Hände geraten. Deswegen führt allein die Meldepflicht in dieser Form schon zu einem Vertrauensverlust.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir haben in Bayern sechs funktionierende Krebsregister, denen international ein hoher Standard und eine hohe Wirksamkeit bescheinigt wird. Internationale Institute bezweifeln, dass ein deutsches Krebsregister oder ein Zusammenführen der Krebsregister genauso wirksam wäre wie unser Bayerisches Krebsregister. Ich frage mich, warum unsere bayerische Art der Registrierung mit dem Krebsfrüherkennungs- und -registergesetz des Bundes vereinbar ist und ob diese Frage ausreichend untersucht wurde. Das wäre eine wichtige Hausaufgabe.

Ein weiterer Knackpunkt liegt in dem Umstand, dass in der Gesetzesvorlage eine wesentliche Regelung fehlt, nämlich eine gesetzliche Regelung der Datensicherheit für die Patientinnen und für die Patienten. Es kann nicht sein, dass wir im Gesundheitsausschuss des Bayerischen Landtags auf diese Frage keine befriedigende Antwort bekommen und darauf verwiesen wird, die Anonymisierung der Daten würde dann schon in einer uns noch nicht vorliegenden Verordnung geregelt. So geht es nicht. Wir müssen wissen, was in diesem Gesetz steht.

Noch einmal: Das Entscheidende an einem Bayerischen Krebsregister ist, dass die erkrankten Menschen wesentliche Vorteile daraus ziehen und ihnen besser geholfen werden kann. Wir können nur einem Gesetz zustimmen, das dies sicher gewährleistet. Ich

bin auf unsere Anhörung im Ausschuss gespannt. Frau Ministerin, wir haben heute versucht, die Experten festzulegen. Unser größtes Problem war, Befürworter für dieses Krebsregister zu finden.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Danke schön, Herr Kollege Leiner. – Damit ist die Aussprache geschlossen. Ich schlage vor, den Gesetzentwurf dem Ausschuss für Gesundheit und Pflege als federführendem Ausschuss zu überweisen. Besteht damit Einverständnis? – Dann ist das so beschlossen.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 2 b** auf:

Gesetzentwurf der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Ulrike Gote u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) zur Änderung des Bestattungsgesetzes (Drs. 17/12957)

- Erste Lesung -

Der Gesetzentwurf wird vonseiten der Antragsteller begründet. Begründung und Aussprache werden miteinander verbunden. Damit hat die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN insgesamt zehn Minuten Redezeit. Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt nach der Geschäftsordnung 24 Minuten. Die Verteilung der Redezeit auf die restlichen Fraktionen darf ich, glaube ich, als bekannt voraussetzen. – Ich erteile jetzt Frau Kollegin Gote das Wort. Bitte schön.

Ulrike Gote (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Dem alten Perikles, unserem Kollegen aus der Antike, 5. Jahrhundert vor Christus, wird folgendes Zitat zugeschrieben: "Ein Volk wird so beurteilt, wie es seine Toten bestattet." Heute könnten wir zugespitzt sagen: Der Tod formt die Kultur. Dafür gibt es viele Belege. Denken Sie nur an das, was wir kunsthistorisch bei den Besuchen von Grabesstätten und Friedhöfen gelernt haben.

Vieles von dem, was wir heute über Kultur, Lebensweise, Religion und Weltanschauung unserer Vorfahren wissen, wissen wir, weil wir uns mit ihren Bestattungskulturen beschäftigt haben. Die Bestattungskultur eines Volkes sagt viel über die Verfasstheit der Gesellschaft, über Soziologie, Kultur, die Stellung und die Selbstwahrnehmung des Individuums in einer Gesellschaft, über Religionen, Weltanschauungen und Lebensentwürfe aus. Die Menschen wollen sich auch im Tod wiederfinden. Das war schon früher so, und das ist auch heute noch so. Das Lebensende soll in gewisser Weise dem Leben entsprechen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

In homogenen Gesellschaften finden wir auch eine homogene Bestattungskultur. Sobald sich aber Gesellschaften entwickelt haben und pluralistischer geworden sind, sobald sich die Menschen emanzipiert haben und sich mehr und mehr ihrer Individualität bewusst geworden sind und diese auch ausgelebt haben, also spätestens seit der Aufklärung, hat sich die Bestattungskultur verändert. Ein interessantes Feld ist deshalb auch die Friedhofssoziologie. Dieses Feld wird auch von bayerischen Wissenschaftlern beackert, nämlich von Herrn Benkel, Universität Passau, und seinem Kollegen Meitzler, Universität Duisburg-Essen. Diese Schriften kann ich Ihnen nur empfehlen. Es gibt auch schöne Bildbände über den Wandel der Grabsteine, der Grabmale, der Erinnerungskulturen usw.

Die Friedhofssoziologie stellt fest, dass die Bestattungskultur immer auch eine Geschichte des Widerstreits zwischen Religionen ist. Das ist klar; denn in der vorchristlichen Zeit wurden die Leichen verbrannt. Das hat man bei christlicher Religionszugehörigkeit nicht mehr getan. Dann gab es die ersten Friedhöfe rund um die Kirchen, die aber nicht für alle Menschen, sondern nur für die Eliten gedacht waren. Schließlich hat man Friedhöfe außerhalb der Städte gebaut, wobei sich auch die soziologische und soziale Struktur verändert hat. Die Friedhofs- und Bestattungskultur hat also immer auch eine historische Dimension. Sie war und ist immer im Wandel.

Zurzeit erleben wir eine regelrechte Friedhofsflucht. Hierzu gibt es viele Untersuchungen, sowohl von der Wissenschaft, als auch von den Bestattern, denen es natürlich ein Anliegen ist, dass ihr Geschäft nicht kaputtgeht. Viele von Ihnen, die in der Kommunalpolitik tätig sind, werden aber auch feststellen, dass die Kommunen ihre Friedhofsgebühren erhöhen müssen – in meiner Heimatstadt Bayreuth wurde jüngst ein entsprechender Beschluss gefasst –, weil die Nachfrage nach Gräbern zurückgeht und immer mehr Menschen günstigere oder ökonomischere Alternativen wählen, Stichwort Urnenbeisetzung usw. Viele Menschen suchen alternative Bestattungsformen und wollen in der Natur, etwa in Wäldern, bestattet werden. Viele Menschen wollen eine Seebestattung oder Luftbestattung. Darüber haben wir hier bereits einmal diskutiert. Treibende Kräfte sind ein sozialer Wandel, zum Teil aber auch pragmatische und ökonomische Überlegungen sowie eine Individualisierung von Sinnkonstruktionen, ganz individuelle religiöse Vorstellungen und individuelle Formen von Erinnerungskulturen.

Das deutsche Bestattungsrecht ist jenseits verschiedener Reformen in verschiedenen Bundesländern sehr, sehr restriktiv gefasst. Es lässt wenig Individualismus zu. Das Bayerische Bestattungsgesetz ist ganz

besonders restriktiv, weil Sie, Kolleginnen und Kollegen von der CSU, sich seit vielen Jahren jeglichen Reformen verweigern. So kann es nicht weitergehen. Deshalb haben wir heute einen Gesetzentwurf mit sehr, sehr moderaten Reformen vorgelegt. Unsere Vorschläge zielen auf eine stärkere Berücksichtigung anderer Religionen als der christlichen Religion ab. Ich nenne hier die jüdische und die islamische Religion.

Wir schlagen in unserem Gesetzentwurf die folgenden vier Punkte vor: Wir fordern, dass die Gemeinden auf ihren Friedhöfen Räume für rituelle Leichenwaschungen zur Verfügung stellen, dass es Möglichkeiten für unbefristete Ruhezeiten gibt, welches sowohl für Juden als auch für Muslime sehr wichtig ist, dass kein frühestmöglicher Bestattungszeitpunkt mehr festgelegt wird – das ist für die muslimischen Menschen sehr wichtig – und dass die Sargpflicht endlich aufgehoben wird. Das wäre ein sehr moderater Einstieg in eine sinnvolle Modernisierung des Bestattungsgesetzes.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Warum wollen wir das? – Wir wollen ein Signal setzen, dass der Gesetzgeber für den kulturellen Wandel in der Gesellschaft sensibel ist und den Bedürfnissen der Bürgerinnen und Bürger Rechnung trägt. Wir wollen für die große und wachsende Gruppe der Muslime ein Signal setzen, dass auch sie bei uns Heimat finden und dazugehören; denn Heimat ist auch da, wo man sich bestatten lassen will. Leider ist es heute immer noch so, dass sich immer noch viele Menschen türkischer Herkunft in der zweiten und dritten Generation zur Bestattung in die Türkei zurückfliegen lassen, weil sie hier nicht die richtigen Möglichkeiten finden, um sich nach ihren Glauben bestatten zu lassen. Daher ist die ewige Toten- und Grabesruhe ein sehr wichtiges Stichwort.

Der Gesetzentwurf soll aber auch für die große und wachsende Gruppe der religions- und bekenntnisfreien Menschen ein Signal sein, dass auch deren Bedürfnis nach individualisierten Formen der Bestattung gesehen wird, auch wenn hierzu noch weitergehende Reformen nötig wären.

Unser Gesetzentwurf ist konsensfähig. Ich erinnere an unsere Anhörung im letzten Jahr, wobei sich zehn von elf Expertinnen und Experten genau für die von uns heute vorgelegten Reformvorschläge aussprachen. Viele andere Bundesländer haben sich längst auf den Weg zu einer solchen Reform gemacht. Nur noch Bayern, Berlin, Sachsen und Sachsen-Anhalt, also nur noch vier Bundesländer, halten an der Sargpflicht fest.

Was wünschen sich die Menschen? Ich zitiere Ihnen aus einer aktuellen Umfrage von Aeternitas e.V., der Verbraucherinitiative Bestattungskultur. Diese Verbraucherinitiative hat gefragt: Welche Form der Bestattung würden sie sich wünschen, ungeachtet aller gesetzlichen Vorschriften? Die Umfrage ergab folgendes Ergebnis: Nur 24 % der Befragten wünschen sich ein übliches Sarggrab auf einem Friedhof. 90 % würden ein Urnengrab auf einem Friedhof wählen. Alle anderen Befragten haben eine ganz andere Vorstellung; denn in absteigender Häufigkeit wurde eine pflegefreie Beisetzungsform außerhalb eines Friedhofs, eine pflegefreie Beisetzungsform auf einem Friedhof, eine Seebestattung, eine anonyme Bestattung, eine Urne zu Hause oder im Garten gewählt. Nur 5 % der Befragten hatten keine Vorstellung ihrer Bestattung. Das Umfrageergebnis zeigt: Für die Menschen ist die Bestattungsform eine wichtige Frage. Die Menschen wissen, was sie wollen. Mehr als die Hälfte der Menschen wünscht sich etwas anderes, als wir ihnen heute anbieten.

Sehen Sie, wie weit unser Bestattungsrecht von den Empfindungen und Vorstellungen der Menschen entfernt ist? – Das ist ein unhaltbarer Zustand. Unser bayerisches Recht spiegelt hier die kulturellen Realitäten in unserer Gesellschaft längst nicht mehr wider. Die Menschen werden ihren Weg finden, wenn wir nichts tun. Wir wissen bereits heute, dass die gesetzlichen Regelungen vielfach umgangen werden. Das Bedürfnis der Menschen ist so stark, dass sie für ungesetzliche oder nebengesetzliche Regelungen kreativ werden. Bereits jetzt gibt es an den Grenzen Bayerns zu Baden-Württemberg einen Begräbnistourismus. Sie können die Bestatter fragen; diese werden es bestätigen.

Geben Sie sich endlich einen Ruck und springen Sie über Ihren Schatten. Nehmen Sie die Bürgerinnen und Bürger mit ihren Bedürfnissen nach individualisierten Bestattungsformen ernst. Das Bayerische Bestattungsgesetz ist von der Lebenswirklichkeit der Menschen meilenweit entfernt. Die kulturelle Emanzipation der Gesellschaft ist viel, viel weiter, als Sie es sind. Machen Sie sich mit uns auf den Weg, um den kulturellen Abstand zwischen Gesetzgeber und Volk in diesem Punkt zu verringern.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Danke schön, Frau Kollegin Gote. – Die nächste Wortmeldung kommt vom Kollegen Freiherr von Lerchenfeld, CSU. Bitte schön.

Ludwig Freiherr von Lerchenfeld (CSU): Herr Präsident, Hohes Haus! Zum wiederholten Male stellt

heute die Opposition – sprich die GRÜNEN – einen Antrag zur Änderung des Bestattungsgesetzes. Dieses Thema haben wir in dieser Legislaturperiode bereits mehrfach behandelt. Der uns vorliegende Gesetzentwurf weist keinerlei neuen Ansätze auf. Daher möchte ich uns allen eine zeitraubende Debatte ersparen. Grundsätzlich bleibt es dabei: Erstens ist die Würde des Menschen nach dem Grundgesetz auch postmortal anzusetzen; die Würde des Menschen gilt also auch postmortal. Zweitens wird in Bayern nach dem derzeit geltenden Bestattungsgesetz sowohl den jüdischen als auch den islamischen Bestattungsriten ausreichend entsprochen. Drittens besteht daher für eine Anpassung des Bestattungsgesetzes kein Bedarf.

Detaillierte Ausarbeitungen dazu finden Sie im Protokoll zur 41. Plenarsitzung vom 26.03.2015, im Protokoll der 42. Sitzung des Innenausschusses vom 11.11.2015, in der Beschlussempfehlung auf Drucksache 17/9181 des Innenausschusses vom 26.11.2015, im Protokoll der 42. Sitzung des Verfassungsausschusses vom 26.11.2015, im Protokoll der 61. Plenarsitzung vom 09.12.2015 und in dessen Beschlussfassung auf Drucksache 17/9470 vom 09.12.2015. Daran sehen Sie, wie oft schon über dieses Thema in diesem Haus gesprochen wurde, nämlich sechsmal. Sicherlich haben Sie diese Protokolle mit großem Interesse gelesen. Darin steht alles, was wir, die CSU, und was Sie, die Opposition, dazu gesagt haben. Daher wird die CSU-Fraktion Ihren neuerlichen Schaufensterantrag ablehnen.

(Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Danke schön, Kollege von Lerchenfeld. – Für die SPD hat sich der Kollege Taşdelen gemeldet. Bitte schön, Sie haben das Wort.

Arif Taşdelen (SPD): Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Zufällig habe ich letzten Samstag an einer sogenannten Stadtverführung in Nürnberg teilgenommen. Im Rahmen dieser Stadtverführung kann man an einem Wochenende verschiedene Plätze und Sehenswürdigkeiten in Nürnberg besichtigen. Die Stadtverführung hatte das Thema "Wo Muslime in Nürnberg ihre letzte Ruhe finden". Wir haben unter anderem die Grabfelder für Muslime am Südfriedhof besucht. Dabei wurde mir klar, dass wir dieses Thema jahrzehntelang vernachlässigt haben. Wir haben den Muslimen, die hier verstorben sind, nicht die Möglichkeit gegeben, sich so bestatten zu lassen, wie es nach ihren Riten und ihrer Religion Brauch ist. Deshalb ist es richtig und wichtig, dass wir heute über Bestattungen reden und darüber, ob beispielsweise die Sargpflicht noch zeitgemäß ist.

Natürlich ist in den letzten Jahren einiges passiert. Sie, Herr Kollege Freiherr von Lerchenfeld sagen, dass beispielsweise den Riten der Muslime Genüge getan wurde. Das stimmt so nicht. Muslime müssen mit Erdkontakt bestattet werden. Daher kommt eine Bestattung im Sarg für sie nicht infrage. Das ist nicht möglich. Die Hinterbliebenen stehen vor der Entscheidung, ob sie einen Menschen, den sie hier verloren haben, in ihrer Nähe zu bestatten, damit sie jeden Freitag oder Sonntag das Grab besuchen können, um auch mit dem Verstorbenen reden zu können. Die Alternative wäre, den Angehörigen in seine erste Heimat zu, und das sage ich gewissermaßen in Anführungszeichen, "verfrachten", weil sie ihren Angehörigen nach islamischem Ritual bestatten möchten.

Viele Menschen entscheiden sich dafür, ihre Angehörigen hier zu bestatten, weil sie sie in der Nähe haben wollen. Das ist aber keine Wahlfreiheit, sondern Zwang. Deswegen haben wir im letzten Jahr in unserem Integrationsgesetz die Abschaffung der Sargpflicht gefordert. Wir werden den vorliegenden Gesetzentwurf der GRÜNEN unterstützen.

Über die Frage, ob wir an jedem Friedhof Waschräume für Leichen brauchen, können wir in den Ausschüssen diskutieren. Über die Abschaffung der Sargpflicht und über den frühestmöglichen Bestattungszeitpunkt müssen wir aber nicht mehr diskutieren. Den Menschen wäre geholfen und es wäre auch zeitgemäß, wenn wir diesen beiden Forderungen nachkommen würden. Deshalb kündige ich die Unterstützung der SPD-Fraktion für den Gesetzentwurf an.

Langfristig gesehen müssen wir diesen Menschen die Möglichkeit geben, ihre Angehörigen nach islamischem Ritual hier zu bestatten. Im Moment ist es so, dass diejenigen, die ihre Verstorbenen nach islamischem Ritual bestatten möchten, diese in ihrer ersten Heimat bestatten müssen, weil das hier nicht möglich ist. Diese Menschen stehen vor der Schwierigkeit, die Verstorbenen in die erste Heimat fliegen zu müssen. Als Schlimmstes kann ihnen dabei passieren, dass ihr Angehöriger an einem Freitagnachmittag oder Freitagabend stirbt. Dann wissen sie nämlich nicht, ob und bis wann sie die erforderlichen Papiere zusammen haben und wann sie den Verstorbenen in die erste Heimat fliegen können. Sie wissen auch nicht, ob die Angehörigen Urlaub bekommen.

Ich habe diese Situation vor einigen Wochen bei einem Bekannten erlebt. Ich habe einen Bekannten besucht, der seinen Vater verloren hat. Der Vater wollte ausdrücklich nach islamischem Ritual beerdigt werden. Die Familie stellte sich nicht die Frage, wie man

trauert und ob man trauert, sondern die Familie stellte sich folgende Fragen: Werden wir die Papiere rechtzeitig erhalten? Wenn wir die Papiere rechtzeitig bekommen, geht dann am Samstag überhaupt ein Flug? Wie viele Plätze sind in diesem Flugzeug frei? Wenn zu wenige Plätze frei sind, wie sieht es dann mit einem Flug am Sonntag aus? Bis wann werden die Papiere kommen, Samstag oder Sonntag? Die Schwester des Bekannten und seine Schwägerin wussten nicht einmal, ob sie mitfliegen könnten, weil sie nicht wussten, ob sie Urlaub bekommen würden. Sie konnten ihren Chef nicht anrufen, bzw. nicht erreichen. So wussten sie nicht, ob sie Urlaub bekommen würden.

Ich glaube, dass wir diese Probleme lösen können, wenn wir den Menschen die Möglichkeit geben, ihre Angehörigen hier nach ihrem Brauch bestatten zu lassen. Es wäre ein gutes Zeichen von diesem Hohen Hause, den Menschen zu signalisieren, dass sie hier zu Hause sind und ihre Angehörigen hier beerdigen können.

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Vielen Dank. – Die Kollegin Gote hat sich für eine Zwischenbemerkung gemeldet. Frau Kollegin, bitte schön.

Ulrike Gote (GRÜNE): Lieber Herr Kollege! Vielen Dank für diese Rede und für die angezeigte Unterstützung. Wir ticken hier ganz ähnlich und denken in die gleiche Richtung. Ich möchte eines klarstellen, damit sich das nicht falsch festsetzt. Sie haben völlig Recht, wir halten es auch nicht für sinnvoll, jeder Gemeinde vorzuschreiben, dass ein Waschraum für Leichen eingerichtet werden muss. Das steht so auch nicht in unserem Gesetzentwurf. Wir haben uns an die Formulierung im Bestattungsgesetz gehalten, und diese lautet, "soweit dafür ein öffentliches Bedürfnis besteht". Mit dieser Formulierung ist klar gesagt, was wir wollen. Es gibt wahrscheinlich Gemeinden, in denen kein öffentliches Bedürfnis nach Leichenwaschräumen besteht, aber wenn eines besteht, dann sollten die Gemeinden verpflichtet sein, diesem gerecht zu werden.

Arif Taşdelen (SPD): Liebe Frau Kollegin Gote, sicherlich wird die Herausforderung darin bestehen zu ermitteln, was in diesem Fall unter öffentlichem Interesse zu verstehen ist. Das wird man sicherlich im zuständigen Ausschuss mit allen Fraktionen klären können. Deshalb sind wir hier ganz nah beieinander.

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Vielen Dank, Herr Kollege Taşdelen. – Für die FREIEN WÄHLER spricht jetzt Herr Kollege Hanisch. Bitte schön.

Joachim Hanisch (FREIE WÄHLER): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Themen Bestattungswesen und Beerdigung sind so alt wie die

Menschheit selbst. Hier gibt es viele Traditionen, auch in der Form des Trauerns und in der Art und Weise, wie Menschen beerdigt werden, beispielsweise durch Urnenbestattung, Verbrennung, Seebestattung oder Erdbestattung. Früher wurden die Toten in Höhlen oder in Häusern beerdigt. Den Toten wurden Gegenstände mit auf die Reise gegeben, oder es wurden ihnen Münzen auf die Augen gelegt. Hier hat sich im Laufe der Zeit unwahrscheinlich viel verändert.

Fakt ist aber auch, dass unser Bestattungswesen seit Jahrzehnten den geänderten Anforderungen und dem Wandel der Zeit nicht mehr Rechnung trägt. Wir sehen den Gesetzentwurf durchaus positiv. Wir sind aber in einigen Punkten der Auffassung, dass wir diese derzeit in der geforderten Art und Weise nicht umsetzen können. Beim Thema Sarg sind wir auf Ihrer Seite. Wir sind durchaus der Auffassung, dass ein Toter auch in Leinentücher gewickelt werden kann. Diese werden in der Regel mit bestimmten Tinkturen getränkt, sodass sie den entsprechenden Zweck erfüllen. In der Regel sind Räume für die Leichenwaschung vorhanden, weil es in den Leichenhäusern auch Räume für die Leichenschau gibt, und dort müssen Waschbecken vorhanden sein. Der Kostenaufwand hierfür wäre sicherlich nicht allzu groß. Auch hier sehen wir keine Probleme, das mitzutragen.

Ein bisschen schwieriger ist es bei den unbefristeten Ruhezeiten. Das kann gutgehen, muss aber nicht gutgehen. Man kann das nicht nur auf diejenigen Religionen beschränken, die Wert darauf legen, sondern da könnte dann jeder Katholik oder Evangele oder wer auch immer kommen und verlangen, dass sein Bestattungsplatz auf ewig in seinem Eigentum verbleibt.

Außerdem glaube ich, dass der Platzverbrauch in Städten wie München riesengroß wäre. Sie haben davon gesprochen, dass die Zahlen bei der Erdbestattung sowieso zurückgehen. Das ist in letzter Zeit zu erkennen. Die Urnenbestattung ist auf dem Vormarsch. Ich meine, man muss das noch abwarten. Bei einer generellen Freigabe könnte es vor allem in den Großstädten durchaus zu Problemen kommen.

Ich sehe außerdem gewisse Probleme beim Bestattungszeitpunkt. Dort, wo man den Zeitraum für den Bestattungszeitpunkt reduziert hat, hat man in der Regel eine zweite Leichenschau eingeführt. Dort müssen innerhalb kurzer Zeit zwei unabhängige Ärzte die Leiche anschauen, damit nicht ein noch Lebender beerdigt wird. Wir haben in unserer Kultur 48 Stunden Wartezeit. Es ist eine Kostenfrage. Man braucht hier zweimal einen Arzt. Aber es ließe sich zur Not machen.

Das werden sicherlich interessante Diskussionen im Ausschuss. Ich freue mich darauf. Das sind die zwei Punkte, bei denen wir Bedenken haben. Grundsätzlich müssen wir auch im Bestattungswesen zwar Bewährtes erhalten, aber auch Neues schaffen und zulassen. Es wird interessant werden. Ich freue mich auf die Diskussion.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und Abgeordneten der GRÜNEN)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Vielen Dank, Kollege Hanisch. – Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Ich schlage vor, den Gesetzentwurf dem Ausschuss für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport als federführendem Ausschuss zu überweisen. Besteht damit Einverständnis? – Dann ist das so beschlossen.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 2 c** auf:

**Antrag der Staatsregierung
auf Zustimmung zum Staatsvertrag über die
gemeinsame Einrichtung für Hochschulzulassung
(Drs. 17/12889)
- Erste Lesung -**

Der Herr Staatssekretär begründet den Antrag der Staatsregierung. Ich eröffne die Aussprache. Auch hier beträgt die Gesamtredezeit der Fraktionen 24 Minuten. Alles andere darf ich als bekannt voraussetzen. – Herr Staatssekretär, bitte schön.

Staatssekretär Bernd Sibler (Kultusministerium): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Herzlichen Dank für die Gelegenheit, diese Maßnahmen heute vorzustellen. Das zentrale Vergabeverfahren in den bekannten Studiengängen wie Medizin, Zahnmedizin, Tiermedizin und Pharmazie muss aus technischen Gründen modernisiert werden. Sie alle wissen um die Entwicklung in der Computertechnologie, aber auch um die steigenden Bewerberzahlen, die wir in den vergangenen Jahren hatten. Deshalb soll das zentrale Vergabeverfahren in prozessualer und technischer Hinsicht in das Dialogorientierte Serviceverfahren integriert werden. Wir sind auf diesem Gebiet auf Bundesebene schon seit geraumer Zeit unterwegs. Damit sollen die Vorteile des für örtlich zulassungsbeschränkte Studiengänge eingerichteten Serviceverfahrens auch für das zentrale Vergabeverfahren nutzbar gemacht werden.

Diese Integration setzt einen neuen Staatsvertrag zwischen allen Ländern der Bundesrepublik Deutschland voraus. Sie wissen, dass die Vergabe von Medizinstudienplätzen – darum geht es meistens – in diesem Staatsvertrag geregelt ist. Gegenüber dem aktuellen Staatsvertrag ändert sich einiges. Der Staatsvertrag

schaft nämlich die Rechtsgrundlage für die Abbildung des zentralen Vergabeverfahrens und des Serviceverfahrens in einem gemeinsamen Verfahren, nämlich dem Dialogorientierten Serviceverfahren. Das gemeinsame Verfahren führt zu Synergien, da Zulassungsanträge sowohl für das zentrale als auch für das Serviceverfahren im Webportal der Stiftung zusammengefasst werden. Alles erfolgt aus einer Hand, wie wir das im Sinne der One Stop Agency und damit serviceorientiert machen wollen.

Da jede Bewerberin und jeder Bewerber am Ende des Verfahrens nur eine einzige Zulassung erhält, bleiben weniger Studienplätze unbesetzt, und Studienplätze können schneller wiederbesetzt werden. Das ist ein ganz wichtiges Ziel. Sie alle kennen das Problem der mehrfachen Überzeichnung von Studienplätzen. Dann sucht man sich als Bewerber den Studienplatz aus, der einem vermeintlich am besten gefällt, und sagt die anderen Studienplätze nicht ab. Dadurch entsteht die Problematik, dass eine ganze Reihe von Studienplätzen unbesetzt bleibt. Besonders ärgerlich ist das bei den begehrten Studienplätzen im zentralen Vergabeverfahren. Die Neuerung führt zu größerer Effizienz und damit zu mehr Zufriedenheit bei den Studierenden, weil die Nachfrage besser befriedigt werden kann.

Die Stiftung wird auf Wunsch der Hochschulen ermächtigt, diese auch bei der Anmeldung für zulassungsfreie Studiengänge durch die schon angesprochene Bündelung zu unterstützen. Die Wartezeit wird durch Bewerbungssemester ersetzt, um besondere Motivationen der Bewerberinnen und Bewerber besser zu berücksichtigen. Auch das kennen wir besonders aus dem Studienfach Medizin, wo junge Menschen zum Roten Kreuz oder in medizinische Ausbildung gehen, um ihre Bewerbungschancen etwas zu verbessern.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Stiftung wird künftig unabhängig von den konkreten Teilnahme- und Serviceverfahren von allen Hochschulen mit Ausnahme der Kunsthochschulen Beiträge zur Finanzierung bekommen. Das muss so sein, weil sich alle beteiligen sollen. Das trägt ein Stück dazu bei, dass sich die Universitäten anschließen, die noch nicht so motiviert sind. Wir können nur dann eine große Effizienz erzielen, wenn viele, möglichst alle, Universitäten und Hochschulen mitmachen. Dann haben wir die erforderliche Transparenz. Nachdem der Staatsvertrag über die gemeinsame Einrichtung für Hochschulzulassung von der Konferenz der Ministerpräsidenten der Länder beschlossen und von den Regierungschefs unterzeichnet worden ist, bitte ich darum, diesen Staatsvertrag hier im Landtag zu beschließen, um die Situation für unsere Studierenden zu verbessern –

damit diese mehr Planungssicherheit haben – und um die in den letzten Jahren in Bayern zusätzlich geschaffenen Studienplätze schnell vergeben zu können. Das gilt gerade für die Medizin, jetzt prospektiv in Augsburg mit 1.215 zusätzlichen Studienplätzen. Da wollen wir besser werden im Interesse derjenigen, die einen Studienplatz in Bayern haben wollen. – Ich darf um Ihre Unterstützung bitten.

(Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Vielen Dank, Herr Staatssekretär Sibler. – Ich eröffne damit die Aussprache. Die Gesamtrededzeit für die Fraktionen beträgt 24 Minuten. Ich erteile jetzt das Wort an Herrn Kollegen Rosenthal von der SPD.

Georg Rosenthal (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir sprechen über den Staatsvertrag über die gemeinsame Einrichtung für Hochschulzulassung. Ja, die Fraktion der Sozialdemokraten stimmt diesem Staatsvertrag grundsätzlich zu. Wir begrüßen es, dass dadurch eine verbesserte Situation eintritt. Unserer Ansicht nach sind die richtigen Lehren aus dem bisherigen Verfahren nach der Zentralvergabe des sogenannten ZVS in Dortmund gezogen worden. Wir begrüßen außerordentlich die gemeinsame Einrichtung, die nach dem nordrhein-westfälischen Recht als Stiftung bezeichnet wird. Das Verfahren ist zum Teil unübersichtlich, um nicht zu sagen, manchmal chaotisch. Daher ist zu erwarten, dass jetzt eine gemeinsame Plattform errichtet werden kann und sich alle Bundesländer einreihen werden.

Hier wird nur die Rechtsgrundlage für diese Einrichtung geschaffen. Die Länder verpflichten sich gegenseitig, dieses Verfahren im Zusammenwirken mit der Hochschulrektorenkonferenz auf den Weg zu bringen. Es ist eine Dienstleistungsaufgabe und ein Service und damit ein Angebot, die örtlichen Zulassungsverfahren zu unterstützen und das zentrale Vergabeverfahren mit klaren Bedingungen zu versehen, um wieder Ordnung reinzubekommen.

Ich hoffe, dass die Universitäten dieses Serviceangebot in ausreichendem Maße, wenn nicht überall, so doch zum größten Teil, tatsächlich annehmen werden. Zu erwarten ist, dass dann ein Abgleich von Mehrfachzulassungsverfahren und Mehrfachstudienmöglichkeiten zu einer anderen Transparenz und Übersichtlichkeit führt. Da stimme ich ausdrücklich dem Herrn Staatssekretär in seiner Begründung des Gesetzes zu. Darüber hinaus werden hier nicht nur die Studienplätze vergeben, sondern auch weitere Dienstleistungen angeboten, die die Hochschulen annehmen können. Unterstützungen vonseiten dieser

Stiftung werden in dem Dialogorientierten Verfahren geregelt. Ich halte diese klaren Angebote für dringend erforderlich. Der Wildwuchs, der sich da doch ergeben hat, kann dadurch vielleicht ein bisschen gelichtet werden, und die Studienbedingungen und dieses Verfahren können geregelt werden.

Auch die Einbeziehung der Studienbedingungen oder der Studiengänge finden wir außerordentlich gut, auch die Auswahlverfahren und die Regelungen, dass keine Nachteile entstehen können.

Die Vorabquoten regeln im Prinzip das, was wir schon aus anderen Zulassungsverfahren bisher kennen. Es ist dort aber auch offen gehalten, dass die Bundesländer nach Maßgabe des Landesrechts eigene Regelungen in diese Auswahlverfahren einbeziehen können. Ich verweise darauf, dass wir im zuständigen Ausschuss, gerade was diese Vorabquoten und Auswahlverfahren für besondere Gruppen und außergewöhnliche Härten angeht, in der bayerischen Landesvergabe Sonderregelungen beschlossen haben. An dieser Stelle würde ich das mit einem Prüfauftrag versehen, ob wir von dieser Öffnungsklausel, die im Gesetzgebungsverfahren enthalten ist, an einigen Stellen Gebrauch machen sollten.

Bei der Auswahlentscheidung muss der Grad der Qualifikation maßgeblichen Einfluss haben. Das ist aus meiner Sicht nicht zwingend erforderlich; denn wenn man sich die Vergabe von Studienplätzen in Medizin anschaut, sieht man, dass auch besondere Vergabewege zu außerordentlichen Möglichkeiten für Studierende geführt haben. Die Abschlussquoten derjenigen, die über diese besonderen Vergabeverfahren zu einem Studienplatz gekommen sind, sind außerordentlich interessant, beweisen sie doch, dass die Note alleine nicht Maßstab für ein erfolgreiches oder nicht erfolgreiches Studium ist. Diese Überwölbung, dass das einen maßgeblichen Einfluss hat, würde ich auch unter dem Gesichtspunkt sehen, dass wir als Fraktion dieses weitere Verfahren an dieser Stelle noch begleiten wollen und gegebenenfalls auch dort von der Öffnungsklausel, die das Landesrecht bietet, beim Ergebnis des Auswahlverfahrens und den Erfahrungswerten Gebrauch machen wollen.

Insgesamt signalisieren wir in der Ersten Lesung Zustimmung, verweisen aber auf die weiteren Diskussionen in den Ausschüssen. Grundsätzlich begrüßt die SPD-Landtagsfraktion diese Einrichtung der Hochschulzulassung.

(Beifall bei der SPD)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Danke schön. – Die nächste Wortmeldung für die CSU-Fraktion: Kollege Dr. Hopp. Bitte sehr.

Dr. Gerhard Hopp (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Man kann sagen, dieser Tagesordnungspunkt ist eine gute Nachricht für viele Hunderte, für viele Tausende Studierende in ganz Bayern. Staatssekretär Bernd Sibler hat eben schon sehr gut die aktuelle Situation bei der Studienplatzvergabe geschildert. Weder für die Hochschulen noch für die Studierenden ist die aktuelle Vergabepraxis bei der Stiftung für die Hochschulzulassung befriedigend. Sie ist technisch überholt, zu lange Wartezeiten, zu unübersichtlich, zu aufwendig, zu bürokratisch und manchmal vielleicht deswegen zu ungerecht für viele Studierende.

Dass Modernisierungsbedarf besteht, sieht man an einer Entwicklung ganz besonders: Die Studienbewerber haben sich in den vergangenen Jahren zunehmend mehrfach an verschiedenen Hochschulen sowie auf mehrere Studiengänge beworben oder haben sich anderweitig zu behelfen versucht. Das hatte bei den betroffenen Hochschulen naturgemäß einen deutlichen Anstieg der Bewerbungszahlen zur Folge, die aber mit der Realität, den tatsächlichen Bewerbungen, sehr wenig zu tun hatten. Durch die Mehrfachbewerbungen waren deutlich aufwendigere und langwierigere Zulassungsverfahren mit Nachrückverfahren an den Hochschulen notwendig geworden, um die vorhandenen Studienplätze an die Bewerber zu vergeben. Bewerber mit mehreren positiven Zulassungsbescheiden hatten bislang nicht die Pflicht, Rückmeldung über nicht genutzte Zulassungen zu geben; Rückmeldungen hat es leider nur sehr sporadisch gegeben. Sowohl im Sinne der Studierenden als auch der Hochschulen ist es sinnvoll und unser gemeinsames Ziel, das Verfahren und die Vermittlung von Studienplätzen in diesen Studiengängen effizienter zu gestalten.

Das Dialogorientierte Serviceverfahren, das schon von den Vorrednern angesprochen worden ist, das die Hochschulrektorenkonferenz, die Länder, erarbeitet hat, geht daher in die richtige Richtung und ist nicht ohne Grund vom Bundesministerium für Bildung und Forschung mit insgesamt 15 Millionen Euro unterstützt worden.

Das Serviceverfahren umfasst insgesamt vier Phasen mit einem abschließenden Clearingverfahren, das die verschiedenen Zulassungsanträge der Bewerberinnen und Bewerber in einem Web-Portal zusammenführt und Studiermöglichkeiten und Mehrfachzulassungen abgleicht. Ein ganz entscheidender Punkt ist, dass das neue Verfahren Synergien schafft; die Zulas-

sungsanträge sowohl für das zentrale Vergabeverfahren als auch für das Serviceverfahren werden im Web-Portal der Stiftung zusammengefasst. Insbesondere der Datenabgleich zwischen den teilnehmenden Hochschulen wird eine effektive hochschul- und bewerberorientierte Vermittlung von Studienplätzen ermöglichen und langwierige Nachrückverfahren, die für viele Studierende ein Problem darstellen, vermeiden.

Das wird durch klare Regelungen unterstützt. So dürfen Bewerber bundesweit nur maximal zwölf Zulassungsanträge stellen, und sie müssen sich auf eine verbindliche Reihenfolge festlegen. Sobald sie ein Angebot angenommen haben, werden die anderen Zulassungsanträge des nunmehr schon versorgten Bewerbers aus dem Netz genommen, damit ein freier Studienplatz möglichst schnell anderen Bewerbern angeboten werden kann.

Das ist gut; denn das heißt im Grunde: schnellere Verfahren, höhere Planungssicherheit für Hochschulen und Studierende gleichermaßen. Jeder Bewerber erhält am Ende des Verfahrens eine einzige Zulassung. So bleiben weniger Studienplätze unbesetzt, und die frei werdenden können schneller wieder besetzt werden.

Positiv zu sehen ist aus Sicht meiner Fraktion auch, dass die Stiftung auf Wunsch der Hochschulen diese künftig auch bei der Anmeldung für zulassungsfreie Studiengänge unterstützen kann. Der Service kann also ausgebaut und ausgeweitet werden.

Auch die besondere Motivation der Bewerberinnen und Bewerber wird künftig besser berücksichtigt, indem die Wartezeit durch die Zahl der Bewerbungssemester ersetzt wird.

Für alle Beteiligten, Studierende wie Hochschulen gleichermaßen, wird durch dieses Konzept erhebliche Verbesserung erreicht. Dieses Konzept hat einige Zeit der Vorbereitung benötigt, und zwar zu Recht. Professor Angelotti, der seit diesem Sommer in München lehrt, hat mir in einem persönlichen Gespräch gesagt: Wer schnell spielen will, kann dies tun, man kann schnell spielen, aber das Ergebnis muss stimmen. – Das kann heute Abend vielleicht auch von Bedeutung sein, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Wir unterstützen diesen Vorschlag vollumfänglich, schließen uns dem Antrag der Staatsregierung an und bitten um Unterstützung des vorliegenden Staatsvertrags.

(Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Danke sehr. – Für die Fraktion der FREIEN WÄHLER hat sich Professor Piazzolo zu Wort gemeldet. Bitte sehr.

Prof. Dr. Michael Piazzolo (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Bei den neuen Verfahren geht es im Wesentlichen nicht um Medizin. Ich sage das, weil das so häufig genannt worden ist. Das funktioniert einigermaßen.

Worum geht es? – Es geht insgesamt um ungefähr eine halbe Million Studierende, die jedes Semester mit dem Studium beginnen und – das ist gerade angesprochen worden – in dem Verfahren bis zu zwölf verschiedene Studiengänge und Studienorte angeben können. Das heißt, bis zu fünf, sechs Millionen verschiedene Wünsche können eingegeben werden. Es ist wichtig, dass man bei der Hochschulzulassung reagiert. Ich will nur zwei Zitate nennen – "dpa", 02.11.2015: Studienplatzvergabe driftet ins Chaos. – "SPIEGEL", 22.06.2016: Chaotische Studienplatzvergabe sorgt für Frust. – Nun muss man dazu sagen, diese Schlagzeilen gehen nicht nur auf das alte Verfahren zurück, sondern sie gehen zurück auf die Pilotphase des jetzigen Verfahrens, das mit dem Staatsvertrag zwar weiterentwickelt wird, das es aber schon gibt. Es wird also nicht etwas völlig Neues entwickelt, sondern wir haben schon eine jahrelange Pilotphase des Dialogorientierten Vergabeverfahrens. Das heißt, man muss dringend etwas tun; darin stimmen wir auch überein. Die Frage ist nur, ob der Weg der richtige ist.

Im Endeffekt gibt es aus meiner Sicht zwei Wege. Der eine Weg ist: Man überlässt das Auswahlverfahren wie insbesondere in den USA den Hochschulen selbst; dann müssen sie es mit Mehrfachnennungen und all diesen Problemen allein machen. Oder man macht es zentral. Aber dann muss man es wahrscheinlich verpflichtend machen. Hier ist der Staatsvertrag aus meiner Sicht suboptimal. Freiwilligkeit wäre das Prinzip. Aber im Moment ist nicht einmal die Hälfte der Hochschulen mit dabei. Das heißt, wir haben auch in Zukunft höchstwahrscheinlich auf der einen Seite das sogenannte dialogorientierte Vergabeverfahren nach dem Staatsvertrag, das gerade beschrieben wurde. Parallel dazu können sich auf der anderen Seite Studierende an den Universitäten, die nicht mitmachen, für die Studiengänge, die nicht mitmachen, weiterhin bewerben. Ich bin gespannt, wie diese Verfahren miteinander in Kongruenz gebracht werden sollen.

Ein zweites Kriterium halte ich für problematisch, auch wenn, Herr Kollege Hopp, von klaren Regelungen gesprochen worden ist. Ich finde die Regelungen äu-

ßerst kompliziert. Man hat einen Staatsvertrag, es wird ein Gesetz gemacht, und dann gibt es noch entsprechende Verordnungen. Es geht nicht wie früher nur um die Medizin und um die Orte, sondern jeder Studierende kann verschiedene Studienfächer, verschiedene Orte und verschiedene Stichtage angeben, wann das Studium beginnen soll. All das muss jetzt auf einen Nenner gebracht werden. Eine Normenklarheit sehe ich da nicht.

Es gibt weitere Problemfelder. Man macht es wahrscheinlich freiwillig, weil es die Autonomie der Hochschulen gibt. Sie fällt bei der Auswahl der Studierenden in einem solchen Verfahren natürlich weitgehend weg. Das ist ein Problem. Es gibt ein weiteres Problem: Viele Hochschulen für angewandte Wissenschaften – HAWs – befürchten, dass sie bei diesem Verfahren benachteiligt werden und dass die Studierenden bei diesem Verfahren erst einmal auf die Universitäten und dann auf die HAWs verteilt werden. Auch das ist also ein Problem. Gerade für einen Juristen ist es auch ein Problem, dass es nicht unwahrscheinlich ist, dass wir bei diesem Auswahlverfahren eine ganze Reihe von Prozessen bekommen.

Insofern stellt sich für mich die Frage – das werden wir im Hochschulausschuss und vielleicht auch hier in einer zweiten Runde noch diskutieren –, ob das wirklich das Optimum ist und ob nicht das, was hier schon wieder mit vielen Millionen angegangen wird, mit Problemen behaftet ist. Es stellt sich auch die Frage, wer dann wie viel zahlt. Hochschulen müssen zahlen, und Länder müssen nach dem Königsteiner Schlüssel zahlen. Bauen wir hier nicht eine Bürokratie auf, die nachher nicht zu den gewünschten Ergebnissen führen wird?

Von Datenschutzproblemen will ich jetzt gar nicht sprechen. An mich sind schon mehrere herantreten und haben gesagt: So, wie das im Moment angelegt ist, sind die Daten sicher noch nicht effektiv geschützt. Auch das muss man sich also anschauen. Ich wollte hier nur Fragen aufwerfen. Ich sehe den Staatsvertrag und das, was dahintersteht, jedenfalls nicht als Optimum und glaube, dass hier noch Nachbesserungsbedarf herrscht, und ihn sollten wir auch gemeinsam diskutieren.

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Herzlichen Dank. – Nächste Rednerin ist die Kollegin Osgyan.

Verena Osgyan (GRÜNE): Verehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zum Staatsvertrag wurde jetzt schon viel gesagt. Er ist für mich eine logische Weiterentwicklung des alten Zulassungsverfahrens durch die ZVS mit einigen Optimierungen. Er ist nach dem, was ich mitbekommen habe, durchaus –

meist ohne Aussprache – bereits durch mehrere Landtage gegangen. Insofern geht es an dieser Stelle sicher um Details der Umsetzung, auch wenn das Verfahren insgesamt deutlich nach einer Verbesserung vor allem technischer Art aussieht. Dennoch ist das Thema Hochschulzulassung es wirklich wert, noch breiter debattiert zu werden; denn der Reformbedarf ist massiv, aber durchaus grundsätzlicherer Art.

Zurück zum Staatsvertrag. Ich glaube, der Staatsvertrag bedeutet deutliche Verbesserungen für junge Menschen, die im Begriff sind, sich für ein Hochschulstudium zu entscheiden, wenn er entsprechend umgesetzt werden kann. Wie ist denn die Situation aktuell? – Wir haben lange Wartezeiten auf Nachrückplätze und dann oft sehr kurzfristige Studienplatzzusagen. Das ist bei Mehrfachbewerbungen, die nicht vernünftig miteinander abgeglichen werden können, relativ klar. Insofern kann das dialogorientierte Serviceverfahren wirklich eine schnellere Abwicklung des Bewerbungsverfahrens garantieren. Die schnellere Rückmeldung an die Studierenden ist durchaus positiv zu sehen, entlastet die Hochschulen und ist mit einem Bürokratieabbau bei der Studienplatzvergabe verbunden. Insofern können wir als GRÜNE den Staatsvertrag durchaus positiv bewerten, und wir stimmen ihm zu.

Bei allem Lob muss man natürlich sagen, dass einige Punkte durchaus kritisch zu sehen sind. Sie haben aber tatsächlich weniger mit der gemeinsamen Einrichtung für die Hochschulzulassung und der neuen Verfahrensverbesserung zu tun, sondern sind grundsätzlicher rechtlicher Art. Bisher konnten Wartezeiten – Herr Rosenthal hat es schon gesagt – generell angerechnet werden. Mittlerweile muss für jedes Semester eine neue Bewerbung für die Zulassung eingereicht werden. Das macht natürlich in gewisser Hinsicht Sinn, um einen schnelleren Abgleich zu erreichen, und ist deswegen technisch notwendig. Wir dürfen aber nicht verhehlen, dass das manche Studierende in gewisser Weise benachteiligt. Zum einen bedeutet es mehr Aufwand, jedes Mal eine neue Bewerbung einzureichen. Zum anderen sehe ich durchaus, dass die Wartezeiten bisher auch genutzt wurden, um beispielsweise eine außeruniversitäre Ausbildung zu beginnen, was Sinn machen kann. Jetzt kann es im schlimmsten Fall passieren, dass auf eine Bewerbung eine Zusage kommt und die Ausbildung abgebrochen werden muss oder dass man riskiert, bei der nächsten Bewerbung keine Zusage zu bekommen. Das ist im Detail durchaus kritisch. Ich würde aber sagen, das muss man abwarten. Sollte es tatsächlich der Fall sein, muss man schnell nachbessern; denn das wollen wir natürlich nicht erreichen.

Worum geht es vor allem? – In den meisten Fällen geht es um Studienplatzzusagen im medizinischen oder pharmazeutischen Bereich. Da wird das Gros der Studienplätze leider immer noch durch die zentrale Studienplatzvergabe nach NC – und zwar nur nach NC – vergeben. Der Schnitt liegt aktuell bei 1,1 und in manchen Bundesländern, zum Beispiel in Bayern, sogar noch niedriger, nämlich bei 1,0. Mir kann keiner weismachen, dass heutzutage der Schnitt noch das alleinige Kriterium für die Aufnahme des Medizinstudiums sein kann. Ein guter NC sagt vielleicht viel darüber aus, ob ein junger Mensch in die Forschung einsteigen kann. Gerade für praktische Ärztinnen und Ärzte gibt es aber noch ganz viele andere Kriterien, zum Beispiel eine vorangegangene Ausbildung im Krankenpflegebereich, soziale Kriterien oder Medizinertests, die dafür wesentlich besser geeignet sein können.

Die lokalen Studienplatzvergaben berücksichtigen das alles bereits jetzt. Ist das nicht ein Grund, sich zu überlegen, ob man nicht auch die zentrale Vergabe, über die aktuell 60 % der Studienplätze laufen, anpassen sollte? – Das muss eigentlich möglich sein. In diese Richtung sollten wir insgesamt denken, zumal wir immer wieder bemängeln, dass wir Probleme haben, Ärztinnen und Ärzte für die Niederlassung auf dem Land zu gewinnen. Vielleicht wäre das ein Anreiz für junge Menschen, die nicht in die Forschung wollen, sich dahin zu orientieren. Da spreche ich jetzt nicht von der Landärztequote, die den Lebenslauf von Menschen schon beim Studienbeginn unzureichend einschränkt, sondern davon, dass wir tatsächlich überlegen müssen, wie wir die jeweils Besten und Interessiertesten für den jeweiligen Beruf gewinnen können.

Ich muss an dieser Stelle das Land Bayern stark kritisieren; denn wir haben bei der lokalen Vergabe mittlerweile nicht einmal die Möglichkeiten ausgenutzt, die das Bundesgesetz aktuell bietet: nämlich dass die Abiturnote zwar noch einfließen soll, aber nicht überwiegend gewichtet werden muss. Da könnten wir noch wesentlich stärker voranschreiten. Das ganze Thema der Studienplatzvergabe und der Hochschulzulassung ist viel breiter, als es im Staatsvertrag angelegt ist. Ihm stimmen wir selbstverständlich zu. Aber wir sollten noch debattieren, wie lokale Eignungstestverfahren korrektere Lösungen ermöglichen. Ich möchte auch darauf hinweisen, dass wir im Hochschulbereich viel größere Baustellen haben, nämlich die mangelnde Grundfinanzierung, die schlechten, prekären Arbeitsverhältnisse für den wissenschaftlichen Mittelbau, Forschungsgelder für HAWs, Frauenförderung usw. usf. Bei den Haushaltsberatungen haben wir genug Zeit, das zu diskutieren. Deswegen möchte ich es hier dabei bewenden lassen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Herzlichen Dank. – Damit ist die Aussprache geschlossen. Ich schlage vor, den Antrag auf Zustimmung zum Staatsvertrag dem Ausschuss für Wissenschaft und Kunst als federführendem Ausschuss zu überweisen. Besteht damit Einverständnis? – Danke schön. Dann ist so beschlossen.

Nun rufe ich den **Tagesordnungspunkt 2 d** auf:

**Gesetzentwurf der Staatsregierung
zur Änderung des Gesetzes über die kommunale
Gliederung des Staatsgebiets (Drs. 17/12944)
- Erste Lesung -**

Die Fraktionen sind übereingekommen, dass hier auf eine Aussprache verzichtet wird. Ich schlage deshalb vor, den Gesetzentwurf dem Ausschuss für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport als federführendem Ausschuss zu überweisen. Besteht damit Einverständnis? – Danke schön. Dann ist auch dies so beschlossen.

Ich rufe nun den **Tagesordnungspunkt 3** auf:

**Abstimmung
über eine Subsidiaritätsangelegenheit und
Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der
Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden
(s. Anlage...)**

Bevor ich über die Liste abstimmen lasse, möchte ich Sie noch darauf hinweisen, dass der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen in seiner gestrigen Sitzung die unter Nummer 1 aufgeführte Subsidiaritätsangelegenheit betreffend die Bedingungen für die Einreise und den Aufenthalt von Drittstaatsangehörigen zur Ausübung einer umfassenden Qualifikation voraussetzenden Beschäftigung beraten und empfohlen hat, die Staatsregierung aufzufordern, im Bundesrat auf Subsidiaritätsbedenken hinzuweisen. Das Abstimmungsverhalten der Fraktionen ist in der aufgelegten Liste aufgeführt.

Wir kommen zur Abstimmung. Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage ...)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. dem jeweiligen Abstimmungsverhalten seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um sein Handzeichen. –

Gibt es Gegenstimmen? – Keine Gegenstimmen. Gibt es Stimmenthaltungen? – Keine Stimmenthaltungen. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Nun rufe ich **Tagesordnungspunkt 4** auf:

**Bestätigung
eines neuen stellvertretenden Mitglieds des
Landesgesundheitsrats**

Mit Schreiben vom 14. Juli 2016 hat Frau Staatsministerin Huml mitgeteilt, dass der Sozialverband VdK Bayern Frau Rita Mocker als neues stellvertretendes Mitglied des Landesgesundheitsrats benannt hat. Frau Staatsministerin hat darum gebeten, die hierfür gesetzlich vorgesehene Bestätigung durch Beschluss des Landtags herbeizuführen. Eine Aussprache hierzu findet nicht statt.

Wir kommen deshalb sofort zur Abstimmung. Wer dem Vorschlag, Frau Rita Mocker als neues stellvertretendes Mitglied des Landesgesundheitsrats zu bestätigen, seine Zustimmung erteilen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Keine Gegenstimmen. Stimmenthaltungen? – Keine Stimmenthaltungen. Dann ist es so beschlossen.

Nun rufe ich **Tagesordnungspunkt 5** auf:

**Bestellung
eines Mitglieds der Datenschutzkommission**

Mit Schreiben vom 8. August 2016 hat Herr Staatsminister Dr. Söder mitgeteilt, dass das bisher auf Vorschlag der Staatsregierung bestellte Mitglied der Datenschutzkommission, Frau Friederike Sturm, ihr Amt aufgrund des Wechsels an eine andere Behörde nicht mehr ausüben kann. Der Ministerrat hat daher beschlossen, den derzeitigen behördlichen Datenschutzbeauftragten des Staatsministeriums der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat, Herrn Dr. Stephan Bobe, zur Bestellung als Mitglied der Datenschutzkommission vorzuschlagen. Herr Staatsminister Söder hat darum gebeten, die hierfür gesetzlich vorgesehene Bestellung durch Beschluss des Landtags herbeizuführen. Eine Aussprache hierzu findet nicht statt.

Wir kommen deshalb gleich zur Abstimmung. Wer dem Vorschlag, Herrn Dr. Stephan Bobe zum neuen Mitglied der Datenschutzkommission zu bestellen, seine Zustimmung erteilen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Keine Gegenstimmen. Gibt es Stimmenthaltungen? – Keine Stimmenthaltungen. Dann ist es so beschlossen. Damit ist Herr Dr. Bobe zum Mitglied der Datenschutzkommission bestellt.

Nun rufe ich **Tagesordnungspunkt 6** auf:

**Beratung der zum Plenum eingereichten
Dringlichkeitsanträge**

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus
Rinderspacher, Martin Güll, Kathi Petersen u. a.
und Fraktion (SPD)
Elternrechte einhalten - Verfassungswidriges
Übertrittsverfahren ändern (Drs. 17/13009)**

Ich eröffne die Aussprache. Als ersten Redner bitte ich Herrn Kollegen Güll zum Rednerpult.

Martin Güll (SPD): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! In der nächsten Zeit feiern wir das 70-jährige Bestehen der Bayerischen Verfassung. Ich glaube, es gibt in diesem Haus niemanden, der dieses Jubiläum nicht hochhält und mitfeiert. Die Verfassung muss man an der richtigen Stelle aber auch ernstnehmen. Man muss sie nicht nur ernstnehmen, sondern man muss sie sogar leben und sein politisches Handeln danach ausrichten. Das gelingt offensichtlich nicht immer, wie wir es von vielen Beispielen kennen.

(Beifall bei der SPD)

Ich will Ihnen mit der freundlichen Genehmigung der Frau Präsidentin aus der Bayerischen Verfassung den Absatz 1 des Artikels 126 zitieren:

Die Eltern haben das natürliche Recht und die oberste Pflicht, ihre Kinder zur leiblichen, geistigen und seelischen Tüchtigkeit zu erziehen. Sie sind darin durch Staat und Gemeinden zu unterstützen. In persönlichen Erziehungsfragen gibt der Wille der Eltern den Ausschlag.

Ähnliches finden wir auch in Artikel 6 Absatz 2 des Grundgesetzes:

Pflege und Erziehung der Kinder sind das natürliche Recht der Eltern und die zuvörderst ihnen obliegende Pflicht. Über ihre Betätigung wacht die staatliche Gemeinschaft.

Diese beiden Artikel sind maßgebend, wenn wir uns mit dem bayerischen Übertrittsverfahren beschäftigen.

Sie erinnern sich möglicherweise, dass es in Bayern als einem der wenigen Bundesländer noch ein notenbasiertes, verbindliches Verfahren mit einer verbindlichen Übertrittsentscheidung gibt. Die Notenschnitte von 2,33 oder 2,66 sind allseits bekannt. Die Möglichkeit, über einen Probeunterricht ins Gymnasium zu kommen, kennen Sie auch. Grundsätzlich ist die

Übergangsentscheidung aber eine verbindliche Entscheidung, die von der Schule getroffen wird.

Welche Auswirkungen hat diese Entscheidung in den Schulen? – Ziemlich unbestritten ist, dass in den letzten Jahren das Lernen vor allem in der vierten Klasse immer mehr unter Druck und Angst erfolgte. Die Belastungen für die Schüler, Eltern und Lehrer werden immer größer. Der Grund dafür ist ganz einfach: Die Kinder in der vierten Klasse müssen im Mai ein Ziel erreichen, und das ist dieser ominöse Notenschnitt. Dass dies zu Stress und Belastung führt, hat eine 2015 veröffentlichte Studie über Stressfaktoren bei Eltern und Schülern am Übergang zur Sekundarstufe des Bildungsforschers Heinz Reinders aus Würzburg gezeigt. Darin ist in einem Vergleich der zwei Bundesländer Hessen und Bayern eindeutig nachgewiesen worden, dass das Übertrittsverfahren, das auf verbindlichen Noten basiert, Stress verursacht und krank macht. Das sollte man nie aus den Augen verlieren.

Auch eine zweite Feststellung hat die Bildungsforschung mittlerweile durch mehrere Studien bewiesen. Die Validität der Übergangsentscheidung, also die Gültigkeit, ist höchst umstritten. Sie ist deshalb infrage zu stellen, weil die Zusammensetzung der Grundschulklassen sehr heterogen ist. Das könnte ich näher ausführen, aber die Zeit reicht dazu nicht. Es gibt keine zentralen Prüfungsstandards. Auch die Erfolgsquoten im Probeunterricht sind höher, was die verbindlichen Notenschnitte eigentlich wieder aushebelt. Vor allem aber sollte speziell herausgearbeitet werden, dass nirgendwo die soziale Herkunft so stark maßgebend ist wie in Bayern. Die Studien zeigen

nämlich, dass die Wahrscheinlichkeit, ein Gymnasium zu besuchen, bei gleicher Schulleistung für Kinder aus sozial privilegierten Familien höher ist als für Kinder aus sozial weniger begünstigten Familien. Das sind die Ergebnisse der Studie.

Die Kritiker werden jetzt gleich wieder sagen, mit der Abschaffung des verbindlichen Übertrittsverfahrens würde die Abhängigkeit von der sozialen Herkunft noch höher. Das mag nicht ganz von der Hand zu weisen sein. Das staatliche Handeln und das Handeln der Lehrer müssten dann wenigstens von sozialen Abhängigkeiten frei sein. Das ist es aber nicht. Schon die IGLU-Studie hat 2006 bewiesen, dass die Lehrer von Kindern mit weniger privilegiertem Bildungshintergrund höhere Leistungen verlangen. Das ist nicht meine Feststellung, sondern das ist eine Feststellung der IGLU-Studie, die das nachgewiesen hat.

Damit will ich sagen, valide Ergebnisse, die staatliches Handeln allenfalls rechtfertigen würden, gibt es nicht. Deshalb müssen wir uns über die Verfassungsmäßigkeit des Übertrittsverfahrens Gedanken machen. Die verbindliche Übertrittsentscheidung ist verfassungswidrig und verstößt gegen das Elterngrundrecht in Artikel 126 Absatz 1 der Bayerischen Verfassung und Artikel 6 Absatz 2 des Grundgesetzes sowie gegen das allgemeine Diskriminierungsverbot nach Artikel 118 Absatz 1 der Bayerischen Verfassung und das Verbot der Diskriminierung wegen seiner Herkunft nach Artikel 3 Absatz 3 des Grundgesetzes.